

DIGITALES ARCHIV

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Periodical Part

Jahresabschluss und Lagebericht / KfW ; 2016

Provided in Cooperation with:

KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main

Reference: Jahresabschluss und Lagebericht / KfW ; 2016 (2017).

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/11159/3570>

Kontakt/Contact

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft/Leibniz Information Centre for Economics
Düsternbrooker Weg 120
24105 Kiel (Germany)
E-Mail: [rights\[at\]zbw.eu](mailto:rights[at]zbw.eu)
<https://www.zbw.eu/econis-archiv/>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Dieses Dokument darf zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Sofern für das Dokument eine Open-Content-Lizenz verwendet wurde, so gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

<https://zbw.eu/econis-archiv/termsfuse>

Terms of use:

This document may be saved and copied for your personal and scholarly purposes. You are not to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public. If the document is made available under a Creative Commons Licence you may exercise further usage rights as specified in the licence.

»» Jahresabschluss und Lagebericht 2016



KfW im Überblick

Gesamtgeschäft der KfW

	2016	2015	2014
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Jahresabschluss			
Geschäftsvolumen	577.887	551.333	536.338
Bilanzsumme	500.684	493.205	479.224
Begebene Schuldverschreibungen	422.268	412.308	402.256
Nachrangige Verbindlichkeiten	200	300	2.247
Eigene Mittel	23.772	22.482	19.801
Zinsüberschuss vor Förderleistung	1.983	2.356	2.293
Provisionsüberschuss vor Förderleistung	196	190	263
Verwaltungsaufwand vor Förderleistung	931	971	932
Förderleistung	230	345	364
Jahresüberschuss	1.290	1.331	883
Cost-Income-Ratio vor Förderleistung	43	38	36
Kernkapitalquote ¹⁾	22,3	18,3	14,1
Gesamtkapitalquote ¹⁾	22,3	18,4	15,1
Zahl der Beschäftigten	4.872	4.698	4.479

¹⁾ Die aufsichtsrechtliche Gesamtkapitalquote und Kernkapitalquote werden für interne Zwecke berechnet. Die Angabe bezieht sich auf den Konzern; die Datenbasis ist der IFRS-Konzernabschluss.

Die Zahlen in den Tabellen wurden exakt gerechnet und summiert. Die Darstellung erfolgt gerundet. Hierdurch können sich in der Summenbildung Rundungsdifferenzen ergeben. Tatsächliche Nullbeträge sowie auf null gerundete Beträge werden als 0 Mio. EUR dargestellt.

»» Bank aus Verantwortung

Inhalt

Lagebericht	5
Wirtschaftsbericht	6
Nachhaltigkeitsbericht	14
Risikobericht	18
Prognose- und Chancenbericht	41
Erklärung zur Unternehmensführung	48
Jahresabschluss	49
Bilanz der KfW	50
Gewinn- und Verlustrechnung der KfW	54
Anhang	56
Verwaltungsrat	74
Vorstand	76
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	77

»» Lagebericht

Wirtschaftsbericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die **Weltkonjunktur** stagnierte 2016 in etwa auf dem Niveau des Vorjahres, bei allerdings gegenläufigen Entwicklungen in den einzelnen Wirtschaftsräumen. In der Gruppe der Industriestaaten ging das Wachstumstempo zurück, insbesondere in den USA. Durchaus robust entwickelte sich in den Industriestaaten der private Konsum, und das Zinsumfeld war anhaltend günstig. Demgegenüber waren die privaten und staatlichen Investitionen schwach. Während der Preisverfall von Energie und anderen Rohstoffen noch 2015 die Konjunktur vieler Industriestaaten beflügelte hatte, schwächte sich dieser Effekt 2016 deutlich ab. In den Entwicklungs- und Schwellenländern, die bis 2015 einen mehrjährigen Wachstumsrückgang erlebt hatten, zeigte sich 2016 wieder etwas mehr Konjunkturdynamik. Dabei waren auch in dieser Ländergruppe die Trends uneinheitlich. Chinas Konjunktur kühlte sich weiter allmählich ab, die Krisenländer Brasilien und Russland verharrten in der Rezession. Demgegenüber wuchsen etliche andere Schwellenländer und auch viele ärmere Entwicklungsländer solide. Der Welthandel wuchs 2016 erneut nur schwach, verursacht insbesondere durch die Industriestaaten.

In den Mitgliedsländern der **Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU)** hat sich die konjunkturelle Erholung in mäßigem Tempo fortgesetzt. Insgesamt nahm die Wirtschaftsleistung in den Ländern der EWU im Jahr 2016 um 1,7% gegenüber dem Vorjahr zu. Ein Zuwachs in dieser Größenordnung war von der KfW erwartet worden. Die europäische Wirtschaft hielt damit der hohen politischen Unsicherheit nach dem Brexit-Votum im Juni sowie den Sorgen um Teile des Bankensektors recht gut stand. Dazu trug eine Reihe von unterstützenden Faktoren wie der niedrige Ölpreis, ein günstiger Wechselkurs, Ausgaben für die Versorgung Geflüchteter und die weitere Reduzierung der Finanzierungskosten durch die weiterhin expansive Geldpolitik bei. Die zentrale Wachstumsstütze blieb der private Konsum, der weiter von der Zunahme der Beschäftigung profitierte. Auch der staatliche Konsum und die Bruttoanlageinvestitionen lieferten positive Wachstumsbeiträge. Dennoch hielt die strukturelle Schwäche der Investitionstätigkeit an. Das Tempo im Außenhandel halbierte sich und vollzog die Abschwächung des Welthandels nach. Da Import und Export von der Verlangsamung in ähnlichem Maße betroffen waren, dämpfte der Außenbeitrag – die Differenz von Ex- und Importen – insgesamt das Wachstum jedoch kaum.

Deutschland wuchs 2016 ausweislich der ersten Schätzung des Statistischen Bundesamtes um 1,9% und damit ähnlich kräftig wie 2015 (+1,7%). Vor Jahresfrist hatte die KfW für 2016 ein Wirtschaftswachstum in der Größenordnung des Vorjahres prognostiziert und damit die tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts zutreffend antizipiert. Auf die Binnennachfrage war erneut Verlass. Mit Abstand wichtigster Treiber war der Konsum, der von anhaltenden Zuwächsen bei der Erwerbstätigkeit sowie von deutlichen

Reallohnsteigerungen profitierte. Die privaten Wohnbauinvestitionen setzten ihren bereits 2010 begonnenen Anstieg mit beschleunigtem Tempo fort. Die privaten Investitionen in Ausrüstungen waren leicht im Plus, während die Investitionen in private Wirtschaftsbauten im Gesamtjahr erneut nachgaben. Kräftig war die unternehmerische Investitionsdynamik vornehmlich zu Beginn von 2016. Im weiteren Verlauf des Jahres stockte sie erheblich, vor allem wohl, weil das überraschende Brexit-Votum und die im Wahlkampf geäußerten protektionistischen Pläne des neuen US-Präsidenten die exportorientierten deutschen Firmen verunsicherten, sodass diese mit ihren Investitionsentscheidungen zögerten. Vom Außenbeitrag ging bei mäßigem Exportwachstum ein leicht dämpfender Effekt auf das Wirtschaftswachstum aus, da die Importe infolge der kräftigen Binnennachfrage etwas stärker zulegten als die Exporte.

Die **Finanzmärkte** standen 2016 weiterhin im Zeichen der weltweit sehr expansiv ausgerichteten Geldpolitik. Die zu Jahresbeginn 2016 wachsenden Sorgen um die globale Konjunktur und der fortgesetzte Ölpreisverfall übten weiteren Abwärtsdruck auf das Preisniveau aus und veranlassten die Europäische Zentralbank (EZB) zu einer nochmaligen Erhöhung des geldpolitischen Expansionsgrads. Die globalen Wachstumsängste ließen im weiteren Jahresverlauf 2016 zwar wieder nach. Dafür sorgten ab der Jahresmitte politische Ereignisse – wie das mehrheitliche Votum der britischen Wahlberechtigten zugunsten eines EU-Austritts Großbritanniens sowie der überraschende Ausgang der US-Präsidentenwahl – für merkliche Bewegung an den Finanzmärkten. Bis zum Sommer zeigten die Finanzmarktteilnehmer eine größere Präferenz für die risikoärmeren Anlageklassen. Erst im Verlauf der zweiten Jahreshälfte nahm der Optimismus der Anleger wieder merklich zu. Forciert wurde dieser Trend durch den Wahlsieg des republikanischen Kandidaten bei der US-Präsidentenwahl. Die damit verbundenen Erwartungen umfangreicher fiskalpolitischer Stimuli ließen risikobehaftete Anlageklassen in der Gunst der Investoren deutlich zulegen, während an den Anleihemärkten eine merkliche Korrektur einsetzte.

In Reaktion auf die außerordentlich niedrigen und temporär in den negativen Bereich abrutschenden Inflationsraten beschloss die Europäische Zentralbank im März 2016, ihr Programm zum Ankauf von Wertpapieren im Volumen von monatlich 60 Mrd. EUR auf 80 Mrd. EUR aufzustocken und das Anlageuniversum gleichzeitig um Unternehmensanleihen guter Bonität zu erweitern. Zudem wurde der Einlagensatz nochmals reduziert, von zuvor –0,30% auf –0,40%. In diesem Umfeld gaben die Geldmarktsätze im Euro-Raum, die bereits zuvor durchgängig im negativen Bereich notiert hatten, weiter nach. Auch die Renditen zehnjähriger deutscher Bundesanleihen verzeichneten weitere Rückgänge. Sie fielen Mitte Juni erstmals unter die Nulllinie und markierten im Gefolge des

Brexit-Votums Anfang Juli das neue Allzeittief von $-0,19\%$. In der zweiten Jahreshälfte tendierten die Zinsen der zehnjährigen deutschen Bundesanleihen aber wieder nach oben. Die US-Präsidentenschaftswahl erwies sich dabei als maßgeblicher zinstreibender Faktor. Zudem entschied sich die Europäische Zentralbank auf ihrer Sitzung im Dezember dazu, ihr Wertpapierankaufprogramm zwar bis Ende 2017 zu verlängern, das monatliche Ankaufvolumen jedoch ab April 2017 auf 60 Mrd. EUR zu reduzieren. Im Jahresdurchschnitt 2016 ergab sich für die Zinsen zehnjähriger deutscher Bundesanleihen ein Rückgang von gut 40 Basispunkten gegenüber dem Vorjahr. Die US-Geldmarktsätze stiegen insbesondere in der zweiten Jahreshälfte 2016 merklich an. Hierzu trugen das sich im Jahresverlauf aufhellende Konjunkturbild, die anziehenden Inflationserwartungen, die Wahl des neuen US-Präsidenten und nicht zuletzt die Erwartung des nächsten Zinsschritts der US-Notenbank bei. Die zweite Leitzinsanhebung in diesem Erhöhungszyklus erfolgte im Dezember.

Strategisches Zielsystem

Der KfW-Konzern verfügt über ein Strategisches Zielsystem, das die mittelfristig angestrebte Positionierung der KfW definiert. Es beinhaltet ausgewählte Top-Level-Ziele auf Gesamtbankebene und dient als zentraler und verbindlicher Orientierungsrahmen für die strategische Ausrichtung aller Geschäftsfelder auf einen Fünf-Jahres-Horizont.

Das **Primärziel aller Marktbereiche der KfW ist die Förderung**, der wesentliche Kern der Geschäftsaktivitäten der KfW. Es orientiert sich an den Leitlinien der Subsidiarität und der Nachhaltigkeit. Die KfW richtet die Förderaktivitäten dabei im Wesentlichen an den gesellschaftlich und ökonomisch bedeutsamen Megatrends „Klimawandel & Umwelt“, „Globalisierung & technischer Fortschritt“ und „Demografische Entwicklung“ aus.

Zur Bewältigung des Megatrends „Klimawandel & Umwelt“ finanziert die KfW beispielsweise Maßnahmen zur Unterstützung erneuerbarer Energien, zur Verbesserung der Energieeffizienz, zur Sicherstellung von Biodiversität und zur Vermeidung bzw. Reduzierung von Umweltverschmutzung. Um der besonderen Bedeutung dieses Megatrends Rechnung zu tragen, wurde eine Umweltquote von rund 35% des gesamten Fördervolumens fixiert. Im Rahmen des Megatrends „Globalisierung & technischer Fortschritt“ leistet die KfW durch Finanzierungen unter anderem im Bereich Forschung und Innovation, Rohstoffsicherung sowie Infrastruktur- und Transportwesen einen Beitrag zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Das Engagement der KfW beim Megatrend „Demografische

Die Zinsen zehnjähriger US-Staatsanleihen gaben in der ersten Jahreshälfte merklich nach. Erst danach kam es, vor allem in den Wochen nach der US-Präsidentenschaftswahl, zu einer deutlichen Gegenbewegung. Im Jahresdurchschnitt 2016 stand ein Rückgang um circa 30 Basispunkte gegenüber dem Vorjahr zu Buche. Die durchschnittliche Steilheit der Zinsstrukturkurven hat im Jahr 2016 im Vergleich zum Jahr 2015 sowohl in den USA als auch in der Eurozone abgenommen.

Der EUR/USD-Wechselkurs bewegte sich 2016 in einer Bandbreite von knapp 1,04 bis 1,15. In den ersten Monaten des Jahres 2016 wertete der Euro gegenüber dem US-Dollar zunächst auf und erreichte Anfang Mai seinen Jahreshöchststand von 1,15. Danach setzte eine Abwertung ein, die die europäische Währung in der zweiten Dezemberhälfte gegenüber dem US-Dollar temporär leicht unter die Marke von 1,04 fallen ließ. Im Jahresdurchschnitt 2016 blieb der EUR/USD-Wechselkurs mit einem Niveau von knapp 1,11 im Vergleich zum Vorjahr annähernd unverändert.

Entwicklung“ hat die Bewältigung der mit einer sinkenden und alternden Bevölkerung einhergehenden Folgen zum Ziel, unter anderem mit den Schwerpunkten altersgerechte Infrastruktur, Aus- und Weiterbildung, Familienpolitik und Kinderbetreuung sowie Unternehmensnachfolge. Das KfW-Engagement zur Bewältigung der Herausforderungen der Flüchtlingsthematik in den Inlandsbereichen wird ebenfalls in diesem Megatrend reflektiert. Zudem besetzt die KfW „trendunabhängige Förderthemen“, die für die KfW eine wichtige Rolle spielen, sich jedoch keinem der drei Megatrends zuordnen lassen, wie beispielsweise die Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern.

Zusätzlich zu der genannten thematischen Fokussierung beinhaltet das Strategische Zielsystem im Primärziel Förderung auch die für die KfW bedeutsamsten Kundengruppen und Regionen sowie die Förderqualität. Hierunter versteht die KfW zum einen die Selbstverpflichtung zur Beibehaltung der in den letzten Jahren erlangten hohen Qualität ihrer Förderprodukte sowie eine hinreichende Abdeckung der für die KfW wichtigen Regionen und Kundengruppen. Für die Fokus-Zielgruppe Mittelstand wird aufgrund der besonderen Bedeutung ein Anteil in Höhe von rund 45% des Fördervolumens der Inlandsförderung angestrebt.

Die genannten Ausprägungen für das Primärziel werden ergänzt durch ein Set von **Sekundärzielen bzw. strikten Nebenbedingungen**, die insbesondere die Profitabilität und Effizienz sowie die Risikotragfähigkeit und Liquidität zum Inhalt haben. Die KfW agiert subsidiär und plant ein nominales Wachstum von durch-

schnittlich 2–3% p. a., gemessen am Gesamtzusagevolumen des Konzerns. Grundlegende Voraussetzung für den Erfolg der KfW

Internes Steuerungssystem

Die KfW verfügt über einen eng verzahnten Strategie- und Planungsprozess. Zentrales Planungs- und Steuerungsinstrument der KfW ist die Konzerngeschäftsfeldplanung (KGFP) als konzernweiter Strategieprozess. Die KGFP besteht aus zwei aufeinanderfolgenden Teilprozessen, die im jährlichen Turnus durchlaufen werden: der strategischen Planung und der operativen Planung. Im Rahmen des gesamten Strategie- und Planungsprozesses findet ein intensiver Austausch mit dem Risikocontrolling statt.

Ausgangspunkt der strategischen Planung ist das konzernweite Strategische Zielsystem, das vom Vorstand vorgegeben wird. Es bietet dem KfW-Konzern einen stabilen Orientierungsrahmen und gibt an, wohin sich die KfW in den nächsten fünf Jahren entwickeln möchte. Das Strategische Zielsystem wird im Rahmen eines jährlichen Reviews auf Aktualität, Vollständigkeit und Anspruchsniveau überprüft und ggf. adjustiert. Grundsätzlich wird jedoch ein hohes Maß an Beständigkeit angestrebt mit der Ambition, strategische Impulse im Rahmen der jährlichen Überprüfung nicht grundlegend zu verändern. Unter Beachtung dieses strategischen Rahmens werden von den Geschäftsfeldern strategische Handlungsoptionen mit einer mittelfristigen Perspektive erarbeitet. Auf Basis der Markteinschätzungen bezüglich Chancen und Risiken werden Annahmen für die zukünftige Entwicklung relevanter Einflussfaktoren getroffen. Dies berücksichtigt sowohl externe Einflussfaktoren (unter anderem Marktentwicklung, regulatorische Anforderungen, Wettbewerbssituation, Kundenverhalten) als auch interne Einflussfaktoren und Ressourcenausstattung (unter anderem personelle und technisch-organisatorische Ressourcen, Förderleistung, Primärkostenbudget, Eigenkapitalbindung) sowie Zielvorstellungen zur Ertragsentwicklung. Die Zentralbereiche (zum Beispiel IT, Personal, Zentrale Services) tragen maßgeblich zur Erreichung der strategischen Ziele bei. Durch deren Einbindung wird die Konsistenz ihrer strategischen Überlegungen mit dem Zielsystem sichergestellt. Parallel zur strategischen Planung der Geschäftsfelder wird die Kosten- und FTE-Planung für den gesamten Planungszeitraum für alle Bereiche als Top-down-Ansatz durchgeführt. Die zugrunde liegenden Annahmen werden im Sinne einer rollierenden Planung jährlich überprüft. Resultierend aus der Bewertung aller strategischen Überlegungen aus Konzernsicht werden vom Vorstand Zielvorgaben für alle Bereiche in Form von Leitplanken (operative Geschäfts-, Risiko- und Kostenleitplanken) für den gesamten Planungszeitraum definiert.

Auf Basis der vom Vorstand vorgegebenen Leitplanken planen im Rahmen der operativen Planung die Geschäftsfelder unter Berücksichtigung ggf. veränderter externer und interner Rahmenbedingungen Neugeschäft, Risiko und Ertrag sowie alle Bereiche die Kosten. Diese Planungen werden auf Konsistenz mit der strategischen Planung des Konzerns und der Geschäftsfelder überprüft. Des Weiteren erfolgt eine Einwertung der Planung im Hinblick auf die zukünftige Risikotragfähigkeit. Der Gesamtvorstand beschließt entweder die Ergebnisse der operativen

ist zudem die Fortsetzung des erfolgreichen Weges der Professionalisierung im eingeschlagenen Modernisierungsprozess.

Planung oder beauftragt die Anpassung der Planung im Rahmen einer Adjustierungsrunde. In dieser Phase werden auch die der Planung zugrunde liegenden exogenen Annahmen überprüft.

Die zentralen Ergebnisdokumente des Planungsprozesses sind die Geschäftsstrategie sowie die Risikostrategie. Die Formulierung und Verabschiedung beider Strategien liegt in der Gesamtverantwortung der Geschäftsleitung. Die Geschäftsstrategie beinhaltet die strategischen Ziele des Konzerns für die wesentlichen Geschäftsaktivitäten sowie wesentliche interne und externe Einflussfaktoren, die im Strategieprozess berücksichtigt werden. Weiterhin werden der Beitrag der Geschäftsfelder zum Strategischen Zielsystem und Maßnahmen für die jeweilige Zielerreichung dargelegt. Daneben fasst die Geschäftsstrategie die Ergebnisse der operativen Planung auf Konzern- und Geschäftsfeldenebene zusammen. In der zur Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategie legt der Vorstand die risikopolitischen Grundsätze und Richtlinien für den KfW-Konzern fest. Risikostrategische Ziele sind für den KfW-Konzern unter anderem zur Risikotragfähigkeit und Liquiditätsausstattung definiert. Weiterhin werden in der Risikostrategie die wesentlichen Risikosteuerungskonzepte und die Risikobereitschaft als Grundlage für die operative Risikosteuerung zusammengefasst. Um die Konsistenz von Geschäfts- und Risikostrategie zu gewährleisten, findet bei Änderungen der Geschäftsstrategie ein Austausch mit dem Risikocontrolling statt. Die Ergebnisse der Planung für den gesamten Planungszeitraum einschließlich des zukünftigen Kapitalbedarfs sowie die Geschäfts- und Risikostrategie werden vom Gesamtvorstand beschlossen. Anschließend werden dem Aufsichtsorgan (Verwaltungsrat) die Planung zur Genehmigung, die Geschäfts- und Risikostrategie zur Erörterung vorgelegt. Nach Befassung des Verwaltungsrats werden die Geschäfts- und Risikostrategie der Belegschaft in angemessener Weise kommuniziert.

Mit Verabschiedung der KGFP werden die qualitativen und quantitativen Ziele für den Konzern vorgegeben. Im laufenden Geschäftsjahr wird die Zielerreichung im Rahmen des Controllings sowohl regelmäßig als auch anlassbezogen durch den Vorstand überprüft. Dies gilt auch für die bei der Festlegung der Geschäftsstrategie getroffenen Annahmen bezüglich externer und interner Einflussfaktoren. Im strategischen Controlling werden die Entwicklungen der relevanten Steuerungsgrößen, deren Zielerreichung sowie die Ursachen für etwaige Planverfehlungen analysiert. Ein 2016 weiterentwickelter integrierter Forecastprozess stellt zur Jahresmitte in Bezug auf strategisch bedeutsame quantitative Konzerngrößen (Neugeschäft, Risiko und Ertrag unter Berücksichtigung der Refinanzierungsmöglichkeiten) eine umfassende Basis für unterjährige Steuerungsimpulse dar und gibt eine fundierte Orientierung hinsichtlich der Erreichung der geplanten Ziele. 2016 wurde zudem das Backtesting zentraler Planungsparameter ausgebaut mit dem Ziel, Planungs- und -parameter zu validieren.

Zusätzlich werden anlassbezogenen Fragestellungen mit strategischem Bezug im Austausch mit den Bereichen des Konzerns bearbeitet. Im Rahmen des Strategischen Performance-Berichts werden Handlungsempfehlungen in Bezug auf mögliche Strategieanpassungen oder Optimierungen des Ressourceneinsatzes in Richtung Vorstand formuliert. Die Analyseergebnisse werden in die weiteren Strategiediskussionen und die strategische Planung eingebracht. Dem Verwaltungsrat wird satzungsgemäß unterjährig ein Soll-Ist-Reporting vorgelegt. Die entsprechende Ursachenanalyse sowie mögliche Handlungsoptionen werden dort im Rahmen der Kommentierung dargelegt. Im Rahmen des operativen Controllings werden umfassende und granular aufbereitete Berichtsformate auf Monats- bzw. Quartalsbasis er-

Entwicklung der KfW

Die KfW verzeichnet im Jahr 2016 weiterhin eine sehr hohe Nachfrage nach ihren Finanzierungsprodukten. Das **Fördervolumen** ist auf ein Gesamtvolumen von 71,1 Mrd. EUR nach 67,0 Mrd. EUR im Vorjahr deutlich gestiegen. Das inländische Fördergeschäft konnte mit einem Zusagevolumen in Höhe von 55,1 Mrd. EUR nach 50,5 Mrd. EUR im Jahr 2015 Wachstumsimpulse für die deutsche Wirtschaft setzen. Der Anstieg ist insbesondere auf die starke Nachfrage bei Wohnungsbaufinanzierungen bei gleichzeitig robuster gewerblicher Finanzierungsnachfrage zurückzuführen. Die Zusagen im internationalen Geschäft liegen mit 14,8 Mrd. EUR leicht unter dem Vorjahreswert von 15,4 Mrd. EUR und auf stabilem Niveau. Die Finanzierungen und Förderungen der Entwicklungszusammenarbeit verzeichnen ein sehr gutes Jahr (7,3 Mrd. EUR nach 6,7 Mrd. EUR im Vorjahr). Die Export- und Projektfinanzierungen haben sich mit 7,5 Mrd. EUR nach dem Ausnahmevorjahr (8,8 Mrd. EUR) wieder normalisiert.

Die **Ertragslage** der KfW hat sich im Geschäftsjahr 2016 trotz des volatilen Marktumfelds weiter stabil entwickelt, schließt aber unterhalb des Vorjahresniveaus ab. Das Zinsergebnis vor Förderleistung liegt unter dem durch Sondereffekte geprägten Vorjahreswert. Geringere Verwaltungsaufwendungen und positive Effekte aus der Kreditrisikovorsorge tragen zu dem erfreulichen Jahresüberschuss bei. Die Cost-Income-Ratio (vor Förderleistung) hat sich trotz gesunkener Verwaltungskosten aufgrund des niedrigeren Zinsüberschusses auf 42,7% (Vorjahr: 38,1%) erhöht. Die KfW kann ihre Kapitalbasis aufgrund der guten Ertragslage um den Jahresüberschuss in Höhe von 1.290 Mio. EUR nachhaltig stärken.

Die **Bilanzsumme** ist von 493,2 Mrd. EUR auf 500,7 Mrd. EUR angestiegen, das Geschäftsvolumen entwickelte sich von 551,3 Mrd. EUR auf 577,9 Mrd. EUR.

Die Geschäftsentwicklung im Jahr 2016 wurde im Wesentlichen von folgenden Entwicklungen geprägt:

A. Ungebrochen hohe Nachfrage nach KfW-Produkten

Im Geschäftsjahr 2016 erfuhr das Fördergeschäft der KfW eine erneut sehr hohe Nachfrage. Nach einem Förderzusagevolumen von 67,0 Mrd. EUR im Vorjahr erhöhte sich dieses 2016 um

stellt. Diese umfangreichen Detailanalysen auf Ebene des Konzerns, der Geschäftsfelder und/oder Produktgruppen umfassen Ertrags-, Kosten- und FTE-Entwicklungen und werden an einzelne Dezernate reportet. Gesamthafte Analysen mit wesentlichem Bezug zur Konzernentwicklung werden zudem direkt an den Gesamtvorstand übermittelt. Parallel zum strategischen und operativen Controlling ist das Risikocontrolling implementiert. Konsistent zu den Risikosteuerungsvorgaben, die in der Risikostrategie festgelegt sind, sind für alle wesentlichen Risikoarten Frühwarnsysteme etabliert und Mitigationsmaßnahmen definiert. Alle Steuerungs- und Überwachungskonzepte sind in eine fortlaufende und umfassende Risikoberichterstattung eingebunden.

4,1 Mrd. EUR auf 71,1 Mrd. EUR. Hierzu trug im Wesentlichen die hohe Nachfrage nach Klima- und Umweltschutzvorhaben bei, die den höchsten Anteil am Gesamtfördervolumen ausmachen und die KfW als einen der größten Finanziers von Klima- und Umweltschutzmaßnahmen in Deutschland und weltweit auszeichnen. Im Inland steigerte sich die Nachfrage von 50,5 Mrd. EUR um 4,6 Mrd. EUR auf 55,1 Mrd. EUR. Im Geschäftsfeld Mittelstandsbank betrug das Neugeschäftsvolumen 21,4 Mrd. EUR und lag mit 1,0 Mrd. EUR über dem Vorjahreswert von 20,4 Mrd. EUR. Der Megatrend **Klimawandel & Umwelt** erzielte mit einem Volumen von 10,7 Mrd. EUR (2015: 9,3 Mrd. EUR) einen kräftigen Zuwachs. Wesentlich dazu beigetragen hat das neu aufgestellte und stark verbesserte **KfW-Energieeffizienzprogramm**, mit dem bereits im ersten Jahr nach der Neuaufstellung 5,2 Mrd. EUR nach 3,8 Mrd. EUR im Vorjahr ausgereicht wurden. Der Förderschwerpunkt **Gründung und allgemeine Unternehmensfinanzierung** blieb mit 10,1 Mrd. EUR auf dem Vorjahresniveau (2015: 10,3 Mrd. EUR). In der **Innovationsfinanzierung** lagen die Zusagen mit 0,6 Mrd. EUR leicht unter dem Vorjahreswert (2015: 0,8 Mrd. EUR). Diese wurde bereits 2016 durch die erfolgreiche Umsetzung der neuen Strategie in der Beteiligungsfinanzierung deutlich gestärkt. Nach gutem Start der **ERP-Venture Capital-Fondsinvestments** wird das Programm Beteiligungen an **Venture Debt Fonds** erweitert, um schnell wachsende Technologieunternehmen noch besser zu unterstützen. Auf sehr positive Marktresonanz trifft auch der 2016 von KfW und BMWi aufgelegte **VC-Fonds coparion**. Das Geschäftsfeld Kommunal- und Privatkundenbank/Kreditinstitute erreichte ein Neugeschäftsvolumen von 33,7 Mrd. EUR nach 30,1 Mrd. EUR im Vorjahr. Insbesondere der Förderschwerpunkt **Wohnen** zeigte eine sehr hohe Dynamik und erreichte ein Volumen von 20,8 Mrd. EUR (2015: 16,5 Mrd. EUR). Haupttreiber war hier das Programm **Energieeffizient Bauen und Sanieren** mit einer Steigerung von 4,9 Mrd. EUR auf 15,5 Mrd. EUR (2015: 10,6 Mrd. EUR). In der **Infrastruktur** wurden 4,1 Mrd. EUR nach 5,0 Mrd. EUR 2015 zugesagt, wobei der maßgebliche Faktor, wie bereits im Vorjahr, die Sonderfazilität Flüchtlingsunterkünfte mit knapp 0,5 Mrd. EUR war. Im Förderschwerpunkt **Bildung und Soziales** lag das Förder-volumen mit 2,3 Mrd. EUR leicht unter dem Vorjahreswert von 2,6 Mrd. EUR, aber weiterhin auf gutem Niveau.

Das Zusagevolumen für die **internationale Finanzierung** liegt mit 14,8 Mrd. EUR wieder auf Normalniveau und knapp unter dem Vorjahreswert von 15,4 Mrd. EUR. Die stärkste Nachfrage ist in den Segmenten Maritime Industrie mit 1,6 Mrd. EUR (2015: 1,6 Mrd. EUR) und Energie und Umwelt mit 1,3 Mrd. EUR (2015: 1,1 Mrd. EUR) zu verzeichnen. Der Geschäftsbereich der KfW Entwicklungsbank konnte seine Neuzusagen erheblich steigern. Im vergangenen Jahr wurden im Auftrag der Bundesregierung rund 7,3 Mrd. EUR (2015: 6,7 Mrd. EUR) für Finanzierungen in Entwicklungs- und Schwellenländern bereitgestellt, davon 66 % für Projekte im Bereich Klima- und Umweltschutz (2015: 60%). Nahezu ein Drittel aller Neuzusagen ging für die Entwicklungsprojekte nach Afrika.

B. Operatives Ergebnis weiterhin auf hohem Niveau

Das Betriebsergebnis vor Bewertungen und vor Förderleistung liegt im abgelaufenen Geschäftsjahr bei 1.450 Mio. EUR (Vorjahr: 1.767 Mio. EUR) und somit unter dem Vorjahr, das jedoch durch Einmaleffekte im Zinsüberschuss geprägt war. Die Zinsmargen im Aktivgeschäft und die sehr guten Refinanzierungsmöglichkeiten der KfW am Kapital- und Geldmarkt trugen zu dem stabilen Zinsergebnis bei. Positiv wirkten sich gesunkene Verwaltungsaufwendungen aufgrund der geänderten Gesetzeslage zur Diskontierung der Pensionsverpflichtungen aus. Sowohl das Provisionsergebnis als auch das Sonstige betriebliche Ergebnis liegen auf dem Niveau des Vorjahres und leisten einen positiven Beitrag zum operativen Ergebnis.

Überblick über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2016 verzeichnet die KfW einen Anstieg sowohl der Bilanzsumme als auch des Geschäftsvolumens.

Forderungsvolumen

Das Forderungsvolumen (Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden einschließlich Unwiderruflicher Kreditzusagen, Treuhand- und Avalkredite) hat sich von 483,3 Mrd. EUR auf 502,0 Mrd. EUR erhöht.

C. Stabiles Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis

Die KfW erzielt, wie bereits im Vorjahr, ein positives Kreditrisikovorsorgeergebnis in Höhe von 89 Mio. EUR (2015: 4 Mio. EUR). Zu diesem erfreulichen Ergebnis trug insbesondere die geringe Risikovorsorge im volumenstarken Inlandsgeschäft bei. Die Belastungen aus Wertberichtigungen und Abschreibungen auf Forderungen wurden durch Sondereffekte aus Eingängen auf bereits abgeschriebene Forderungen deutlich überkompensiert. Das Bewertungsergebnis der Beteiligungen war insgesamt mit 28 Mio. EUR leicht negativ (2015: positiv, 1 Mio. EUR). Abschreibungen auf Beteiligungen, insbesondere im Fördergeschäft, in Höhe von insgesamt 38 Mio. EUR standen Gewinne aus Beteiligungsveräußerungen in Höhe von 14 Mio. EUR gegenüber. Obwohl die Kapitalmärkte 2016 unter dem Einfluss politischer Unsicherheiten in Europa und den USA standen, erzielte das Wertpapierportfolio einen positiven Ergebnisbeitrag in Höhe von 14 Mio. EUR.

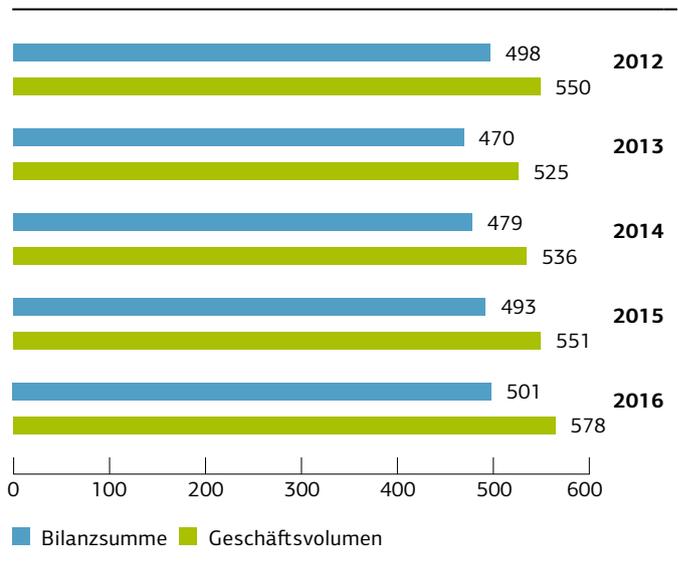
D. Förderleistung niedriger als erwartet

Die von der KfW zu Lasten der eigenen Ertragslage erbrachte Förderleistung im Inlandsgeschäft sank abermals im Geschäftsjahr auf 230 Mio. EUR (Vorjahr: 345 Mio. EUR) und liegt damit deutlich unter den Erwartungen.

Die wesentliche Komponente der Förderleistung sind Zinsverbilligungen, die ein Volumen von 193 Mio. EUR (Vorjahr: 304 Mio. EUR) erreichten. Der Rückgang resultiert insbesondere aus der geringeren Nachfrage nach verbilligten Förderkrediten (2016: 11,9 Mrd. EUR nach 2015: 13,2 Mrd. EUR) und aus dem im Niedrigzinsumfeld verringerten Verbilligungsspielraum.

Entwicklung Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Angaben in Mrd. EUR



Der Anstieg basiert im Wesentlichen auf der Entwicklung der Unwiderruflichen Kreditzusagen, die um 20,3 Mrd. EUR auf 76,1 Mrd. EUR stiegen. Ursächlich hierfür sind die im Rahmen der Neustrukturierung der in Vorjahren an den Bund zugesagten

BAföG-Darlehen in Höhe von 12,5 Mrd. EUR sowie das gesteigerte Zusagevolumen in der Kommunal- und Privatkundenbank/Kreditinstitute.

Höhere Förderungen der Entwicklungs- und Schwellenländer trugen mit einem Anstieg der Kreditforderungen in Höhe von 3,0 Mrd. EUR ebenfalls zu dieser Entwicklung bei.

Die Treuhandkredite, die vor allem Kredite zur Förderung der Entwicklungsländer aus Haushaltsmitteln der Bundesrepublik

Deutschland umfassen, haben sich von 13,1 Mrd. EUR auf 12,7 Mrd. EUR leicht verringert.

Die Avalkredite gingen um 52% auf 1,1 Mrd. EUR zurück. Dies resultiert im Wesentlichen aus dem rückläufigen Verbriefungsgeschäft, das den Hauptbestandteil der Eventualverbindlichkeiten ausmacht.

Refinanzierung

Die KfW hat sich auch im abgelaufenen Geschäftsjahr primär durch die Emission von Schuldverschreibungen am Kapitalmarkt refinanziert. 2016 wurden Mittel in Höhe von 72,8 Mrd. EUR (2015: 62,6 Mrd. EUR) aufgenommen und mehr als 200 Anleihen in 15 Währungen emittiert.

Der Bestand der begebenen Schuldverschreibungen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10,0 Mrd. EUR erhöht und beträgt zum 31.12.2016 422,3 Mrd. EUR. Neben den Neuemissionen und Endfälligkeiten beeinflussten die Schwankungen der Fremdwährungskurse, insbesondere des US-Dollars und des britischen Pfunds, die Bestandsentwicklung.

Der Anteil der begebenen Schuldverschreibungen an den Fremdmitteln beträgt 92,8% und liegt damit auf dem Niveau des Vorjahres. Die begebenen Schuldverschreibungen stellen somit weiterhin die wichtigste Refinanzierungsquelle dar. Wie schon im Vorjahr blieb der US-Dollar mit einem Anteil von 47% die wichtigste Währung, gefolgt vom Euro (36%) und vom britischen Pfund (9%), dessen Volumen ungeachtet der Brexit-Entscheidung ein Mehrjahreshoch erreichte. Der junge Green-Bond-Markt war auch 2016 durch große Dynamik geprägt. Die KfW hat sich seit ihrem Markteintritt 2014 im Green-Bond-Segment

durch zehn Emissionen und eine Aufstockung in insgesamt fünf Währungen mit einem Gesamtvolumen von 9,2 Mrd. EUR zu einem der größten Emittenten entwickelt.

Der Anteil der bei Kreditinstituten und Kunden (ohne Bundesmittel) aufgenommenen Mittel liegt mit 7% auf dem Vorjahresniveau. Darin enthalten sind auch hereingenommene Barsicherheiten, im Wesentlichen zur Absicherung des Kontrahentenrisikos aus dem Derivategeschäft, in Höhe von 17,6 Mrd. EUR (2015: 21,6 Mrd. EUR). Die seitens des ERP-Sondervermögens (ERP-SV) bereitgestellten Mittel reduzierten sich insbesondere aufgrund der planmäßigen Tilgung der Verbindlichkeiten aus der Übertragung des ERP-Sondervermögens.

Unter dem Nachrangkapital wird ein vom ERP-Sondervermögen im Rahmen der Neustrukturierung der ERP-Wirtschaftsförderung 2007 gewährtes Nachrangdarlehen in Höhe von 0,2 Mrd. EUR (2015: 0,3 Mrd. EUR) ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2016 haben ERP-SV und KfW einen Erlass der Rückzahlung in Höhe von 0,1 Mrd. EUR vereinbart. Die Kapitalbindungsfrist für den verbleibenden Teil des Nachrangdarlehens in Höhe von 0,2 Mrd. EUR endet zum 31.12.2027.

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	in %
Bundesrepublik Deutschland				
- ERP-Sondervermögen	480	568	-88	-15
- Bundeshaushaltsmittel	2.500	2.155	345	16
	2.980	2.723	257	9
Sonstige Gläubiger	7.787	5.993	1.794	30
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	10.767	8.716	2.051	24
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	22.002	27.322	-5.320	-19
Anleihen	63.336	79.856	-16.520	-21
Inhaberschuldverschreibungen (einschl. Commercial Papers)	355.460	328.635	26.825	8
Anteilige und fällige Zinsen	3.472	3.817	-345	-9
Begebene Schuldverschreibungen	422.268	412.308	9.960	2
Nachrangige Verbindlichkeiten	200	300	-100	-33
Insgesamt	455.237	448.646	6.591	1

Eigene Mittel

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken beträgt unverändert zum Vorjahr 0,6 Mrd. EUR. Der Jahresüberschuss von 1.290 Mio. EUR wird vollständig den Gewinnrücklagen zugeführt.

Die Eigenen Mittel betragen danach zum 31.12.2016 23,8 Mrd. EUR und liegen somit 5,7% über dem Niveau des Vorjahres. Der Anstieg resultiert ausschließlich aus dem Jahresüberschuss, der den Gewinnrücklagen zugeführt wird.

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Gezeichnetes Kapital	3.750	3.750	0
Nicht eingeforderte ausstehende Einlagen	-450	-450	0
Kapitalrücklage	8.447	8.447	0
<i>darunter: Förderrücklage des ERP-Sondervermögens</i>	7.150	7.150	0
Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens	1.191	1.191	0
Erwirtschaftete Gewinne			
a) gesetzliche Rücklage gemäß § 10 Abs. 2 KfW-Gesetz	1.875	1.875	0
b) Sonderrücklage gemäß § 10 Abs. 3 KfW-Gesetz	8.312	7.022	1.290
c) Sonderrücklage gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG ¹⁾	48	48	0
Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB	600	600	0
Insgesamt	23.772	22.482	1.290

¹⁾ Zu korrigieren um das aktivisch ausgewiesene Sonderverlustkonto gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG (26 Mio. EUR)

Sowohl die aufsichtsrechtliche Gesamtkapitalquote beträgt 22,3% (Vorjahr: 18,4%) als auch die Kernkapitalquote (Vorjahr: 18,3%). Die Ermittlung der Quoten basiert auf IAS-Konzernzahlen.

Entwicklung sonstiger wesentlicher Bilanzposten

Der Gesamtbestand der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere erhöht sich geringfügig um 0,4 Mrd. EUR auf 38,5 Mrd. EUR (2015: 38,1 Mrd. EUR). Gegenläufig entwickelt sich der Bestand an zurückgekauften Eigenemissionen in Höhe von 9,1 Mrd. EUR nach 9,7 Mrd. EUR im Vorjahr. Dies entspricht 2% der begebenen Schuldverschreibungen. Der Bestand an fremden Emissionen, der 76% des Gesamtbestandes der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere umfasst, liegt mit insgesamt 29,4 Mrd. EUR um 1,0 Mrd. EUR leicht über dem Vorjahreswert in Höhe von 28,4 Mrd. EUR. 81% der fremden Wertpapiere können im Rahmen von Refinanzierungsgeschäften mit der Europäischen Zentralbank (EZB) als Sicherheiten verwendet werden. Neben den Treasury-Wertpapierportfolios hält die KfW im Zusammenhang mit ihren Aktivitäten in der Kreditverbriefung und der Mittelstandsförderung Asset Backed Securities (ABS) mit einem Buchwert von 4,9 Mrd. EUR nach 4,2 Mrd. EUR im Vorjahr in ihrem Bestand. Etwaigen Risiken wird durch die Bildung einer angemessenen Risikovorsorge ausreichend Rechnung getragen.

Die KfW begibt nicht nur Green Bonds, sondern baut seit 2015 auch ein eigenes Green-Bond-Portfolio auf. Dieses beläuft sich derzeit auf rund 0,6 Mrd. EUR und deckt schwerpunktmäßig Förderfelder im Bereich erneuerbare Energien und Energieeffizienz ab.

Der Wert der Anteile an verbundenen Unternehmen beträgt 3,0 Mrd. EUR und ist gegenüber dem Vorjahr mit 0,3 Mrd. EUR leicht gesunken.

Die Sonstigen Vermögensgegenstände enthalten insbesondere den Devisenausgleichsposten aus der Abbildung der Fremdwäh-

rungsderivate in Höhe von 15,0 Mrd. EUR sowie die Forderung an die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) in Höhe von 0,6 Mrd. EUR, die durch den Übergang der Rechte und Pflichten der Staatlichen Versicherung der Deutschen Demokratischen Republik in Abwicklung (SinA) zum 01.01.2008 auf die KfW übertragen wurde. Die Verpflichtungen der SinA werden jedoch unverändert wirtschaftlich von der BvS getragen. Dieser Forderung stehen versicherungstechnische Rückstellungen in gleicher Höhe gegenüber.

Den wesentlichen Teil der aktiven Rechnungsabgrenzungsposten bilden Unterschiedsbeträge zwischen Rückzahlungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag aus der Aufnahme von Fremdmitteln (Disagien und Bonifikationen) und zeitanteilig abgegrenzte Upfront Payments für derivative Finanzinstrumente. In den passiven Rechnungsabgrenzungsposten werden insbesondere die laufzeitanteilig zu verrechnenden Disagien aus den verbrieften Verbindlichkeiten und zeitanteilig abgegrenzte Upfront Payments für derivative Finanzinstrumente abgebildet.

Die Rückstellungen bestehen mit 2,2 Mrd. EUR unverändert zum Vorjahreswert. Der Gesamtbetrag umfasst die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen (1,1 Mrd. EUR) sowie andere Rückstellungen (1,1 Mrd. EUR). Die anderen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen die versicherungstechnischen Rückstellungen der SinA, die Rückstellung für variable Vergütungsbestandteile, die Rückstellung zur Absicherung der aus der Übertragung des ERP-Sondervermögens resultierenden künftigen Zinsbelastungen, die Vorsorgen für Kreditrisiken sowie die Rückstellung im Zusammenhang mit der barwertigen Abbildung der Zinsverbilligungsleistungen.

Ertragslage

Das Betriebsergebnis der KfW vor Bewertungen und Förderleistung beträgt 1.450 Mio. EUR und liegt damit um 316 Mio. EUR deutlich unter dem Niveau des Vorjahres von 1.767 Mio. EUR. Der Zinsüberschuss (vor Förderleistung) ist zwar angesichts des anhaltenden Niedrigzinsumfelds und des dadurch eingeschränkten Potenzials zur Erzielung von Strukturbeiträgen mit 1.983 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr von 2.356 Mio. EUR rückläufig, bleibt jedoch unverändert die wichtigste Ertragsquelle. Darüber hinaus belasten Transaktionen zur Begrenzung bzw. Reduktion des Derivateexposures im Rahmen der Zinsrisikosteuerung in Höhe von 223 Mio. EUR das Zinsergebnis.

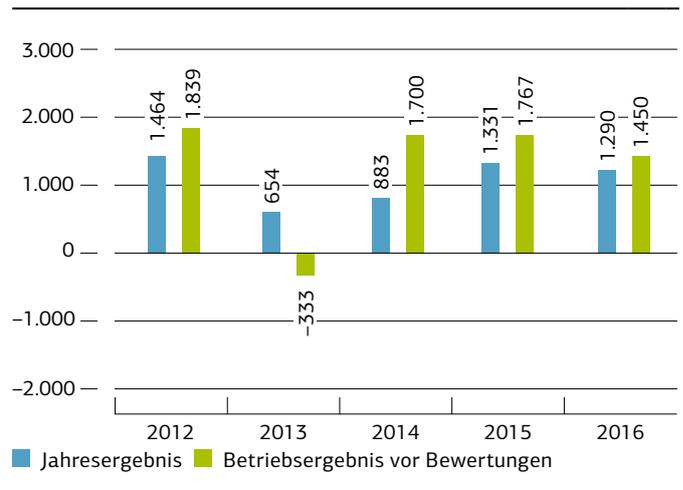
Der Provisionsüberschuss (vor Förderleistung) in Höhe von 196 Mio. EUR liegt mit 6 Mio. EUR leicht über dem Vorjahreswert von 190 Mio. EUR. Der Anstieg hat seine Ursache im Wesentlichen in den geringeren Aufwendungen aus der Geschäftsbe- sorgung mit der KfW IPEX-Bank GmbH für die Verwaltung des Treuhandgeschäfts der Export- und Projektfinanzierung, die 2015 ein Ausnahmejahr erzielte.

Der Verwaltungsaufwand (vor Förderleistung) sinkt um 40 Mio. EUR auf 931 Mio. EUR. Ursächlich hierfür ist ein niedrigerer Personalaufwand, der auf die geänderte Gesetzeslage bezüglich der Diskontierung der Pensionsverpflichtungen zurückzuführen ist. Mit dem Abschluss per 31.12.2016 wendet die KfW einen Zehn-Jahres-Durchschnittszins anstelle des 2015 verwendeten Sieben-Jahres-Durchschnittzinssatzes an. Aufgrund des gestiegenen Diskontierungszinses (2015: 3,89%; 2016: 4,01%) ist 2016 keine Zuführung zu den Pensionsverpflichtungen zu Lasten des Verwaltungsaufwands notwendig. Gegenläufig entwickeln sich die Aufwendungen für Löhne und Gehälter, die aus Tarifierhöhungen und einer gestiegenen Mitarbeiterzahl stammen. Der Sachaufwand steigt im Geschäftsjahr 2016 moderat, bedingt durch hohe Investitionen in die Modernisierung der KfW. Diese Investitionen lassen sich insbesondere auf die Umsetzung aufsichtsrechtlicher Vorgaben und diverse Großprojekte zur Modernisierung der IT-Landschaft zurückführen. Aus diesem umfangreichen Projektportfolio wird auch künftig ein Anstieg des Sachaufwands erwartet. Daneben belasten höhere Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen und immaterielle Vermögensgegenstände das Ergebnis.

Das Sonstige betriebliche Ergebnis ist geprägt durch den Rückzahlungserlass des ERP-Nachrangdarlehens in Höhe von 100 Mio. EUR zur Abdeckung zukünftiger Förderlasten aus dem Programm ERP-Venture Capital-Fondsinvestments.

Betriebsergebnis vor Bewertungen und vor Förderleistung¹⁾ und Jahresergebnis

Angaben in Mio. EUR



¹⁾ Ab dem Geschäftsjahr 2013

Das negative Bewertungsergebnis von 14 Mio. EUR (Vorjahr: positiv, 30 Mio. EUR) ist im Wesentlichen geprägt durch Abschreibungen auf Beteiligungen, denen teilweise realisierte Erträge aus Beteiligungsveräußerungen kompensierend gegenüberstehen. Einen positiven Beitrag leisten Kursgewinne aus Wertpapierverkäufen. Bei den nicht mit dem Niederstwert bewerteten Wertpapieren des Anlagevermögens bestehen negative Unterschiedsbeträge zu den Kurswerten in Höhe von 53 Mio. EUR (Vorjahr: 17 Mio. EUR).

Wie bereits im Vorjahr ergibt sich aus der Risikovorsorge ein positiver Ergebnisbeitrag von 89 Mio. EUR (Vorjahr: 4 Mio. EUR). Nettozuführungen von Einzelwertberichtigungen, insbesondere aus der Bildungsfinanzierung, stehen Erträge aus erfolgreichen Verwertungen abgeschriebener Forderungen gegenüber. Der Bestand an Einzelwertberichtigungen und Einzelrückstellungen für das Kreditgeschäft fällt von 620 Mio. EUR auf 460 Mio. EUR. Im Geschäftsjahr 2016 wurden notleidende Kreditforderungen über 247 Mio. EUR (Vorjahr: 181 Mio. EUR) ausgebucht. Für alle erwarteten Verluste wurde ausreichende Vorsorge in Form von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen getroffen.

Die von der KfW zu Lasten der eigenen Ertragslage erbrachte Förderleistung im Inlandsgeschäft lag im Geschäftsjahr 2016 mit 230 Mio. EUR nach 345 Mio. EUR 2015 deutlich unter dem Vorjahresniveau und unter den Planwerten. Die wesentliche Komponente der von der KfW erbrachten Förderleistungen ist mit 193 Mio. EUR die Zinsverbilligung, die während der ersten Zinsbindungsperiode zusätzlich zur Weitergabe ihrer günstigen Refinanzierungskonditionen gewährt wird.

Das Geschäftsjahr 2016 schließt mit einem Jahresüberschuss von 1.290 Mio. EUR (Vorjahr: 1.331 Mio. EUR), dieser wird vollständig den Gewinnrücklagen zugeführt.

Nachhaltigkeitsbericht

Der vorliegende Nachhaltigkeitsbericht entspricht in Gliederung, Umfang und Inhalt im Wesentlichen dem Konzernnachhaltigkeitsbericht, der im Konzernlagebericht veröffentlicht ist. Aus-

sagen zu dem Neuzusagevolumen beziehen sich auf den Konzern. Auf die Erstellung eines Nachhaltigkeitsberichts für den Einzelabschluss wird verzichtet.

Nachhaltigkeit als strategische Leitlinie

Der KfW-Konzern verfügt über ein Strategisches Zielsystem, das die mittelfristig angestrebte Positionierung der KfW definiert. Es beinhaltet ausgewählte Top-Level-Ziele auf Gesamtbankenebene und dient als zentraler und verbindlicher Orientierungsrahmen für die strategische Ausrichtung aller Geschäftsfelder auf einen Fünf-Jahres-Horizont. Das Primärziel der KfW ist die Förderung. Das Zielsystem orientiert sich an den Leitlinien der Subsidiarität und der Nachhaltigkeit. Die KfW richtet die Förderaktivitäten dabei im Wesentlichen an den gesellschaftlich und ökonomisch bedeutsamen Megatrends „Klimawandel & Umwelt“, „Globalisierung & technischer Fortschritt“ und „Demografische Entwicklung“ aus. Die Fördertätigkeit der KfW rund um diese Megatrends muss sich an der Leitlinie der Nachhaltigkeit messen lassen.

Zur Bewältigung des Megatrends „Klimawandel & Umwelt“ finanziert die KfW beispielsweise Maßnahmen zur Unterstützung erneuerbarer Energien, Verbesserung der Energieeffizienz, Sicherstellung von Biodiversität und Vermeidung bzw. Reduzierung von Umweltverschmutzung. Um der besonderen Bedeutung dieses Megatrends Rechnung zu tragen, wurde eine Umweltquote

von rund 35 % des gesamten Neuzusagevolumens fixiert – dieser Zielwert wurde im Jahr 2016 mit 44 % noch übertroffen (35,3 Mrd. EUR). Im Rahmen des Megatrends „Globalisierung & technischer Fortschritt“ (14,5 Mrd. EUR) leistet die KfW durch Finanzierungen unter anderem im Bereich Forschung und Innovation, Rohstoffsicherung sowie Infrastruktur- und Transportwesen einen Beitrag zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Das Engagement der KfW beim Megatrend „Demografische Entwicklung“ (10 Mrd. EUR) hat die Bewältigung der mit einer sinkenden und alternden Bevölkerung einhergehenden Folgen zum Ziel, unter anderem mit den Schwerpunkten altersgerechte Infrastruktur, Aus- und Weiterbildung, Familienpolitik und Kinderbetreuung sowie Unternehmensnachfolge. Das KfW-Engagement zur Bewältigung der Herausforderungen der Flüchtlingsthematik wird ebenfalls in diesem Megatrend reflektiert. Zudem besetzt die KfW „trendunabhängige Förderthemen“ (21,2 Mrd. EUR), die für die KfW eine wichtige Rolle spielen, sich jedoch keinem der drei Megatrends zuordnen lassen, wie beispielsweise die Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern.

Nachhaltigkeitsratings der KfW Bankengruppe

Nachhaltigkeitsratings dienen der gesamthaften Bewertung von Unternehmen hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeitsperformance, die auf Grundlage von Umwelt-, Sozial- und Governance-Aspekten beurteilt wird. Die KfW nimmt gleich bei drei namhaften unabhängigen Nachhaltigkeitsratingagenturen im internationalen Branchenvergleich regelmäßig Spitzenplätze ein (Stand 31.12.2016). Bei Sustainalytics erreichte sie 85 von maximal

100 möglichen Punkten und liegt damit unter den 396 analysierten Banken weltweit auf Platz 2. Oekom research vergab unverändert die Bewertung „Prime“ in der Gruppe der am besten bewerteten Finanzinstitute weltweit, das Rating liegt bei C+ auf einer Skala von A+ bis D-. Bei imug hat die KfW mit BBB auf einer Skala von AAA bis D die zweitbeste Bewertung aller analysierten internationalen Förderbanken.

Nachhaltigkeitsberichterstattung der KfW

Seit 1994 führen das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung und der Unternehmerverband „future verantwortung unternehmen“ ein Ranking von Nachhaltigkeits- bzw. Corporate-Social-Responsibility-Berichten in der deutschen Wirtschaft durch. 2016 hat die KfW im Segment Großunternehmen Platz 3 von 79 erreicht. Der Nachhaltigkeitsbericht der KfW erfüllte die umfangreichen sozialen, ökologischen, auf das Management bezogenen und kommunikationsorientierten Kriterien mit hohen 72 % und erreichte 510 von 700 möglichen Punkten. Inhaltlich überzeugte der Bericht mit dem Titel „Verantwortung wirkt“

unter anderem durch eine ausführliche Darstellung der Wirkungsweise und der Wirkungsmessung der Fördertätigkeit der KfW Bankengruppe.

Als Zwischenbericht zu den Nachhaltigkeitsberichten der KfW ist 2016 wieder ein „Fakten-Update“ erschienen, dessen inhaltliche Schwerpunkte auf den Themen Flüchtlinge, Beschwerdemanagement, Verantwortung gegenüber unseren Mitarbeitern und im betrieblichen Umweltschutz liegen. Faktenorientiert werden relevante Kennzahlen dargestellt.

Nachhaltiges Engagement am Green-Bond-Markt

Im Bereich Green Bonds setzt die KfW mit ihrer langjährigen Erfahrung und ihrem exzellenten Ruf an den Kapitalmärkten Impulse als Emittentin und als Investorin. Als Emittentin von „Green Bonds – Made by KfW“ bietet sie Anleihen an, die Investitionen in Erneuerbare-Energien-Projekte mit der erstklassigen Bonität der KfW verknüpfen. Im Jahr 2016 hat die KfW Green Bonds im Volumen von 2,8 Mrd. EUR in vier verschiedenen Währungen emittiert. Mit einem ausstehenden Volumen von rund 9,2 Mrd. EUR (31.12.2016) zählt sie zu den größten Emittentinnen in dem schnell wachsenden Marktsegment. 2016 veröffentlichte die KfW erstmals einen Bericht zu den Umweltwirkungen ihrer Green Bonds. Im vergangenen Jahr wurde sie für die Transparenz bei der Pre-Deal-Information von Global Capital sowie für ihre Green-Bond-Emissionen von Global Capital und cmdportal prämiert.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) fördert die KfW über ein

Inlandsfinanzierung trägt zur Nachhaltigkeit bei

Die Steigerung der Energieeffizienz und der Einsatz erneuerbarer Energie im Gebäudebereich spielen eine zentrale Rolle im Kampf gegen den Klimawandel. Gemeinsam mit dem Ministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) hat die KfW im Jahr 2016 ein Rekordzusagevolumen von 19 Mrd. EUR für Investitionen in die Sanierung und den Neubau energieeffizienter Wohn- und Nichtwohngebäude bereitgestellt. Durch die im Jahr 2016 geförderten Baumaßnahmen privater Bauherren, gewerblicher Unternehmen und Kommunen werden allein in den nächsten zehn Jahren rund zwölf Millionen Tonnen klimaschädliches Kohlendioxid eingespart. Beim Wohnungsneubau gelten seit April 2016 besonders anspruchsvolle energetische Anforderungen (mindestens KfW-Effizienzhaus-Standard 55). Dennoch wurden im letzten Jahr insgesamt 160.000 neue Wohneinheiten gefördert, davon annähernd 140.000 Wohneinheiten auf Basis des KfW-Effizienzhaus-Standards 55 oder besser.

Fast jeder zweite Einbrecher gibt nach wenigen Minuten auf, wenn er durch mechanische Sicherungen am Eindringen gehindert wird. Mit erhöhten Fördermitteln für Investitionen in den Einbruchschutz trug die KfW im Auftrag des BMUB 2016 dem hohen Interesse von Mietern und Hauseigentümern nach mehr Einbruchschutz Rechnung. Für Maßnahmen zum Einbruchschutz wurden 2016 über 40.000 Förderzuschüsse ausgereicht. Über 50.000 Wohnungen wurden so mit verschiedenen Maßnahmen

Green-Bond-Portfolio die Finanzierung von Klima- und Umweltschutzprojekten. 2016 erfolgten dazu Investitionen im Volumen von rund 300 Mio. EUR in Green Bonds. Die Schwerpunkte der Förderung lagen regional in Europa (circa 95%) und hier auf den Förderfeldern Energieeffizienz (circa 30%) und Erneuerbare Energien (circa 20%). Das Portfolio soll auf 1 Mrd. EUR ausgebaut werden, im Bestand waren per Ende 2016 rund 580 Mio. EUR.

Daneben macht sich die KfW für eine qualitative Weiterentwicklung des Marktes stark, insbesondere als Mitglied im Executive Committee der Green Bond Principles – von Marktteilnehmern selbst entwickelte, freiwillige Marktstandards. Für den Aufbau des Green-Bond-Portfolios und ihr Engagement zur Weiterentwicklung nachhaltiger Geldanlagen wurde die KfW 2016 als „Bester nachhaltiger Investor“ von portfolio institutionell prämiert.

gegen Einbruch gesichert. Hauptsächlich wurden einbruchshemmende Haus- und Wohnungstüren sowie Nachrüstsysteme für Fenster eingebaut. Seit November 2016 geht dies über das neue KfW-Zuschussportal: Eigentümer von Ein- und Zweifamilienhäusern und Eigentumswohnungen sowie Mieter stellen ihren Förderantrag im Zuschussportal und erhalten innerhalb weniger Augenblicke ihre Förderzusage.

Im Rahmen des KfW-Aktionsplans Energiewende hat die KfW von 2012 bis 2016 in der Inlandsförderung zusammen mit dem Bund rund 103 Mrd. EUR für Energiewendevorhaben in Deutschland bereitgestellt. Für erneuerbare Energien wurden 23 Mrd. EUR, für Energieeffizienz 80 Mrd. EUR zugesagt. Die Energiewende ist in eine nächste Phase eingetreten: Die Steigerung der Energieeffizienz, die Wärmewende und die stärkere Integration von Energieerzeugung, -speicherung und -verbrauch sowie die digitale Vernetzung sind zentrale Themen – auch für die Weiterentwicklung des KfW-Finanzierungsangebots. In diesem Kontext wurde im Mai 2016 das „KfW-Energieeffizienzprogramm Abwärme“ gestartet, das über den Einsatz von Bundesmitteln weitere Impulse zur Energie- und CO₂-Einsparung setzt. Mit dem Programm „Erneuerbare Energien Standard“ wird seit November 2016 zusätzlich die Integration erneuerbarer Energien ins Stromsystem unterstützt.

Internationale Finanzierungen und Initiativen

Die KfW hat Ende 2016 einen Rahmenvertrag mit dem „Green Climate Fund“ (GCF) unterzeichnet. Als ein zentrales Instrument des Klimaabkommens von Paris vergibt der GCF Mittel an akkreditierte Institutionen für Projekte in Entwicklungsländern. Ein KfW-Vorhaben in Bangladesch hat der GCF bereits zugesagt, weitere Vorhaben der KfW mit Partnern sind in Vorbereitung.

Die KfW Entwicklungsbank hat 2016 im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der EU einen Risikoabsicherungsfonds für Geothermie in Lateinamerika gegründet. Über die Geothermal Development Facility sollen bis zu 15 Geothermie-Projekte mit einer Kapazität von 350 Megawatt und einem Investitionsvolumen von über 1 Mrd. EUR umgesetzt werden. Ebenfalls im Auftrag des BMZ hat die KfW Entwicklungsbank im Rahmen der G7 InsuResilience Initiative 2016 zur Förderung von Klimarisikoversicherungen den „InsuResilience Challenge Fund“ initiiert. Er fördert die Entwicklung von innovativen Versicherungskonzepten. Dadurch soll sich das Angebot an Versicherungen in Entwicklungs- und Schwellenländern erhöhen, um arme Menschen besser gegen Extremwetterrisiken abzusichern.

Um den internationalen Meeresschutz zu verbessern, hat die KfW Entwicklungsbank zusammen mit dem BMZ 2016 den „Blue

Action Fund“ gegründet. Der Fonds hat die Rechtsform einer gemeinnützigen Stiftung und soll Vorhaben zum internationalen Meeresschutz fördern, indem zum Beispiel Schutzgebiete besser kontrolliert werden.

Mit der Finanzierung des hochmodernen Windparks Peralta in Uruguay unterstützt die KfW IPEX-Bank, die innerhalb der KfW Bankengruppe den Geschäftsbereich Export- und Projektfinanzierung verantwortet, den Ausbau erneuerbarer Energien auf dem südamerikanischen Kontinent. Gemeinsam mit einer weiteren Geschäftsbank stellte sie insgesamt rund 160 Mio. USD für das Projekt bereit. Die 50 neuen Windenergieanlagen sind bereits ans Stromnetz angeschlossen und versorgen rund 150.000 Haushalte mit grüner Energie. Errichtet wurde der Park vom deutschen Windanlagenhersteller Enercon, der mit dem staatlichen Energieversorger UTE einen Stromabnahmevertrag über 20 Jahre geschlossen hat. Uruguay verfolgt bei der Energieversorgung ambitionierte Ziele: Bereits 2017 sollen 38% der heimischen Gesamtstromproduktion durch Windenergie erzeugt werden. Die KfW IPEX-Bank leistet hier einen wichtigen Beitrag, um die wachsende Nachfrage nach Windtechnologie zu bedienen – was nicht nur Herstellern und Abnehmern, sondern vor allem der Umwelt zugutekommt.

Verantwortung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

Als zukunftsorientiertes Unternehmen sieht die KfW Bankengruppe ihre Verantwortung in einer differenzierten Personalpolitik, die Chancengleichheit im selben Maße fördert wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die zunehmend flexible Arbeitszeiten ermöglicht und ein vorsorgendes Gesundheitsmanagement betreibt. Für ihr Ziel, motivierte und zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, engagiert sie sich kontinuierlich mit unterschiedlichen Maßnahmen.

Zum 01.01.2016 ist der neue Gleichstellungsplan der KfW in Kraft getreten. Dieser ist eng mit dem Gender Balance Konzept der KfW verbunden. Schwerpunkte liegen in der Erhöhung des Frauenanteils in Führungs- und gehobenen Fachpositionen, der kulturellen Verankerung der Gleichstellung in der KfW durch gelebte Best-Practice-Beispiele sowie dem Ausbau der Vereinbarkeit von Beruf und privaten Verpflichtungen zur Kinderbetreuung und zur Pflege von Angehörigen. Beratungsangebote und Schulungen zu dieser Thematik gibt es schon länger. Zusätzlich wurde 2016 nach Bonn und Berlin auch in Frankfurt ein Eltern-Kind-Büro eingerichtet.

Für die Einbindung und Förderung schwerbehinderter Menschen setzt sich die KfW bereits seit vielen Jahren ein. Im Sinne der Inklusion sollen schwerbehinderte Menschen ebenso selbstverständlich wie alle anderen Beschäftigten in die Gemeinschaft und die Arbeitsabläufe der KfW einbezogen werden. Das Engagement der KfW zahlt sich aus: Der Anteil schwerbehinderter Beschäftigter lag im Jahr 2016 bei insgesamt rund 5,5%.

Um die Verantwortung für ihre Beschäftigten wahrzunehmen, baute die KfW auch 2016 das betriebliche Gesundheitsmanagement systematisch weiter aus. Dazu gehörten Maßnahmen wie die Analyse der psychischen Belastungen Beschäftigter, Check-up-Untersuchungen auf allen Führungsebenen, Grippe-schutzimpfungen, Betriebssportgruppen und Gesundheitskurse.

Erneut konnte sich die KfW im Jahr 2016 in bekannten Arbeitgeber-Rankings, die durch die Marktforschungsunternehmen Trendence und Universum erhoben werden, weiter verbessern. Und dies entgegen dem Gesamttrend der Finanzdienstleistungsbranche! Ein deutlicher Beweis, dass die hohe Attraktivität der KfW als Arbeitgeber auch extern immer stärker wahrgenommen wird.

Entwicklungen im betrieblichen Umweltschutz

Seit Ende 2016 wird die zentrale Wärme- und Kälteversorgung am Standort Frankfurt einer grundlegenden Umstrukturierung unterzogen. Hiermit reagiert die KfW auf die veränderten Verbrauchsstrukturen innerhalb des Gebäudeverbundes. Das Ziel ist die Herstellung einer zukunftsfähigen Energieversorgung für den Standort mit dem Fokus auf Zentralisierung, Flexibilisierung und Energieeffizienz. Es ist vorgesehen, energieeffiziente Großwärmepumpen und Blockheizkraftwerke für die Wärmeversorgung einzusetzen. Seitens der Kälteerzeugung ist eine hocheffiziente Turbocore-Kältemaschine geplant. Die CO₂-Emissionen können hierdurch voraussichtlich um rund 1.500 Tonnen pro Jahr gesenkt werden.

Mit Jahresbeginn 2016 wurde das sogenannte „Umweltschutzmodell Fuhrpark“ eingeführt mit der Zielsetzung, die CO₂-Emissi-

onen der personenbezogenen Dienstfahrzeuge für Führungskräfte der KfW nachhaltig zu reduzieren. Mit Erfolg: Bei den teilnehmenden Firmenwagennutzern konnte der durchschnittliche CO₂-Wert um knapp 15 % gesenkt werden, und 10 % der firmenwagenberechtigten Mitarbeiter haben sich für eine BahnCard100 statt eines Firmenfahrzeugs entschieden. 14 Fahrzeuge sind Elektro- bzw. Hybridfahrzeuge.

Die erhebliche Reduktion der Treibhausgasemissionen der KfW Bankengruppe aus Dienstreisen, Strom und Wärme im Jahr 2015 von insgesamt rund 16 % (2015: 13.628 Tonnen CO₂-Äquivalent, 2014: 16.257 Tonnen CO₂-Äquivalent) basiert insbesondere auf dem deutlichen Rückgang an nationalen wie auch internationalen Flugbewegungen von fast 22 % (2015: 7.394 Tonnen CO₂-Äquivalent, 2014: 9.446 Tonnen CO₂-Äquivalent).

Risikobericht

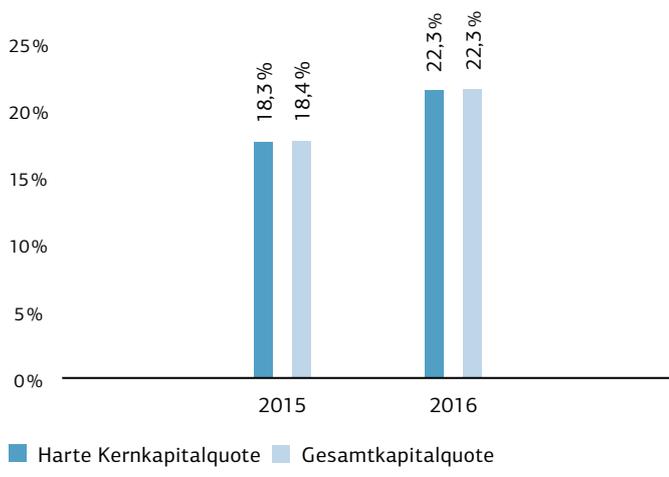
Der vorliegende Risikobericht entspricht in Gliederung, Umfang und Inhalt dem Konzernrisikobericht, der im Konzernlagebericht veröffentlicht ist. Da das Risikomanagement und -controlling

auf den KfW-Konzern ausgerichtet sind, wird auf die Erstellung eines Risikoberichts auf Einzelinstitutsebene verzichtet.

Übersicht über wesentliche Kennzahlen

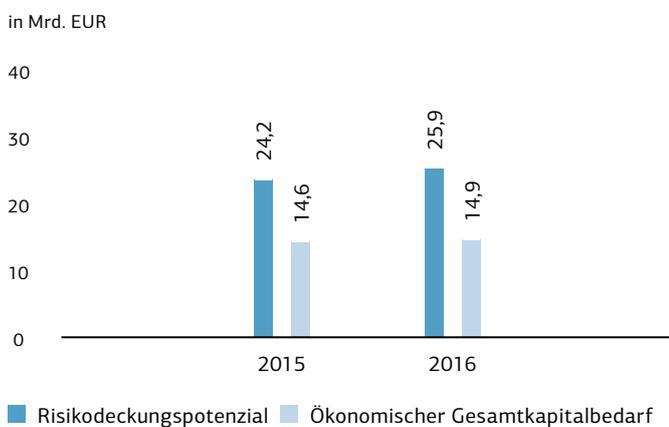
Die Risikoberichterstattung erfolgt entsprechend der internen Risikosteuerung der KfW auf Konzernebene. Nachfolgend werden die zentralen Risikokennzahlen dargestellt:

Aufsichtsrechtliche Eigenkapitalquoten: deutlich verbessert



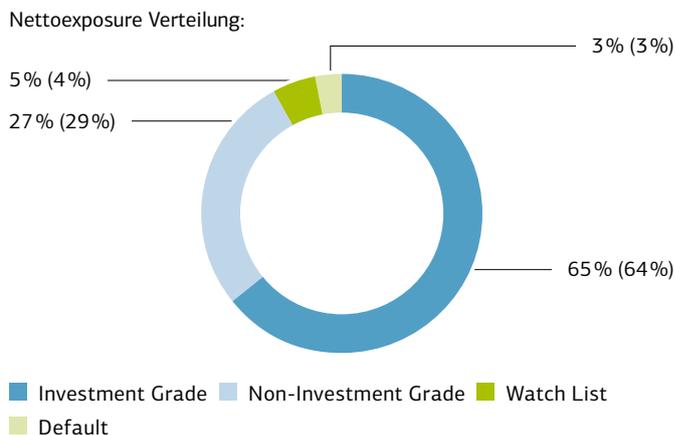
Wesentlicher Treiber für die Entwicklung der aufsichtsrechtlichen Gesamtkapitalquoten (sinngemäße Anwendung des auf internen Ratings basierenden Ansatzes [IRB-Ansatzes]) ist neben dem guten Jahresergebnis ein Rückgang der Kapitalunterlegung im Derivateportfolio.

Risikotragfähigkeit: gute Kapitalausstattung



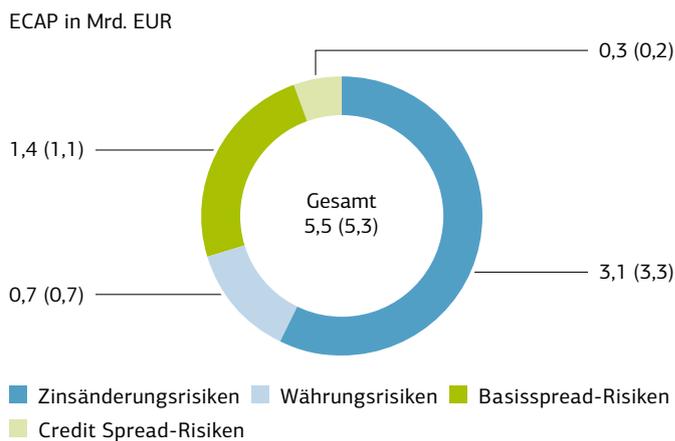
Die Überdeckung wurde 2016 deutlich ausgebaut. Die Risikotragfähigkeit ist auf einem Solvenzniveau von 99,99 % für Szenarien auskömmlich.

Kreditrisiko: unverändert gute Bonitätsstruktur 2016 (2015)



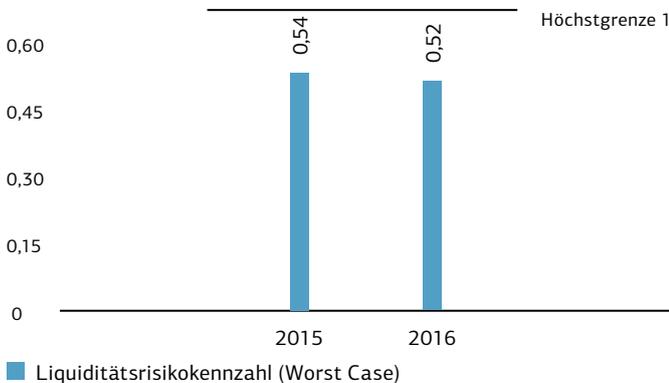
Der Investment-Grade-Bereich umfasst 65% des gesamten Nettoexposures. Die Risikovorsorge (Einzelwertberichtigungen [EWB], Portfoliowertberichtigungen [PoWB], Kreditrückstellungen) ging 2016 leicht zurück auf 1,7 Mrd. EUR (31.12.2015: 1,8 Mrd. EUR).

Marktpreisrisiken: Kapitalbedarf leicht gestiegen 2016 (2015)



Der Anstieg der Marktpreisrisiken resultiert vor allem aus dem höheren Kapitalbedarf für Basisspread-Risiken, den Währungsrisiken und dem Credit Spread-Risiko. Kompensierend wirkt das Zinsänderungsrisiko im Bankbuch.

Liquiditätsrisiko: Lage weiterhin komfortabel

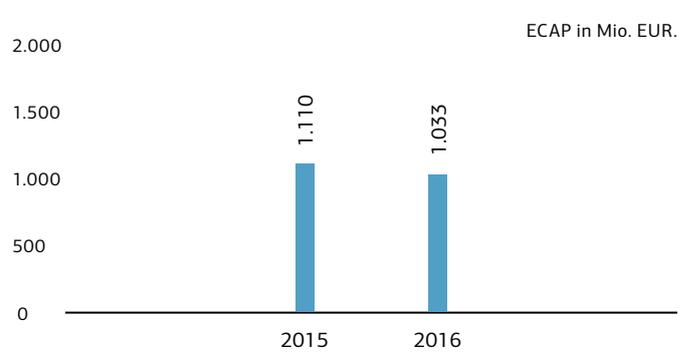


Die Liquiditätskennzahlen lagen zu jedem Zeitpunkt des Jahres deutlich unter dem internen Grenzwert.

Aktuelle Entwicklungen

Nachdem die Weltwirtschaft 2016 auch das vierte Jahr in Folge nur ein moderates Wachstum von knapp über 3% verzeichnen konnte, unterliegt die weltwirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2017 größeren Unwägbarkeiten. Unsicherheiten bestehen insbesondere hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Agenda der US-Regierung unter Präsident Trump und ihrer Auswirkungen. Viele Finanzmarktteilnehmer erwarten eine expansive Fiskalpolitik und infolgedessen einen spürbaren Wachstumsimpuls in den USA. Risiken in diesem Zusammenhang bestehen allerdings in einer steigenden US-Staatsverschuldung, einem signifikanten Zinsanstieg und hoher Dollarvolatilität. Dessen ungeachtet sind die kurzfristigen wirtschaftlichen Aussichten der USA nach wie vor besser als in anderen Industrieländern: Die Volkswirtschaften der Eurozone befanden sich zwar gegenüber den Vorjahren in ruhigerem Fahrwasser – diese Entwicklung wird jedoch von möglichen Politikwechseln (Parlaments- bzw. Präsidentschaftswahlen in den wichtigen Kernländern der Europäischen Union: Niederlande, Frankreich und Deutschland, voraussichtlich auch in Italien), der Unsicherheit über die Zukunft der europäischen Staatengemeinschaft sowie von strukturellen Problemen überschattet. Die zuletzt gute Konjunkturdynamik in Großbritannien wird voraussichtlich aufgrund der Brexit-Perspektive nachlassen, während die Wachstumsaussichten für Japan auf niedrigem Niveau bleiben dürften. Die Schwellenländer haben 2016 in etwa das Wachstumsniveau des schwachen Vorjahres gehalten, allerdings ergaben sich dabei deutliche regionale Unterschiede: Während die Konjunktur in Asien, getrieben von Indien, China und vielen kleineren Volkswirtschaften, relativ robust blieb, enttäuschten insbesondere Länder aus Lateinamerika und Sub-

Operationelle Risiken: Kapitalbedarf leicht gesunken



Im Gesamtjahr blieb der Kapitalbedarf weitestgehend stabil. Der leichte Rückgang basiert auf der methodischen Weiterentwicklung des Berechnungsmodells.

sahara-Afrika. Aggregiert betrachtet sind die Aussichten für die Schwellenländer 2017 verhalten: Zwar dürfte sich die jüngste Stabilisierung der Rohstoffpreise für einige, teils noch in der Rezession befindliche Länder positiv auf die makroökonomischen Kennzahlen auswirken. Andererseits dürfte der Zinsanstieg in den USA in Verbindung mit dem starken US-Dollar erneute Kapitalabflüsse und einen Anstieg der Fremdwährungsverschuldung zur Folge haben.

Für die Weltwirtschaft allgemein stellt der wirtschaftliche Transformationsprozess Chinas ein weiteres, wesentliches Risiko dar: Sollten krisenhafte Entwicklungen das chinesische Wachstum stärker als erwartet bremsen, hätte dies gravierende Auswirkungen auf die weltweite Konjunktur. Letztlich ist in diesem Jahr auch mit einer weiteren Zunahme geopolitischer Spannungen zu rechnen: Das Zusammentreffen bestehender Konfliktfelder mit einer möglicherweise unkonventionellen Außen-, Handels- und Sicherheitspolitik der USA bis hin zu signifikanten protektionistischen Maßnahmen birgt ein schwer kalkulierbares Rückschlagspotenzial. Im Konzern werden diese Entwicklungen fortlaufend beobachtet und bewertet. Im Fokus von negativen Anpassungen der Länderrisikoeinschätzung standen 2016 insbesondere Länder mit hoher Anfälligkeit für externe Schocks (vor allem rohstoffexportlastige Volkswirtschaften) und signifikant gestiegenen politischen Risiken. Zudem wurde das Neugeschäft in einigen dieser Länder zusätzlich eingeschränkt.

Der europäische Bankensektor war auch 2016 hohen Unsicherheiten ausgesetzt. Obwohl der Ausbruch der Finanzkrise mehrere

Jahre zurückliegt, sind viele Bankbilanzen noch immer nicht bereinigt. Auch rückten die sehr hohen Derivatepositionen einiger global systemrelevanter Banken wieder in den Fokus der Anleger. Insgesamt setzte das sinkende Investorenvertrauen in den Bankensektor die Aktienkurse dieser Banken insbesondere zu Beginn des Jahres stark unter Druck. Ende 2016 war fast keine systemrelevante europäische Bank mit einem Kurs-Buchwert-Verhältnis > 100% bewertet. Das unerwartete Brexit-Votum schürte zusätzliche Sorgen. Die Folgen für den britischen Bankensektor hängen stark von den kommenden Verhandlungen mit der EU ab und werden erst mittelfristig absehbar sein.

Die Probleme des deutschen Bankensektors waren auch 2016 vielschichtig. Hohe Rechtsrisikokosten, umfassende Restrukturierungsmaßnahmen sowie die schwere und nun seit fast einem Jahrzehnt anhaltende Schifffahrtskrise brachten mehrere größere Banken in eine Schieflage. Außerdem erreicht als Folge der Niedrigzinsphase das Zinsänderungsrisiko insbesondere bei den Sparkassen und Genossenschaftsbanken, die zur Erhaltung/Stabilisierung ihrer Zinsmarge eine immer stärkere Fristentransformation vorgenommen haben, inzwischen ein erhöhtes Ausmaß. Insgesamt bleibt die geringe Rentabilität des Sektors der größte Schwachpunkt. Im Stresstest der European Banking Authority (EBA), der eine neue Finanz- und Wirtschaftskrise simulierte, wiesen italienische, irische und österreichische sowie einige deutsche Banken eine niedrige Kapitalisierung auf. Die Krise des italienischen Bankensektors setzte sich 2016 weiter fort. Problemlösungen kommen nur langsam voran. Sowohl die angestrebte Reduzierung des Bestandes an notleidenden Krediten, zum Beispiel durch Verbriefungen, als auch die Konsolidierung des italienischen Bankensektors verlaufen schleppend. Es besteht weiterhin die Gefahr eines Übergreifens auf die Banken in den anderen Ländern Südeuropas (zum Beispiel Portugal oder Spanien). In den wichtigen Schwellenländern haben sich die Rahmenbedingungen nicht verbessert. So bleiben Banken aus Brasilien oder Russland unter Druck. Auch die türkischen Banken leiden vor dem Hintergrund der politischen Veränderungen unter Downgrades der externen Agenturen und schwindendem Investorenvertrauen.

2017 wird die andauernde Niedrigzinsphase weiterhin Druck auf die Rentabilität des deutschen Bankensektors ausüben. Der aktuell hohe Margendruck, neue Wettbewerber (wie Fintechs) und steigende regulatorische Anforderungen werden die Banken zu weiteren Kosteneinsparungen veranlassen und könnten den Konsolidierungsprozess beschleunigen.

Die EU-Banken konnten in den vergangenen Jahren ihre Kapitalisierung deutlich steigern, dabei weisen allerdings die Banken der südeuropäischen Staaten unterdurchschnittliche harte Kernkapitalquoten (CET1) auf, sodass für diese die Kapitalstärkung 2017 von hoher Bedeutung sein wird. Durch die weitere Umsetzung der Basel-III-Regeln und vor allem aufgrund der neuen Anforderungen zur Berechnung der Risikoaktiva („Basel IV“) können insbesondere die nordischen, deutschen, niederländischen und Schweizer Banken mit weiter steigenden Eigenmittelanforderungen konfrontiert werden.

Die Unsicherheitsfaktoren im europäischen Bankenmarkt bleiben 2017 signifikant. Neben der noch nicht gelösten Bankenkrise in Italien können auch politische Risiken aus den Wahlen in den Niederlanden, Frankreich und Deutschland sowie die 2017 beginnenden Austrittsverhandlungen von Großbritannien (Brexit) aus der EU die Banken belasten. Positiv fällt die Prognose für den US-amerikanischen Bankenmarkt aus, da sich die Ertragskraft der Banken infolge weiterer Leitzinserhöhungen und eines fortgesetzten Kreditwachstums verbessern sollte. Die Kehrseite weiter steigender US-Zinsen und einer möglichen weiteren Aufwertung des US-Dollar könnten die Bankenmärkte in den Entwicklungs- und Schwellenländern zu spüren bekommen. Betroffen sind einerseits Staaten, die auf ausländische Refinanzierung angewiesen sind (beispielsweise Türkei), aber auch Länder, deren Banken einen Großteil ihrer Kredite in US-Dollar vergeben haben, wie einige Staaten aus der GUS oder in Lateinamerika. Im Konzern werden die Entwicklungen an den internationalen Bankenmärkten intensiv analysiert. 2016 wurden insbesondere risikoreduzierende Maßnahmen für verschiedene Märkte der Regionen Subsahara und Lateinamerika verschärft.

Für den deutschen und europäischen Unternehmenssektor wird für 2017 vor dem Hintergrund einer stabilen Binnennachfrage eine positive Gesamtentwicklung erwartet, aufgrund ungewisser, bereits oben genannter Entwicklungen weltweit bestehen allerdings erhöhte Unsicherheiten. Gerade die global tätigen, exportorientierten Unternehmen stehen vor einem erneut herausfordernden Jahr. Insbesondere der Offshore-Öl-Sektor und die Handelsschifffahrt kämpfen weiter mit Angebotsüberhängen, sodass sich Marktteilnehmer durch Kostenanpassungen auf das Marktumfeld einstellen müssen. Insgesamt erwartet der Konzern eine moderate Bonitätsverschlechterung im Gesamtportfolio, einzelne EWBs sind nicht auszuschließen. Die relevanten Teilportfolios werden eng überwacht.

Insgesamt hat sich das Portfolio des Konzerns stabil entwickelt. Alle erkennbaren Risiken werden nach konservativen Maßstäben bewertet und über die konsequente Setzung von Risikoleitplänen in der Neugeschäftssteuerung berücksichtigt. Die regelmäßig durchgeführten Risikotragfähigkeitsberechnungen zeigen, dass der Konzern – auch unter Zugrundelegung von konservativen Stress-Szenarien – die im Zusammenhang mit seinem Geschäftsauftrag eingegangenen Risiken tragen kann. Wie in den vergangenen Jahren hat der Konzern auch im Geschäftsjahr 2016 seine Prozesse und Instrumente im Risikomanagement und -controlling unter Berücksichtigung aktueller bankaufsichtsrechtlicher Anforderungen systematisch weiterentwickelt. Dies betraf insbesondere die Entwicklung und Umsetzung einer Limitierung von Schattenbanken. Anlassbezogen werden regulatorische Risiken (zum Beispiel im Zusammenhang mit der Finalisierung der Kapitalunterlegungsvorschriften nach Basel III) auch im Rahmen von Szenariobetrachtungen analysiert und bewertet. Im Marktpreis-Risiko-Komitee wurde die Gründung der dem Gremium zuarbeitenden AG Marktpreisrisiko beschlossen.

Durch die Änderung des KfW-Gesetzes im Jahr 2013 und den Erlass der „Verordnung zur Anwendung von bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften auf die Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie zur

Zuweisung der Aufsicht über die Einhaltung dieser Vorschriften an die BaFin“ (KfW-Verordnung – KfWV) wurde durch den Gesetzgeber eine erweiterte KWG-Anwendung für die KfW beschlossen. Seitdem ist die KfW zu einer entsprechenden Anwendung wesentlicher bankaufsichtsrechtlicher Regelungen (KWG und CRR) verpflichtet. Die Aufsicht über die Einhaltung der entsprechend anzuwendenden bankaufsichtsrechtlichen Regelungen erfolgt durch die BaFin und die Bundesbank. Die Verordnung sieht ein schrittweises Inkrafttreten vor. Die Regelungen zur Corporate Governance sind bereits seit Mitte 2014 verbindlich, die übrigen Bestimmungen gelten seit Anfang 2016. Die KfW befindet sich seit Herbst 2015

Grundlagen und Ziele der Risikosteuerung

Der Konzern hat einen gesetzlich verankerten Förderauftrag, der die besondere Stellung des Konzerns und seine institutionelle Ausgestaltung begründet. Nachhaltige Förderung ist der übergeordnete Unternehmenszweck des Konzerns. Um die vorhandenen Ressourcen optimal für die Realisierung des Förderauftrags einzusetzen, ist die Messung und Steuerung der eingegangenen Risiken von großer Bedeutung. Im Rahmen der Risikosteuerung geht der Konzern Risiken nur in einem Umfang ein, wie sie im Hinblick auf die aktuelle und zu erwartende Ertragslage sowie die ermittelten Risikoverläufe tragfähig sind. Bei der Ertrags-/Risikosteuerung wird den Besonderheiten einer Förderbank Rechnung getragen. Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen ist dabei Grundvoraussetzung der Konzerngeschäftstätigkeit.

Organisation der Risikosteuerung und -überwachung

Gremien und Verantwortung

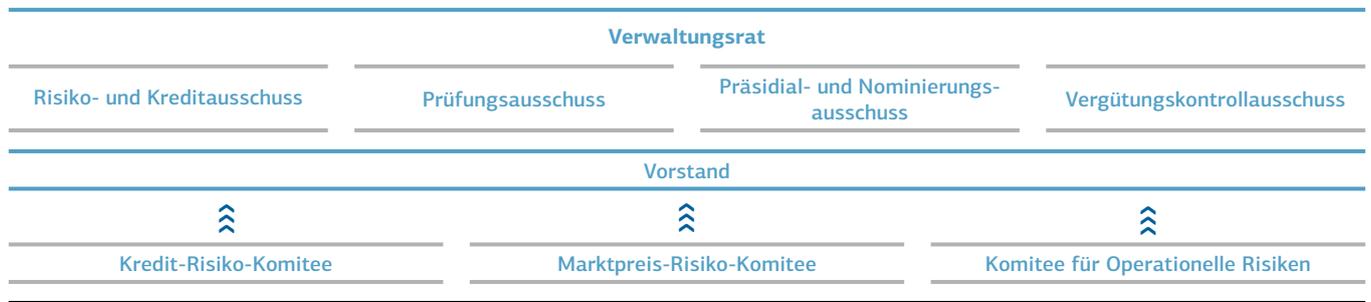
Der Vorstand der KfW bestimmt im Rahmen seiner Gesamtverantwortung die risikopolitischen Richtlinien und Grundsätze im Konzern. In einem mindestens vierteljährlichen Turnus wird der Verwaltungsrat über die Risikosituation des Konzerns informiert. Der Präsidial- und Nominierungsausschuss ist für die Behandlung von Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten sowie von grundsätzlichen geschäfts- und unternehmenspolitischen Angelegenheiten zuständig. Daneben hat der Ausschuss die Kompetenz, in bestimmten eiligen Fällen anstatt des Verwaltungsrats Beschlüsse zu fassen. Ob eine dringende Angelegenheit vorliegt, entscheidet der Vorsitzende des Verwaltungsrats. Der Risiko- und Kreditausschuss hat vor allem die Aufgabe, den Verwaltungsrat zur aktuellen und zur künftigen Gesamtrisikobereitschaft und -strategie des Konzerns zu beraten und unterstützt ihn bei der Überwachung der Umsetzung dieser Strategie. Er entscheidet über die Zustimmung zu Krediten (einschließlich Organkreditentscheidungen), operativen Beteiligungen, Mittelaufnahmen und Swapgeschäften, soweit für diese nach der Satzung ein Gremienvorbehalt besteht. Der Prüfungsausschuss überwacht insbesondere den Rechnungslegungsprozess und die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems sowie der internen Kontrollverfahren, gibt Empfehlungen an den Verwaltungsrat betreffend die Genehmigung des Jahresabschlusses sowie die Billigung des Konzernabschlusses. Der Vergütungskontrollausschuss überwacht die angemessene Aus-

im Zulassungsprozess für die Anwendung des fortgeschrittenen IRB-Ansatzes (IRBA). Bis zur geplanten initialen IRBA-(Teil-)Zulassung zum 30.06.2017 erfolgt das Meldewesen der KfW auf Basis des Kreditrisikostandardansatzes, während die interne Steuerung und die Kapitalmarktkommunikation aus Konsistenzgründen noch auf der bisherigen sinngemäßen Anwendung des IRBA erfolgen. Mit der aufsichtlichen Zulassung der KfW zum IRBA werden die Kapitalmarktkommunikation, die interne Steuerung und das Meldewesen auf den dann zugelassenen IRB-Ansatz umgestellt. Gemäß aktuell gültiger Planung soll der IRBA-Zulassungsprozess per 01.01.2020 vollständig abgeschlossen sein.

Grundlage für eine effiziente Risikosteuerung ist die Risikokultur des Konzerns, die maßgeblich durch das Geschäftsmodell als Förderbank ohne primäre Gewinnerzielungsabsicht und ohne Handelsbuch geprägt ist. Neben dem Code of Conduct tragen eine offene Kommunikation, klare Verantwortlichkeiten sowie angemessene Anreizstrukturen zur Risikokultur des Konzerns bei. Um das Risikomanagement- und -controllingwissen in der Organisation des Konzerns zu verankern, schult der Konzern seine Mitarbeiter unter anderem mit einem modular aufgebauten Programm zu Risikothemen. Dieses ermöglicht es Mitarbeitern und Führungskräften aus dem gesamten Konzern, gezielt grundlegende Kenntnisse zu erwerben oder Spezialwissen zu vertiefen.

gestaltung der Vergütungssysteme und -strukturen der Vorstände und Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter. Ihm obliegt im Rahmen der entsprechend anwendbaren bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben auch die Überwachung der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme und -strukturen für die Leiter der Risikocontrolling-Funktion und der Compliance-Funktion sowie für solche Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter, die einen wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil des Konzerns haben.

Die Risikosteuerung im Konzern erfolgt durch eng miteinander verzahnte Entscheidungsgremien. An der Spitze der Gremienarchitektur steht der Gesamtvorstand, der die zentralen risikopolitischen Entscheidungen trifft. Unterhalb des Gesamtvorstands existieren drei Risikokomitees (Kredit-Risiko-Komitee, Marktpreis-Risiko-Komitee und Komitee für Operationelle Risiken), die zum einen Vorstandsentscheidungen vorbereiten und zum anderen im Rahmen festgelegter Kompetenzgrenzen eigenständig entscheiden. Die Komitees nehmen auch Konzernsteuerungsfunktionen wahr, sodass Vertreter aus der KfW IPEX-Bank und der DEG miteinbezogen sind. Weitere Arbeitsgruppen arbeiten den Komitees zu. In den Komitees haben die Marktfolge und das Risikocontrolling generell ein Vetorecht. Sofern keine einstimmige Entscheidung vorliegt, erfolgt gegebenenfalls eine Eskalation auf Gesamtvorstandsebene.



Kredit-Risiko-Komitee

Die Leitung des Kredit-Risiko-Komitees liegt beim Risikovorstand. Weitere stimmberechtigte Mitglieder des wöchentlich tagenden Kredit-Risiko-Komitees sind der Bereichsleiter Kreditrisikomanagement, weitere Mitglieder des Vorstands sowie der Chief Risk Officer (CRO) der KfW IPEX-Bank. Dem Komitee arbeiten verschiedene Arbeitsgruppen (AG) zu: Die AG LänderRating dient als zentrale Instanz für die Beurteilung von Länderrisiken. Über die AG Sicherheiten wird eine einheitliche Vorgehensweise bezüglich aller wesentlichen Aspekte der Sicherheitenanrechnung und -bewertung sowie der Sicherheitenmanagementprozesse sichergestellt. Alle wesentlichen Faktoren der Kreditrisikomessinstrumente liegen in der Verantwortung der AG Ratingsysteme. Die AG Branchenrisiken Corporates analysiert als konzernweites Expertengremium die branchen- und produktbezogenen Kreditrisiken im Corporate-Segment. In den wöchentlichen Sitzungen des Kredit-Risiko-Komitees werden insbesondere Kredit- und Linienentscheidungen getroffen. Auch Engagements der KfW IPEX-Bank und der DEG werden im Kredit-Risiko-Komitee vorgestellt. Quartalsweise erfolgt darüber hinaus eine um die Bereichsleiter von Risikocontrolling und dem Bereich Recht, Vertreter der Geschäftsfelder und der DEG erweiterte Sitzung. Die Interne Revision und Compliance haben einen Gaststatus. In dieser quartalsweise stattfindenden Sitzung wird über die Entwicklung aufsichtsrechtlicher Anforderungen, deren Auswirkungen und über den Stand bei Umsetzungsprojekten, zum Beispiel MaRisk und KWG, im Konzern berichtet. Auch werden wesentliche Änderungen und Neuentwürfe von Risikogrundsätzen, Kreditrisikomethoden sowie der Verfahrensregelungen für die zuarbeitenden AGs verabschiedet. Darüber hinaus erfolgt ein Monitoring des konzernweiten Kreditportfolios inkl. der Länder- und Branchenrisiken.

Marktpreis-Risiko-Komitee

Die Leitung des monatlich tagenden Marktpreis-Risiko-Komitees liegt beim Risikovorstand. Daneben ist das Komitee mit den für das Kapitalmarktgeschäft und für Finanzen zuständigen Vorständen und mit den Bereichsleitern Finanzmärkte, Risikocontrolling, Rechnungswesen, Transaktionsmanagement sowie Konzernentwicklung und Volkswirtschaft besetzt. Die Interne Revision sowie Compliance besitzen Gaststatus. Quartalsweise und bei Bedarf nimmt für die KfW IPEX-Bank und die DEG der jeweilige Chief Risk Officer an der Sitzung teil. Das Marktpreis-Risiko-Komitee diskutiert die Marktpreisrisikoposition des Konzerns und überprüft

monatlich die Marktpreisrisikopraxis. Weiterhin wird im Komitee die Liquiditätsrisikoposition des Konzerns überwacht und es werden alle grundsätzlichen und methodischen Fragen zum Management der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken, zur Refinanzierung und zum Transferpricing sowie zu den Bewertungsmodellen für Handelsgeschäfte entschieden. In Bezug auf die Zinsrisikopraxis bereitet das Komitee die finale Entscheidung des Gesamtvorstands vor. Dem Marktpreis-Risiko-Komitee unterstehen das Surveillance Committee, in dem Bewertungsfragen zu Wertpapieren diskutiert werden und ein Austausch zu Marktwertentwicklungen und Wertberichtigungen von Wertpapieren stattfindet, sowie das Hedge Committee, in dem hauptsächlich die Ergebnisauswirkungen aus der IFRS-Bilanzierung von Hedgegeschäften und deren Weiterentwicklung behandelt werden. In der AG Marktpreisrisiko werden – neben der Abnahme von Validierungsberichten und Modellentwicklungen – auch sonstige methodische Themen mit Bezug zu Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie Bewertungsthemen aufbereitet und entschieden bzw. für eine Entscheidung durch das Marktpreis-Risiko-Komitee vorbereitet.

Komitee für Operationelle Risiken

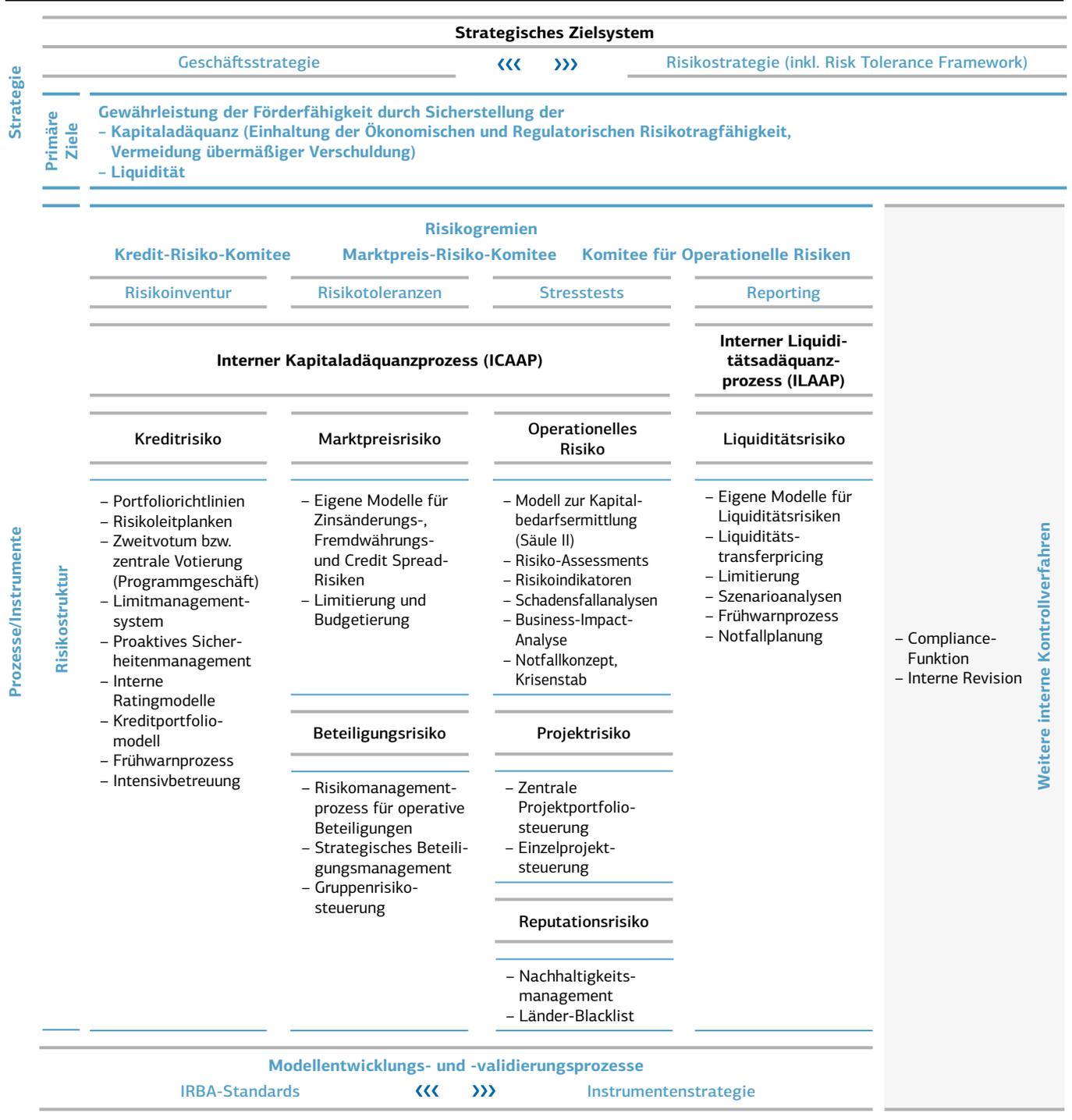
Das quartalsweise tagende Komitee für Operationelle Risiken unterstützt den Vorstand in dem Themengebiet Betriebsrisiko (Operationelle Risiken und Betriebliches Kontinuitätsmanagement) und ist mit Bereichsleitern (Vertreter Abteilungsleiter) besetzt. Die Leitung liegt beim Bereichsleiter Risikocontrolling. Darüber hinaus sind die KfW IPEX-Bank und die DEG in dem Komitee vertreten. Die Interne Revision hat einen Gaststatus. Die Aufgaben bestehen in der Beschlussfassung und der Abnahme von Risiko-grundsätzen, Methoden und Instrumenten. Darüber hinaus ist das Komitee verantwortlich für die Steuerung Operationeller Risiken (OpRisk) und trifft Entscheidungen über bereichsübergreifende bzw. konzernweite Maßnahmen. Zudem werden wesentliche eingetretene oder potenzielle OpRisk-Schäden im Gremium diskutiert und auf bankweiten Handlungsbedarf hin überprüft. Im Themengebiet Betriebliches Kontinuitätsmanagement (BKM) legt das Komitee anhand der Ergebnisse der jährlichen Business-Impact-Analyse die Maßnahmen zur Krisenprävention und zur Notfallplanung fest. Die Überwachung erfolgt anhand der Berichterstattung über geplante oder durchgeführte Notfall- und Krisenstabstests sowie wesentliche Betriebsstörungen. Alle Beschlüsse und Empfehlungen des Komitees für Operationelle Risiken werden dem Vorstand vorgelegt.

In der gruppenweit angelegten Risikosteuerung nehmen Konzernunternehmen und Organisationseinheiten darüber hinaus eigene Steuerungsfunktionen wahr. Konzernweite Projekte und Arbeitsgruppen stellen jedoch auch in diesen Fällen ein aufeinander abgestimmtes Vorgehen sicher, zum Beispiel beim Roll-out von

Ratinginstrumenten auf Tochterunternehmen oder beim Management und bei der Bewertung von Sicherheiten. Die Verantwortung für die Entwicklung und Ausgestaltung der Risikosteuerung und -überwachung ist außerhalb der Marktbereiche angesiedelt und liegt insbesondere im Bereich Risikocontrolling.

Risikosteuerungsansatz des KfW-Konzerns

ÜBERBLICK



Zur Sicherstellung der Kapitaladäquanz und Liquidität unter Berücksichtigung der definierten Risikobereitschaft des Konzerns formuliert das Risikocontrolling die **Risikostrategie** des Konzerns unter Einbeziehung der maßgeblichen Tochtergesellschaften und verantwortet auch deren regelmäßige Überprüfung.

Die risikostrategische Ausrichtung ist konsistent zur Geschäftsstrategie und berücksichtigt die mit dem Geschäftsmodell verbundenen aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Langfristige und strategische (Risiko-)Ziele des Konzerns werden in der Risikostrategie in operative Risikosteuerungsvorgaben übergeleitet. Dazu sind die Ziele der Risikosteuerung für die wesentlichen Geschäftsaktivitäten definiert, Maßnahmen zur Zielerreichung beschrieben und Risikotoleranzen für den Umgang mit für den Konzern wesentlichen Risiken festgelegt. Der Umsetzung der Risikostrategie dienen dabei verschiedene Instrumente zur Steuerung der wesentlichen Risiken des Konzerns. Unter anderem werden einzeladress- bzw. portfoliobezogene Instrumente zur Risikosteuerung eingesetzt.

Um die wesentlichen Risiken zu ermitteln, führt der Konzern mindestens jährlich eine **Risikoinventur** durch. Im Rahmen der Risikoinventur werden für den Konzern relevante Risikoarten in einem strukturierten Prozess identifiziert, definiert und anschließend einer Wesentlichkeitsbeurteilung unterzogen. Die Wesentlichkeit einer Risikoart hängt primär von den Gefahrenpotenzialen für die Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätslage des Konzerns ab. Zentrales Ergebnis der Risikoinventur ist das Gesamtrisikoprofil, das einen Überblick über die wesentlichen und unwesentlichen Risikoarten des Konzerns vermittelt. Als wesentlich im Rahmen der Inventur 2016 sind neben Kredit-, Marktpreis-, Liquiditäts- und Operationellen Risiken auch das Beteiligungs-, Projekt- und Reputationsrisiko ein-

INTERNER KAPITALADÄQUANZPROZESS

Der interne Kapitaladäquanzprozess des Konzerns ist dadurch gekennzeichnet, dass die Einhaltung regulatorischer und ökonomischer Vorgaben hinsichtlich der Risikotragfähigkeit gleichberechtigte übergeordnete Ziele des Konzerns darstellen. Dies bedeutet konkret, dass alle Risikoüberwachungs- und -steuerungsmaßnahmen die Einhaltung sowohl eines ökonomischen Solvenzziels als auch von Mindestwerten für die regulatorischen Kapitalquoten sicherstellen müssen. Auf diese Weise wird eine ökonomisch sinnvolle Kapitalsteuerung mit dem Erfordernis der Einhaltung der regulatorischen Kapitalanforderungen verbunden. Für die enge Verzahnung der beiden Perspektiven legt der Konzern eine einheitliche Kapitaldefinition zugrunde: Für beide Sichtweisen werden die regulatorischen Eigenmittel gemäß Art. 25–91 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR) als Risikodeckungspotenzial verwendet.

Ein weiteres zentrales Merkmal des Kapitaladäquanzprozesses ist die Steuerungsorientierung durch eine zusätzliche vorausschauende Perspektive. Diese bewertet das Absorptionspotenzial der Reserven des Konzerns – und damit dessen Handlungsfähigkeit – bei Eintritt bestimmter konjunktureller (Stress-) Szenarien. Ein in diesem Zusammenhang etabliertes Ampelsystem mit Schwellenwerten für die Regulatorische und Ökonomische Risikotragfähigkeit signalisiert bei kritischen Entwicklungen

gestuft. Mit wesentlichen Risiken verbundene **Risikokonzentrationen** innerhalb einer Risikoart oder über verschiedene Risikoarten hinweg werden bei der Risikoinventur berücksichtigt.

Das Risikoreporting erfolgt entsprechend den aufsichtsrechtlichen Vorgaben (MaRisk). Der Vorstand wird monatlich über die Risikolage des Konzerns informiert. Die Aufsichtsgremien des Konzerns erhalten quartalsweise einen Risikobericht. Anlassbezogen werden die jeweiligen Gremien ad hoc informiert. Die im Risikomanagement und -controlling verwendeten Risikokennzahlen und Informationssysteme werden fortlaufend überprüft.

Die Methoden und Instrumente zur konzernweiten Risikoanalyse und -steuerung werden regelmäßig validiert und durch (Weiter-)Entwicklungen vervollständigt. Dabei stehen insbesondere Modelle zur Messung, Steuerung und Bepreisung von Kredit- und Marktpreisrisiken im Fokus. Bei den Validierungs- und Weiterentwicklungsaktivitäten werden auch die aufsichtsrechtlichen Anforderungen berücksichtigt.

Der Risikosteuerungsansatz ist im Risikohandbuch des Konzerns niedergelegt. Im Risikohandbuch wird der Rahmen für die Anwendung einheitlicher Verfahren und Regelungen zur Identifikation, Messung, Steuerung und Überwachung von Risiken vorgegeben. Die im Risikohandbuch aufgeführten Regelungen haben konzernweit verbindlichen Charakter, sind für alle Mitarbeiter zugänglich und werden stetig weiterentwickelt. Die konzernweiten Regelungen werden durch geschäftsfeldspezifische Ausgestaltungen ergänzt. Für Details zu den weiteren Elementen des Risikosteuerungsansatzes sei auf die nachfolgenden Kapitel verwiesen.

Handlungsbedarf im Rahmen der operativen und strategischen Steuerung.

Das Risikotragfähigkeitskonzept des Konzerns dient in erster Linie dem Schutz vorrangiger Fremdkapitalgeber vor Verlusten und nimmt somit in seiner Grundkonzeption eine Liquidationsperspektive ein. Durch die Hinzunahme einer vorausschauenden Perspektive, die auch die Einhaltung der regulatorischen Kapitalanforderungen gewährleistet, wird das Konzept jedoch um eine „Going-Concern-Sicht“ erweitert und enthält damit Elemente beider Grundtypen von Risikotragfähigkeitskonzepten.

Die Ziele zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit werden mittels Budgets auf Basis der Risikogewichteten Aktiva auf Ebene der einzelnen Geschäftsfelder/-bereiche berücksichtigt. Das allokierte Budget steht den Geschäftsfeldern/-bereichen für die Unterlegung von Alt- und Neugeschäft für die verschiedenen Risikoarten zur Verfügung. Die Kapitalallokation wird im Rahmen der jährlichen Konzerngeschäftsfeldplanung durchgeführt. Diese berücksichtigt neben der Bedarfsplanung der Geschäftsfelder/-bereiche die Risikoziele und die Risikobereitschaft der Bank. Die Einhaltung der Budgets wird monatlich überprüft und bei Bedarf wird Handlungsbedarf adressiert. Darüber hinaus werden Ökonomische Kapitalbudgets für Risikoarten als deren

zentrale Steuerungs- und Limitierungsgröße vergeben und vierteljährlich überwacht.

Zur Vermeidung einer übermäßigen Verschuldung ist als weitere Steuerungsgröße die Leverage Ratio in den Kapitaladäquanzprozess integriert. Die Leverage Ratio wird dabei analog zu den Risikotragfähigkeitsgrößen in zusätzlichen vorausschauenden Perspektiven betrachtet, und die Einhaltung von festgelegten Ampelgrenzen wird mindestens vierteljährlich geprüft.

Ergänzend zum Risikotragfähigkeitskonzept wird im Rahmen des Kapitalplanungsprozesses die mittelfristige Entwicklung der Kapitaladäquanz überwacht. Auf Basis szenariobasierter Hochrechnungen der Regulatorischen und Ökonomischen Risikotragfähigkeit sowie der Leverage Ratio über einen mehrjährigen

Betrachtungshorizont ermöglicht der Kapitalplanungsprozess die frühzeitige Identifikation von etwaigen Kapitalengpässen, um gegebenenfalls Handlungsempfehlungen zur Kapitalstärkung oder Risikoreduktion ableiten zu können. Dabei berücksichtigt der Prozess Veränderungen der strategischen Ziele, der Geschäftstätigkeit sowie des wirtschaftlichen Umfelds. Neben einem Base Case werden sowohl die Regulatorische und Ökonomische Risikotragfähigkeit als auch die Leverage Ratio in einem Stress Case betrachtet. Die Kapitalplanung erfolgt im Rahmen der gesamtbankweiten Planungs- und Strategieprozesse des Konzerns.

Das Risikotragfähigkeitskonzept wird jährlich auf seine Grenzen und Beschränkungen hin überprüft. Die Resultate werden bei der Beurteilung der Risikotragfähigkeit angemessen berücksichtigt.

Regulatorische Risikotragfähigkeit

Aufsichtsrechtliche Kennzahlen (sinngemäße Anwendung des fortgeschrittenen IRB-Ansatzes)

	31.12.2016	31.12.2015
	Mio. EUR	Mio. EUR
Gesamtforderungsbetrag gemäß CRR Art. 92	116.108	131.773
<i>hiervon: Kreditrisiko</i>	108.723	123.956
<i>Marktpreisrisiko</i>	1.298	1.266
<i>Operationelles Risiko</i>	6.087	6.551
Regulatorische Eigenmittel (Risikodeckungspotenzial)	25.890	24.210
<i>hiervon: (hartes) Kernkapital</i>	25.890	24.090
<i>Ergänzungskapital</i>	0	120
Kernkapitalquote	22,3%	18,3%
Gesamtkapitalquote	22,3%	18,4%

Der Konzern unterliegt seit dem 01.01.2016 den Eigenmittelanforderungen des KWG bzw. der CRR. Bis zur angestrebten aufsichtsrechtlichen Zulassung zum fortgeschrittenen IRB-Ansatz meldet die KfW an die Bankaufsichtsbehörden gemäß Kreditrisikostandardansatz (KSA). Für interne Steuerungszwecke werden daneben jedoch wie in den Vorjahren weiterhin freiwillig Kapitalquoten auf Basis der wesentlichen rechtlichen Vorschriften des fortgeschrittenen IRB-Ansatzes ermittelt.

Die Gesamtkapitalquote des Konzerns (gemäß sinngemäßer Anwendung des IRB-Ansatzes) hat sich 2016 deutlich verbessert. Per 31.12.2016 liegt sie unter Berücksichtigung des Konzernergebnisses bei 22,3% (31.12.2015: 18,4%). Die positive Entwicklung ist zum einen auf das gute Jahresergebnis, welches zu einem deutlichen Anstieg des Risikodeckungspotenzials geführt hat, zum anderen auf den Rückgang des Gesamtrisikobetrages zurückzuführen. Wesentliche Treiber für den Rückgang sind zum einen die Berücksichtigung finanzieller Sicherheiten im Kreditrisikostandardansatz sowie zum anderen Marktwertrückgänge bei Derivaten. Beide Effekte wirken sich sowohl auf das Adressenausfallrisiko also auch auf die CVA-Charge aus.

Ökonomische Risikotragfähigkeit

Zur Beurteilung der Ökonomischen Risikotragfähigkeit wird der Ökonomische Kapitalbedarf für potenzielle Verluste aus wesentlichen quantifizierbaren Risiken dem Risikodeckungspotenzial gegenübergestellt. Der Konzern legt bei der Berechnung des Ökonomischen Kapitalbedarfs ein Solvenzziel von 99,99% und einen Zeithorizont von einem Jahr zugrunde. Die Aggregation des Ökonomischen Kapitalbedarfs über verschiedene Risikoarten hinweg erfolgt durch Addition ohne Beachtung von Diversifikationseffekten.

Die dominierende Risikoart im Konzern ist das **Kreditrisiko**. Es bezeichnet die Gefahr von Verlusten, wenn Geschäftspartner ihre Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Konzern nicht, nicht fristgerecht oder nicht vollständig erfüllen (Ausfall) oder sich ihre Bonitäten verschlechtern (Migration). Auch das Settlementrisiko bei der Abwicklung von Derivate-Transaktionen ist unter dem Kreditrisiko subsumiert. Der Ökonomische Kapitalbedarf für Kreditrisiken wird durch das Risikocontrolling überwiegend mit Hilfe statistischer Modelle quantifiziert. Für Adressenausfallrisiken wird das Verlustpotenzial unter Verwendung eines

Kreditportfoliomodells und des Risikomaßes Credit-Value-at-Risk berechnet. Die Differenz zwischen Credit-Value-at-Risk und Erwartetem Verlust wird als Ökonomischer Kapitalbedarf bezeichnet. Migrationsrisiken werden szenariobasiert in den vorausschauenden Perspektiven der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt. Für Settlementrisiken wird der Regulatorische Kapitalbedarf in der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt, sofern zum Ultimo offene Settlement-Exposures bestehen.

Der Konzern ermittelt einen aktuellen Kapitalbedarf für das sogenannte Separate Line Item (SLI) aus dem Macro Hedge Accounting. Das SLI ist eine aktivische IFRS-Bilanzposition, welche die kumulierten Buchwertanpassungen von im Macro Hedge abgesicherten Grundgeschäften abbildet. Die Kapitalunterlegung erfolgt dabei unter Nutzung individueller Kreditrisikoparameter der Grundgeschäfte und somit verursachungsgerecht auf Ebene der Einzelengagements.

Der Ökonomische Kapitalbedarf für **Marktpreisrisiken** wird auf Basis des Value-at-Risk-Konzepts berechnet. In der ökonomischen Betrachtung der Säule II werden das Zinsänderungsrisiko des Bankbuchs, das Fremdwährungsrisiko, das Credit Spread-Risiko für Wertpapiere und das Basisspread-Risiko berücksichtigt. Für jede Marktpreisrisikoart wird mittels eines Value-at-Risk auf Basis statistischer Modelle der mögliche Barwert- oder Kursverlust bestimmt. Für Zinsänderungs- und Fremdwährungsrisiken wird darüber hinaus ein Stop-Loss-Puffer vorgehalten. Im Endergebnis ergibt sich der Ökonomische Kapitalbedarf als Summe aus Value-at-Risk und einem zusätzlichen Stop-Loss-Puffer.

Der Kapitalbedarf für **Operationelle Risiken** wird mittels eines internen statistischen Modells berechnet, das in Anlehnung an die regulatorischen Anforderungen an sogenannte fortgeschrittene Messansätze aufgebaut wurde. Interne und externe Ereignisdaten sowie Risikoszenarien werden dabei risikosensitiv berücksichtigt. Der Kapitalbedarf wird unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten auf der Ebene der Geschäftsfelder des Konzerns berechnet. Aus der Messung der Qualität des Managements von Operationellen Risiken im Konzern ergeben sich zudem Auf- und Abschläge, die anschließend auf den Kapitalbedarf angerechnet werden.

Projektrisiken werden ebenfalls im Risikotragfähigkeitskonzept berücksichtigt. In der Risikomessung sind sowohl quantifizierte Einzelrisiken aus den Großprojekten als auch pauschale Annahmen zu möglichen Verlustpotenzialen im Projektportfolio enthalten.

Der Konzern setzt zudem **Stille Lasten für Wertpapiere** des Anlagevermögens ohne Gegenrechnung von Stillen Reserven unmittelbar als Ökonomischen Kapitalbedarf an.

Auf dieser Grundlage ist zum 31.12.2016 die Ökonomische Risikotragfähigkeit zum Solvenzniveau von 99,99% gegeben. Die Überdeckung des Risikodeckungspotenzials über den Gesamtkapitalbedarf per 31.12.2016 in Höhe von 10.971 Mio. EUR hat sich gegenüber dem Wert vom 31.12.2015 (9.653 Mio. EUR) deutlich erhöht. Die Erhöhung ist im Wesentlichen auf die Einberechnung des Jahresergebnisses 2016 in das Risikodeckungspotenzial zurückzuführen. Der Kapitalbedarf für Kreditrisiken steigt vor allem durch die methodische Weiterentwicklung des Kreditportfoliomodells sowie durch höhere Konzentrationsrisiken infolge einer Fusion im deutschen Bankenmarkt. Für Marktpreisrisiken erhöht sich der Kapitalbedarf im Wesentlichen aufgrund gestiegener Basisspread-Risiken. Der Kapitalbedarf für Operationelle Risiken und die Stillen Lasten sind leicht gesunken. Der Kapitalbedarf für Projektrisiken ist dagegen angestiegen.

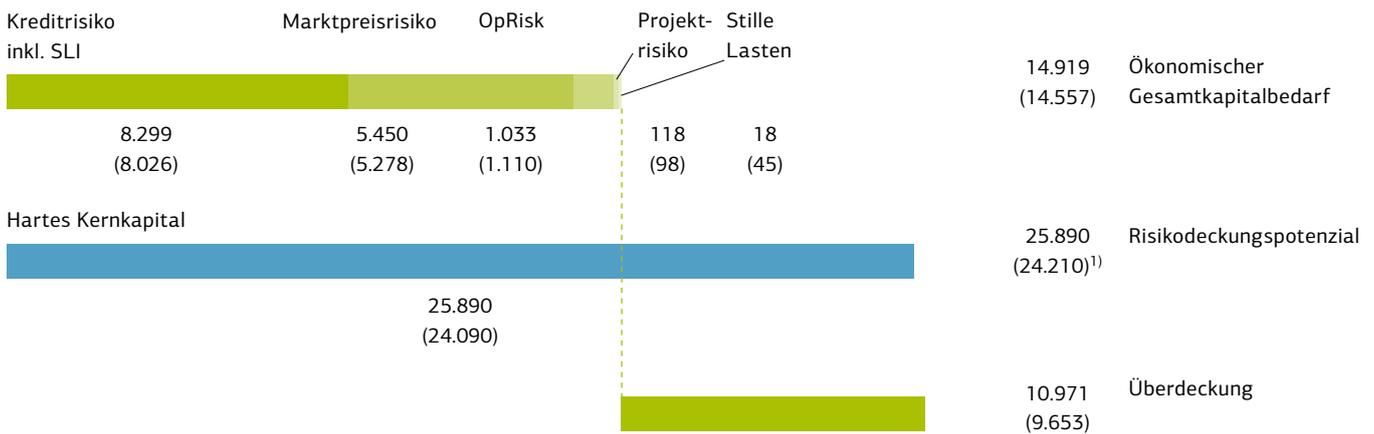
Liquiditätsrisiken steuert der Konzern durch das regelmäßige Monitoring geeigneter interner Kennzahlen und den Ausnutzungsgrad nach § 4 KfW-Gesetz. Die internen Kennzahlen zur Beschreibung der Liquiditätssituation beruhen auf Projektionen des Liquiditätsbedarfs und -potenzials, die Stress-Szenarien unterschiedlicher Schweregrade unterworfen werden. Eine Kapitalunterlegung im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung erfolgt derzeit nicht.

Reputationsrisiken werden qualitativ beurteilt und gesteuert. Eine Kapitalunterlegung im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung erfolgt derzeit nicht.

Die Risikomessung orientiert sich an State-of-the-Art-Modellen der Bankenpraxis. Jedes Modell stellt jedoch eine Vereinfachung der komplexen Realität dar und baut auf der Annahme auf, dass die in der Vergangenheit beobachteten Risikoparameter auch repräsentativ für die Zukunft geschätzt sind. Nicht alle möglichen Einflussfaktoren und deren komplexe Interaktionen können hinsichtlich der Risikoentwicklung eines Portfolios erfasst und modelliert werden. Unter anderem auch deshalb führt der Konzern sowohl mit den Kredit- als auch mit den Marktpreisrisikomodel- len Stresstests durch. Der Konzern arbeitet zudem kontinuierlich an der Weiterentwicklung seiner Risikomodelle und -prozesse.

Ökonomische Risikotragfähigkeit zum 31.12.2016

in Mio. EUR



In Klammern: Werte zum 31.12.2015

¹⁾ Per 31.12.2015 betrug das Ergänzungskapital der KfW 120 Mio. EUR.

Stress- und Szenariorechnungen

Um eine stärkere Frühwarnfunktion und Steuerungsorientierung des Risikotragfähigkeitskonzeptes zu gewährleisten, betrachtet der Konzern vierteljährlich ein Forecast- (erwartetes Szenario), ein Downturn- (leichter konjunktureller Abschwung) und ein Stress-Szenario (starke Rezession) und deren Auswirkungen auf die Ökonomische und Regulatorische Risikotragfähigkeit. Diese vorausschauende Perspektive zeigt, wie resistent und handlungsfähig der Konzern bei Eintritt dieser Szenarien ist, und liefert damit direkte Steuerungsimpulse. Ein Forecast- und Stress-Szenario werden auch für die Leverage Ratio berechnet.

Der Forecast gibt eine Vorschau auf die Risikotragfähigkeit zum Jahresende. In die Vorschau werden die geplante Geschäftsentwicklung, das erwartete Konzernergebnis sowie weitere, die Risikotragfähigkeit beeinflussende Effekte, wie zum Beispiel absehbare Änderungen der Kapitalstruktur und methodische Weiterentwicklungen, einbezogen. Der aktuelle Forecast für den 31.12.2017 zeigt eine nahezu konstante Überdeckung des Risikodeckungspotenzials über den Ökonomischen Kapitalbedarf im Vergleich zum 31.12.2016 sowie eine gegenüber dem 31.12.2016 leicht rückläufige Gesamtkapitalquote im IRBA.

Im Downturn- und Stress-Szenario werden Ergebniseffekte und Veränderungen des Kapitalbedarfs auf Sicht von zwölf Monaten unter negativen Konjunkturszenarien mit unterschiedlichem Schweregrad dargestellt. Im Stress-Szenario werden dabei die Auswirkungen einer weltweiten schweren Rezession, ausgehend von der Eurozone, abgebildet. In beiden Szenarien geht der Konzern aktuell von insgesamt steigenden Kreditrisiken (Adressenausfall- und Migrationsrisiken) aus. Für die EUR- und USD-Zinsen

sowie den EUR-USD-Wechselkurs wird in diesen Szenarien eine zur konjunkturellen Lage konsistente Entwicklung prognostiziert. Gleichzeitig wird angenommen, dass zunehmende Marktunsicherheiten zu einer erhöhten Volatilität bei Zinsen, Währungen und Credit Spreads führen, wodurch der Ökonomische Kapitalbedarf für die entsprechenden Risikoarten steigt. Zudem mindern im Stress-Szenario auch Kursverluste bei Wertpapieren und Schadensfälle aus Operationellen und Projektrisiken das Risikodeckungspotenzial.

Insgesamt zeigt sich die Risikotragfähigkeit auf einem Solvenzniveau von 99,99% für alle drei Szenarien sowie die Leverage Ratio im Forecast- und Stress-Szenario auf auskömmlichem Niveau.

Zusätzlich zu den Konjunkturszenarien werden weitere Stress-tests durchgeführt, mit denen die Belastbarkeit der Ökonomischen und Regulatorischen Risikotragfähigkeit des Konzerns untersucht wird: Dabei sind jeweils aktuelle makroökonomische Gefährdungspotenziale der Ausgangspunkt für wechselnde Szenario-Stresstests. Im Fokus standen im Jahr 2016 Szenarien zum Austritt Großbritanniens aus der EU, zu einem lang anhaltenden niedrigen Ölpreis, zum Konsolidierungsdruck im Bankensektor und zur Krise in der Türkei. Mit den Konzentrations- und inversen Stresstests wird ergänzend gezeigt, wie Konzentrationsrisiken und weitere Gefährdungspotenziale unter ungünstigen Konstellationen das Geschäftsmodell des Konzerns gefährden können. Zudem wurden 2016 die potenziellen Auswirkungen der geplanten regulatorischen Neuerungen im Kontext Basel III auf die Kapitalquoten des Konzerns simuliert.

Risikoarten

ADRESSENAUSFALLRISIKO

Der Konzern geht Adressenausfallrisiken¹⁾ im Rahmen seines Förderauftrags ein. Im Rahmen des inländischen Förderkreditgeschäfts tragen die durchleitenden Institute einen Großteil der Ausfallrisiken der Endkreditnehmer. Dies führt geschäftsmodellbedingt zu einem hohen Anteil des Bankenrisikos im Portfolio. Weitere Risikoforschwerpunkte ergeben sich aus der Fördertätigkeit im Bereich

der Finanzierung von Gründern von mittelständischen Unternehmen und von Beteiligungen, da der Konzern insbesondere in diesen Segmenten der inländischen Förderung auch Endkreditnehmerrisiken trägt. Darüber hinaus übernimmt der Konzern Risiken im Rahmen seiner Export- und Projektfinanzierung sowie in der Förderung der Entwicklungs- und Schwellenländer.

Schuldnersebene	Staatsschuldner	Banken	Unternehmen	Sonstige
Ratingverfahren (Ausfallwahrscheinlichkeit)	- Länderrating	- Bankenrating	- Corporate Rating - KMU-Rating	- Retail - Strukturierte Produkte - Existenzgründerrating - Beteiligungsfonds-Rating - Spezialfinanzierungen - Freiberufler-Rating
Geschäftsebene	Forderungshöhe bei Ausfall (Exposure at Default)			
	Verlustquote bei Ausfall (Loss Given Default)			
Portfolioebene	Kreditportfoliomodell			

Validierungs- und Weiterentwicklungsprozesse

Die Bewertung des Adressenausfallrisikos erfolgt über die Schätzung von Ausfallwahrscheinlichkeiten (Probability of Default, PD), der Forderungshöhe bei Ausfall (Exposure at Default, EAD) und der (erwarteten) Verlustquote bei Ausfall (Loss Given Default, LGD). Das Produkt aus den drei genannten Größen ergibt den Verlust, der im langjährigen statistischen Durchschnitt erwartet werden kann. Der Erwartete Verlust wird bei der Ermittlung der Risikotragfähigkeit durch den Abzug vom Risikodeckungspotenzial entsprechend den aufsichtsrechtlichen Vorschriften des Artikels 158 CRR berücksichtigt.

Zur Ermittlung der Ausfallwahrscheinlichkeiten verwendet der Konzern interne Ratingverfahren für Banken, Länder, große Unternehmen (Corporates), kleine und mittlere Unternehmen (KMU), Existenzgründer, Freiberufler, Beteiligungsfonds und Beteiligungsgeber. Diese Verfahren basieren auf Scorecards²⁾ und folgen einer einheitlichen, konsistenten Modellarchitektur. Für wesentliche Teile von Spezialfinanzierungen und strukturierten Produkten werden simulations- und Cashflow-basierte Ratingverfahren eingesetzt, die zum Teil von einem externen Anbieter lizenziert wurden. Für strukturierte Produkte wird das Rating für Tranchen auf Grundlage der Ausfalldynamik des Forderungspools und der Wasserfallstruktur der Transaktion ermittelt. Die Ratingverfahren

haben die Prognose von Ein-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeiten zum Ziel. Die Verantwortung für die Raterstellung im risikorelevanten Geschäft liegt grundsätzlich in den Marktfolgebereichen. Das Rating wird regelmäßig mindestens einmal jährlich aktualisiert.

Durch die Abbildung der Ausfallwahrscheinlichkeiten auf eine konzernweit einheitliche Masterskala ist die Vergleichbarkeit von Ratings verschiedener Verfahren und Geschäftsfelder gegeben. Die Masterskala besteht aus 20 unterschiedlichen Klassen, die sich in die vier Gruppen Investment Grade, Non-Investment Grade, Watch List und Default einteilen lassen. Für jede Masterskala-Klasse sind die Bandbreite der Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie die mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit festgelegt. Zu jedem Ratingverfahren existieren Organisationsanweisungen, die insbesondere die Zuständigkeiten, Kompetenzen sowie die Kontrollmechanismen regeln. Eine Vergleichbarkeit von internen Ratings des Konzerns und externen Ratings von Ratingagenturen wird durch ein Mapping der externen Ratings auf die Konzern-Masterskala gewährleistet. Durch eine turnusgemäße Validierung und Weiterentwicklung der Ratingverfahren wird sichergestellt, dass auf veränderte Rahmenbedingungen zeitnah reagiert werden kann.

¹⁾ Als Adressenausfallrisiko ist die Gefahr von finanziellen Verlusten definiert, die eintreten, wenn der Kreditnehmer bzw. Kontrahent seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt. Das Ausfallrisiko enthält auch das Länderrisiko, bestehend aus Transfer-, Konvertierungs- und politischen Risiken.

²⁾ Bei einer Scorecard handelt es sich um ein mathematisch-statistisch geschätztes und/oder auf Expertenwissen basierendes Modell. Die einzelnen für die Bonitätsbewertung als relevant erachteten Risikofaktoren werden in Abhängigkeit von ihrer Ausprägung bzw. ihrem Wert in einen Punktwert umgewandelt und zur Aggregation gewichtet.

Wesentlichen Einfluss auf die Ausfallhöhe nimmt neben der Forderungshöhe bei Ausfall (EAD) die Bewertung der Sicherheiten, die risikomindernd in der Verlustquote bei Ausfall (LGD) angeordnet werden. Im Rahmen der Sicherheitenbewertung für anrechenbare Sicherheiten wird der zu erwartende Nettoerlös einer Sicherheitenverwertung im Schadensfall inkl. Vorsichtsabschlägen ermittelt. Bei dinglichen Sicherheiten sind unter anderem neben Marktpreisschwankungen und Verwertungskosten auch abschreibungsbedingte Wertverluste für die Abschläge verantwortlich. Die unterschiedlichen Bewertungsverfahren für einzelne Sicherheitstypen basieren je nach Datenverfügbarkeit auf internen und externen historischen Daten sowie auf Expertenschätzungen. Ein Risikogrundsatz für Kreditsicherheiten regelt deren gruppenweit einheitliches Management, ihre Bewertung und Anrechnung. Neben dem Nettoerlös aus der Sicherheitenverwertung ist auch die Erlösquote für unbesicherte Exposureanteile ein wichtiger Bestandteil bei der Bestimmung der LGD. Alle Bewertungsparameter werden regelmäßig einer Validierung unterzogen.

Zur Begrenzung von Risiken aus dem Neugeschäft verfügt der Konzern über Limitmanagementsysteme, Risikoleitplanken und verschiedene Portfoliorichtlinien. Sie bilden sowohl eine Grundlage für die Zweitvotierung von Kreditgeschäften als auch eine Orientierungshilfe für die Kreditvergabe und haben die Aufgabe, eine angemessene Qualität bzw. Risikostruktur des Konzernportfolios sicherzustellen. Dabei wird den Besonderheiten des Fördergeschäfts des Konzerns Rechnung getragen. In der KfW wird die Zweitvotierung auf Einzelengagementebene durch das Konzernrisikomanagement erstellt. Die KfW IPEX-Bank und die DEG verfügen jeweils über ein eigenes, marktunabhängiges Zweitvotum. Die relevanten Geschäftsentscheidungsprozesse sind risikoorientiert ausgestaltet. Ein Kreditgeschäft erfordert derzeit in Abhängigkeit von der Art, dem Umfang (materieller Risikogehalt und Wirkung auf die Gesamtrisikoposition) sowie der Komplexität der Transaktion ein Zweitvotum. Die Kompetenzstufen für die Genehmigung von Neugeschäften sind in Abhängigkeit von Rating, Gesamtzusagen gegenüber der Gruppe verbundener Kreditnehmer und Produkttyp abgestuft. Darüber hinaus ist ab fest definierten Einzelgeschäftsgößen (unterschieden nach Rating und Produkttyp) die Genehmigung durch den Risiko- und Kreditausschuss des Verwaltungsrats erforderlich.

Die Portfoliorichtlinien definieren – differenziert nach Adresstypen und Produktvarianten – die Bedingungen, unter denen Geschäfte im Regelfall eingegangen werden dürfen. Darüber hinaus werden Risikoleitplanken für Länder, Branchen und Produkte definiert, um mit spezifischen Vorgaben zur Kreditvergabe aktuellen oder potenziellen negativen Entwicklungen zu begegnen. Mit den Limitmanagementsystemen werden schließlich sowohl Risikokonzentrationen (Konzentrationslimite) als auch bonitätsabhängige Einzeladressrisiken (Adresslimite) abgebildet. Konzentrationslimite dienen der Beschränkung von Risikokonzentrationen im Kreditportfolio und somit der Verhinderung großer Einzelverluste. Adresslimite dienen im Sinne einer Feinsteuerung dem kontrahentenspezifischen Management von Kreditausfallrisiken.

Im Kreditbestand werden Engagements mit höheren Risiken unterteilt in eine Watch List und eine Liste für Kredite mit akuten Ausfallrisiken (Non-Performing-Loans). Die Watch List dient dazu, potenzielle Problemkredite frühzeitig zu identifizieren und gegebenenfalls für die Problemkreditbearbeitung vorzubereiten. Dabei werden die wirtschaftlichen Verhältnisse, das Marktumfeld des jeweiligen Kreditnehmers sowie die überlassenen Sicherheiten regelmäßig überprüft und dokumentiert sowie Handlungsvorschläge – insbesondere für risikobegrenzende Maßnahmen – formuliert. Für Non-Performing-Loans und auch zu großen Teilen für Watch List-Engagements³⁾ liegt die Prozessverantwortung in den für Restrukturierungen zuständigen Einheiten. Dies ermöglicht ein frühzeitiges Einschalten von Spezialisten, um ein professionelles Problemkreditmanagement zu gewährleisten. Zielsetzung ist die Gesundung des Engagements durch Restrukturierung, Reorganisation und Kreditanpassung. Erweist sich der Geschäftspartner als nicht sanierungsfähig oder -würdig, steht die optimale Verwertung des Engagements und seiner Sicherheiten im Vordergrund. Für leistungsgestörte Kredite und die Intensivbetreuung von Banken und höhervolumigen Krediten mit einem Risikoanteil größer als 1 Mio. EUR aus dem KfW-Portfolio ist die Abteilung Restrukturierung zuständig. Die Verantwortung für die Betreuung des Mengengeschäfts liegt dagegen im Bereich Bestand Kreditmanagement. Das Management leistungsgestörter bzw. intensivbetreuer Engagements der KfW IPEX-Bank und der DEG erfolgt grundsätzlich in der jeweiligen Tochtergesellschaft. Sofern mehr als ein Konzernunternehmen engagiert ist, wird die zentrale Koordinierung durch die Abteilung Restrukturierung vorgenommen. Für eine klare Regelung der Kompetenzen und der Zuordnung bestehen interne Schnittstellenregelungen mit den relevanten Bereichen sowie eine enge Kooperation mit den Marktbereichen und dem zentralen Bereich Recht.

Bei Auftreten eines Krisenfalls im Bereich Banken gilt es, intern und extern sofort handlungsfähig zu sein. Hierfür gibt es auch einen Krisenplan Banken. Er sieht im Wesentlichen vor, dass unter Leitung des Kreditrisikomanagements eine Arbeitsgruppe eingerichtet wird, eine sofortige Schadensanalyse vorgenommen wird und die nächsten notwendigen Schritte eingeleitet werden.

Risikovorsorge

Allen erkennbaren Ausfallrisiken des Kreditgeschäfts – dazu gehören auch politische Risiken bei Finanzierungen im Ausland – trägt der Konzern durch Bildung von Risikovorsorge in angemessenem Ausmaß Rechnung. Für Engagements mit akuten Ausfallrisiken (Non-Performing-Loans) werden Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen für noch nicht ausgezahlte Teilbeträge gebildet. Basis für die Identifikation dieser Ereignisse sind Kriterien, die sowohl den Anforderungen nach CRR als auch IFRS genügen. Hierzu gehören unter anderem die Identifizierung erheblicher finanzieller Schwierigkeiten des Schuldners, Zahlungsrückstände, Zugeständnisse an den Schuldner aufgrund seiner wirtschaftlichen Situation, zum Beispiel im Rahmen von Restrukturierungsmaßnahmen, auffällige Maßnahmen des Schuldners

³⁾ Bei der KfW IPEX-Bank wird die Übernahme der Zuständigkeit für Watch List-Fälle einzelfallabhängig durch das Risikomanagement in Abstimmung mit der für Restrukturierungen zuständigen Einheit entschieden.

zur Liquiditätssteigerung sowie die maßgebliche Verschlechterung der Werthaltigkeit von Sicherheiten. Die Ermittlung der Einzelwertberichtigungen erfolgt mit Hilfe eines Impairment-Verfahrens. In die Berechnung der Einzelwertberichtigungen im Non-Retail-Geschäft fließt die individuelle Beurteilung des Kreditnehmers hinsichtlich zukünftiger Zahlungen ein. Dabei wird neben dem Umfang und der Werthaltigkeit der Sicherheiten auch das politische Risiko berücksichtigt. Für kleinere und standardisierte Kredite (Retail-Geschäft) erfolgt eine pauschalierte Einzelwertberichtigung auf Basis homogener Teilportfolios.

Die Risikovorsorge für latente Risiken (Portfoliowertberichtigung) wird abgeleitet aus der Bewertung der Kreditforderungen im Rahmen der jährlich stattfindenden Ratingprozesse und Sicherheitenbewertungen. Die Portfoliowertberichtigung wird sowohl für wirtschaftliche als auch für politische Risiken gebildet. Basis

ist hierfür das oben beschriebene Erwarteter-Verlust-Modell, das für IFRS-Zwecke übergeleitet wird. Für Unwiderrufliche Kreditzusagen und Avale werden nach demselben Berechnungsschema Rückstellungen gebildet.

Maximales Ausfallrisiko

Das maximale Ausfallrisiko aus Finanzinstrumenten gemäß IFRS 7.36 besteht für den Konzern im Totalausfall der jeweiligen Risikopositionen. Hierbei sind ebenfalls die Eventualverbindlichkeiten und die Unwiderruflichen Kreditzusagen zu berücksichtigen. Die Buchwerte sind bereits um die Risikovorsorge gekürzt.

Zahlungsrückstände ergaben sich zum Bilanzstichtag nur bei den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie bei Finanzanlagen, individuelle Wertminderungen darüber hinaus noch bei den Eventualverbindlichkeiten und Unwiderruflichen Kreditzusagen.

Maximales Ausfallrisiko

in Mio. EUR

	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		Wertanpassungen aus Macro Hedging	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Buchwert als Äquivalent für das maximale Ausfallrisiko	275.752	276.880	135.265	133.135	13.917	14.420
Risikovorsorge	171	169	1.439	1.573	0	0
Buchwert weder überfällig noch wertgemindert	275.482	276.715	132.900	131.349	13.917	14.420
<i>darauf angerechnete Sicherheiten</i>	167.033	159.127	53.409	54.367	0	0

	Derivate im Hedge Accounting; Sonstige Derivate		Finanzanlagen; Anteile an nach Equity-Methode bilanzierten Unternehmen		Eventualverbindlichkeiten; Unwiderrufliche Kreditzusagen	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Buchwert als Äquivalent für das maximale Ausfallrisiko	34.808	43.655	33.061	31.925	85.489	67.349
Risikovorsorge	0	0	4	6	44	62
Buchwert weder überfällig noch wertgemindert	34.808	43.655	32.883	31.719	85.438	67.250
<i>darauf angerechnete Sicherheiten</i>	17.355	20.651	294	329	0	0

Überfällige und nicht individuell wertgeminderte Finanzinstrumente

in Mio. EUR

	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		Finanzanlagen; Anteile an nach Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Buchwert weniger als 90 Tage überfällig	207	52	1.143	318	0	1
Buchwert 90 Tage überfällig und mehr	19	48	269	324	1	0
Gesamt	225	100	1.412	641	1	1
<i>darauf angerechnete Sicherheiten</i>	149	58	716	203	0	0

Individuell wertgeminderte Finanzinstrumente

in Mio. EUR

	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		Finanzanlagen; Anteile an nach Equity-Methode bilanzierten Unternehmen		Eventualverbindlichkeiten; Unwiderrufliche Kreditzusagen	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Buchwert	45	65	952	1.145	177	205	51	100
<i>darauf gebildete Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen</i>	40	38	1.024	1.159	0	0	9	19
<i>darauf angerechnete Sicherheiten</i>	1	5	438	666	2	3	0	0

Zum 31.12.2016 sind von 578 Mrd. EUR (31.12.2015: 567 Mrd. EUR) ausstehenden Finanzinstrumenten des Konzerns 1,2 Mrd. EUR (netto, nach Abzug der Risikovorsorge, 31.12.2015: 1,5 Mrd. EUR) als individuell wertgemindert eingestuft. Die potenziellen Ausfälle sind vorsichtig bewertet und insgesamt mit 1,1 Mrd. EUR (31.12.2015: 1,2 Mrd. EUR) wertmindernd berücksichtigt.⁴⁾

Neben der Vorsorge für akute Ausfallrisiken trifft der Konzern auch für latente Ausfallrisiken (wirtschaftliche und politische Risiken) Vorsorge. Per 31.12.2016 ergibt sich für das nicht individuell wertgeminderte Geschäft eine Risikovorsorge von insgesamt 0,6 Mrd. EUR (31.12.2015: 0,6 Mrd. EUR). Die Besicherung der Kredite aus dem Konzernportfolio ist vor allem durch das bankdurchgeleitete Geschäft sowie das durch die Bundesrepublik Deutschland bzw. einzelne Bundesländer garantierte Fördergeschäft geprägt.⁵⁾ Dabei entfällt der weitaus größte Teil der Besicherung auf abgetretene Endkreditnehmerforderungen im Rahmen des bankdurchgeleiteten Geschäfts. Dingliche Sicherheiten wie zum Beispiel Schiffe und Flugzeuge spielen in Bezug auf den Gesamtbestand der Sicherheiten nur eine untergeordnete Rolle.

Das hohe Exposure der Derivate mit positiven Marktwerten relativiert sich durch die mit den Kontrahenten getroffenen Nettingabreden. Diese umfassen auch Derivate mit negativen Marktwerten und verringern das Kontrahentenrisiko substantziell.

Im Berichtsjahr ist ein Anstieg der weniger als 90 Tage überfälligen und nicht individuell wertgeminderten Forderungen zu verzeichnen. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Rückstände von einem Tag. Diese Forderungen wurden überwiegend am folgenden Werktag beglichen, da die Leistungsfälligkeit auf einen Samstag fiel.

Im Jahr 2016 hat der Konzern keine wesentlichen zuvor als dingliche Sicherheit gehaltenen Vermögenswerte in Besitz genommen. Der Schwerpunkt der Stundungen im Performing-Portfolio im Jahr 2016 liegt im Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung. Dieses Stundungsvolumen ist gemessen am gesamten Kreditvolumen nicht signifikant.

Portfoliostruktur

Das Zusammenwirken der Risikoeigenschaften der Einzelengagements im Konzern-Kreditportfolio⁶⁾ wird mit Hilfe eines internen Portfoliomodells beurteilt. Die Bündelung großer Portfolioanteile auf einzelne Kreditnehmer oder Kreditnehmergruppen birgt das Risiko existenzgefährdender Großausfälle. Das Risikocontrolling bewertet – basierend auf dem Ökonomischen Kapitalkonzept – Einzel-, Branchen- und Länderrisikokonzentrationen. Die Konzentrationen werden primär über den Ökonomischen Kapitalbedarf (ECAP) gemessen. So ist sichergestellt, dass sowohl hohe Volumina und ungünstige Ausfallwahrscheinlichkeiten als auch unvorteilhafte Korrelationen der Risiken untereinander Berücksichtigung finden. Die Ergebnisse bilden eine zentrale Grundlage für die Steuerung des Kreditportfolios.

⁴⁾ Das Zuweisungsgeschäft im Rahmen der Stützungsmaßnahmen für Griechenland über rund 15 Mrd. EUR ist vollständig durch eine Bundesgarantie abgesichert und wird daher nicht im Portfolio individuell wertgeminderter Finanzinstrumente ausgewiesen.

⁵⁾ Hier werden die Sicherheiten so dargestellt, wie sie auch für die interne Steuerung für wirtschaftliche Risiken angerechnet werden. Partizipationswirkungen der Sicherheiten untereinander werden berücksichtigt, um den Ausweis von Doppelbesicherungen zu vermeiden. Darüber hinaus wurden die Vorjahreswerte angepasst, da das abgesicherte Exposure seit 2016 auch Absicherungen für Engagements mit politischem Risiko (bisher nur wirtschaftliches Risiko) berücksichtigt.

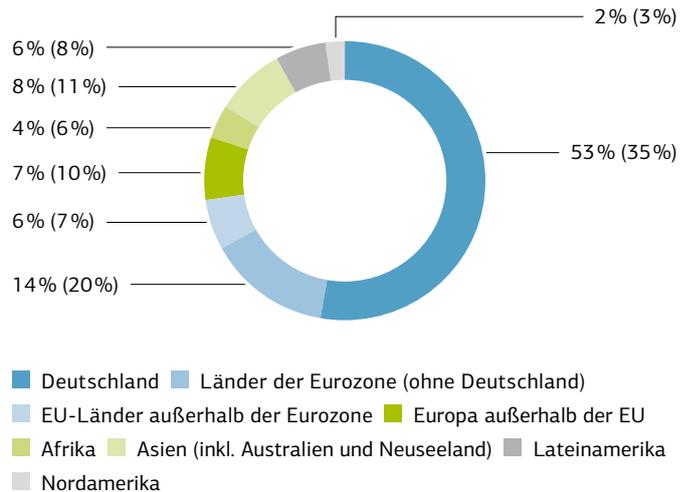
⁶⁾ Das Kreditportfolio enthält hier den Bestand an Krediten und Finanzanlagen im performenden Geschäft, nur bei der Bonitätsdarstellung ist das Non-Performing-Portfolio berücksichtigt.

Regionen

Das Kreditportfolio des Konzerns entfällt per 31.12.2016 gemessen am Ökonomischen Kapitalbedarf zu 67% (31.12.2015: 55%) auf die Eurozone. Der Anstieg ist insbesondere methodisch getrieben. Diese methodischen Weiterentwicklungen (Neuparametrisierung der Korrelationen, eine verbesserte Methode der Berechnung/Verteilung einzelner ECAP-Beiträge) führten zu einem Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs speziell in Deutschland. Außerdem haben sich die Konzentrationsrisiken im Zuge der Fusion von zwei Hauptgeschäftspartnern erhöht. Außerhalb Deutschlands führten die methodischen Weiterentwicklungen trotz Neugeschäftsaufkommens speziell im Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung und im Geschäftsfeld Förderung Entwicklungs- und Schwellenländer zu einer Verringerung des Ökonomischen Kapitalbedarfs.

Ökonomischer Kapitalbedarf (verteilt auf Regionen)

31.12.2016 (31.12.2015)

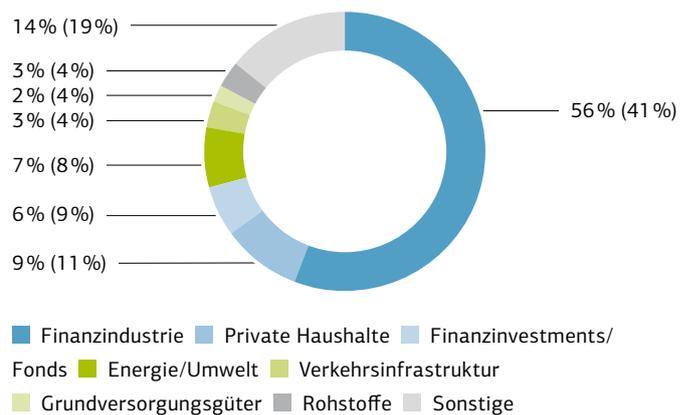


Branchen

Der hohe Anteil der Finanzindustrie am Gesamt-Kapitalbedarf für Kreditrisiken ist auf den Förderauftrag des Konzerns zurückzuführen. Der weit überwiegende Teil der inländischen Förderung erfolgt über bankdurchgeleitete Kredite. Insgesamt hat sich der Ökonomische Kapitalbedarf der Finanzindustrie durch höhere Konzentrationsrisiken im Zuge der oben genannten Fusion, Neugeschäfte hauptsächlich in guten Ratingklassen und die bereits beschriebenen methodischen Weiterentwicklungen erhöht: Durch den neuen ECAP-Verteilungsalgorithmus steigt bei konzentrierten Adressen der Kapitalbedarf – insbesondere Banken mit hohem Durchleitgeschäft – sind betroffen. Bei allen anderen Branchenclustern führt vor allem die methodische Weiterentwicklung zu einer sinkenden Kapitalbindung.

Ökonomischer Kapitalbedarf (verteilt auf Branchen)

31.12.2016 (31.12.2015)

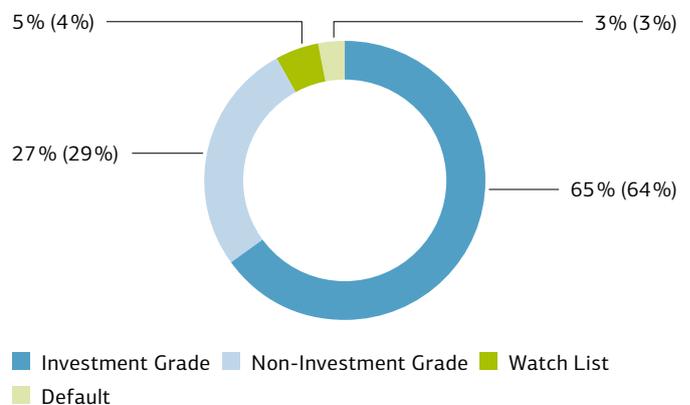


Bonität

Da die Bonität die Höhe des Ökonomischen Kapitalbedarfs stark beeinflusst, ist es bei der Analyse der Bonitätsstruktur sinnvoll, die Verteilung des Netto-Exposures⁷⁾ nach Bonitätsklassen zu betrachten. Insgesamt ist der relative Anteil des Investment Grade am gesamten Netto-Exposure im Wesentlichen durch Neugeschäft in guten Bonitätsklassen leicht angestiegen. Ein gestiegener Watch-List-Anteil (im Wesentlichen im Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung) lässt die durchschnittliche Ausfallwahrscheinlichkeit des Konzern-Kreditportfolios gegenüber 2015 geringfügig ansteigen. Das Konzern-Kreditportfolio verfügt unverändert über eine gute Bonitätsstruktur.

Bonitätsstruktur nach Netto-Exposure

31.12.2016 (31.12.2015)



⁷⁾ Das Netto-Exposure beschreibt den ökonomischen Verlust, der im Falle eines wirtschaftlichen oder politischen Ausfallereignisses voraussichtlich entsteht.

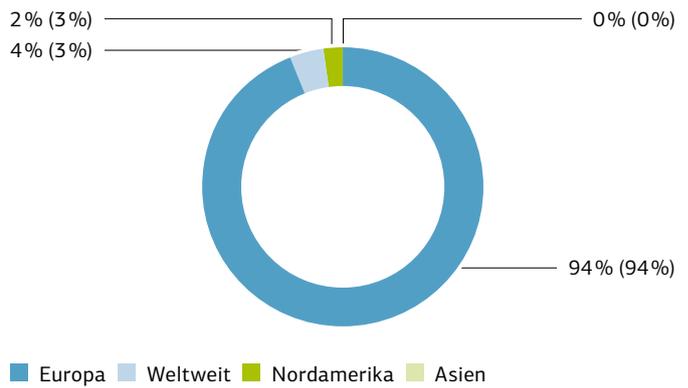
Strukturierte Produkte im Konzernportfolio

Asset Backed Securities (ABS)

Der Nominalwert der ABS-Papiere beträgt zum Stichtag 31.12.2016 rund 4,9 Mrd. EUR. Unter Berücksichtigung der Mark-to-Market-Bewertung für zum beizulegenden Zeitwert bewertete Papiere sowie gebildete Wertberichtigungen beläuft sich der Bilanzwert (inkl. der anteiligen Zinsen) des Portfolios ebenso auf rund 4,9 Mrd. EUR. In den nachfolgenden Übersichten ist die Zusammensetzung des ABS-Portfolios nach Assetklassen, Ratingeinstufung und geografischer Verteilung der Forderungen in den Verbriefungsportfolios dargestellt.

Geografische Verteilung des Assetpools (gemessen am Nominalwert)

31.12.2016 (31.12.2015)



Darstellung des Exposures auf Basis von Nominalwerten

	CLO	RMBS	CMBS	CDO	ABS & Sonstige	Gesamt 31.12.2016	Gesamt 31.12.2015
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Investment Grade	57	880	9	5	3.841	4.792	4.098
Non-Investment Grade	0	38	3	15	0	56	53
Watch List	0	0	0	0	0	0	16
Default	58	0	0	0	0	58	75
	115	918	12	20	3.841	4.906	4.242

Das Portfoliovolumen ist gegenüber dem Wert per 31.12.2015 gestiegen (+0,7 Mrd. EUR nominal). Der Vergleich der Ratingstruktur des Portfolios zeigt einen Rückgang sowohl im Watch-List- als auch im Default-Bestand. Der Investment-Grade-Bestand hat sich um 0,7 Mrd. EUR erhöht. In der geografischen Verteilung des Assetpools im Vergleich zum 31.12.2015 zeigt sich der

bestehende Schwerpunkt Europa unverändert. Insgesamt zeichnen sich europäische und damit auch deutsche Verbriefungen durch eine solide Performance aus. Die kumulierten Ausfallraten europäischer Verbriefungen liegen weiterhin auf einem niedrigen Niveau.

MARKTPREISRISIKO

Der Konzern misst und steuert Marktpreisrisiken auf barwertiger Basis. Wesentliche Treiber des Marktpreisrisikos sind hierbei

- die Zinsstruktur (Zinsänderungsrisiken), insbesondere für die Währungsräume EUR und USD,
- Wechselkurse (Währungsrisiken),
- Basisspreads (Basisspread-Risiken) sowie
- emittentenabhängige Spreads bei Wertpapieren (Credit Spread-Risiken).

Insgesamt binden die Marktpreisrisiken im Konzern per 31.12.2016 Ökonomisches Kapital in Höhe von 5,5 Mrd. EUR. Dies ist gegenüber dem Stand per 31.12.2015 ein um 172 Mio. EUR höherer Betrag. Das Konzernmarktpreisrisiko setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2016	31.12.2015
	Mio. EUR	Mio. EUR
Zinsänderungsrisiken	3.066	3.356
Währungsrisiken	744	681
Basisspread-Risiken	1.350	1.057
Credit Spread-Risiken	290	183
Marktpreisrisiko	5.450	5.278

Zinsänderungsrisiken

Der Konzern geht begrenzte Zinsänderungsrisiken zur Nutzung langfristiger Ertragschancen ein. Im Rahmen der Erfassung von Zinsänderungsrisiken des Anlagebuchs werden alle bewertungsrelevanten Datenbestände bei der Erstellung von Zinsbindungsbilanzen berücksichtigt. Auf dieser Datengrundlage führt der Konzern zur Bewertung seiner Zinsrisikoposition regelmäßig Value-at-Risk-Berechnungen auf Basis eines Varianz-Kovarianz-Ansatzes durch. Das Steuerungskonzept für Zinsänderungsrisiken unterstützt eine langfristig ausgelegte Steuerungsphilosophie. Zur Abfederung kurzfristiger zinsinduzierter Barwertschwankungen wird ein substanzieller Stop-Loss-Puffer vorgehalten. Zusätzlich zu diesem Puffer wird zur Berechnung der Risikotragfähigkeit ein Value-at-Risk zum Solvenzniveau 99,99 % für einen Zeitraum von zwei Monaten addiert. Die Wahl dieses Zeitraums folgt aus einer konservativen Annahme über eine maximale Schließungsdauer der gesamten Zinsrisikoposition unter adversen Zinsszenarien. Durch eine fortlaufende Überwachung der Risikoposition und die vorhandenen Steuerungsmöglichkeiten wird sichergestellt, dass das allokierte Kapital auch auf Sicht eines Jahres zur Risikodeckung entsprechend dem einheitlich verwendeten Solvenzniveau von 99,99 % ausreicht. Ergänzt wird diese Berechnung durch regelmäßige Stresstests, durch die mögliche Verluste bei extremen Marktbedingungen untersucht werden. Neben der vorgegebenen parallelen Verschiebung der Zinsstrukturkurve werden Szenarien wie Drehungen der Zinsstrukturkurve und Verlängerung der Haltedauer einbezogen. Der Kapitalbedarf für Zinsänderungsrisiken ist zum Stichtag 31.12.2016 um 291 Mio. EUR gesunken. Die Reduzierung gegenüber dem Vorjahreswert resultiert im Wesentlichen aus einer Neuparametrisierung des Modells.

Währungsrisiken

Fremdwährungskredite werden weitgehend in gleicher Währung refinanziert oder über entsprechende Währungssicherungsinstrumente abgesichert. Fremdwährungsbeteiligungen der DEG und im geringen Umfang Förderinstrumente des Geschäftsbereiches KfW Entwicklungsbank werden nur dann in gleicher Währung refinanziert, wenn dies möglich und sinnvoll ist. Unterjährige Fremdwährungserträge aus dem Kreditgeschäft werden zeitnah verkauft. Der Ökonomische Kapitalbedarf für liquide Währungspositionen wird analog zum Zinsänderungsrisiko mittels eines Varianz-Kovarianz-Ansatzes als Summe aus einem Stop-Loss-Puffer und einem Zwei-Monats-Value-at-Risk zum Solvenzniveau 99,99 % berechnet. Für alle Währungen mit eingeschränkten

Handels- und Hedging-Möglichkeiten wird ein Zwölf-Monats-Value-at-Risk verwendet. Die Klassifizierung der Einzelwährungen in liquide und illiquide Währungen nimmt das Marktpreis-Risiko-Komitee mindestens einmal jährlich vor. Der überwiegende Anteil des Währungsportfolios umfasst liquide Positionen. Zusätzlich werden regelmäßig Stresstests durchgeführt, um mögliche Verluste bei extremen Marktbedingungen abzuschätzen. Der Kapitalbedarf für Währungsrisiken ist zum 31.12.2016 um 62 Mio. EUR gestiegen. Der Anstieg ist auf die Aufwertung des USD (EUR/USD per 31.12.2015: 1,09 und 31.12.2016: 1,05), einen Positionsaufbau (Erhöhung Kreditvolumen und Refinanzierung in USD) sowie die Erhöhung des Stop-Loss-Puffers zurückzuführen.

Basisspread-Risiken

Basisspread-Risiken umfassen im Wesentlichen Tenor- und FX-Basisspread-Risiken. Der Ökonomische Kapitalbedarf für diese Risiken wird mit einem Varianz-Kovarianz-Ansatz zum Solvenzniveau 99,99 % und einer Haltedauer von zwölf Monaten ermittelt. Zum 31.12.2016 betrug der Kapitalbedarf für Basisspread-Risiken 1.350 Mio. EUR. Im Vorjahresvergleich ergibt sich hier ein Mehrbedarf in Höhe von 293 Mio. EUR. Der Anstieg resultiert insbesondere aus höheren Beiträgen aus dem USD-Buch, was im Wesentlichen auf deutlich gestiegene Volatilitäten zurückzuführen ist.

Credit Spread-Risiken

Die Risikomessung erfolgt für das Wertpapierportfolio. Der Ökonomische Kapitalbedarf wird mittels der Methode der historischen Simulation auf Basis von Credit Spread-Zeitreihen, welche die vergangenen drei Jahre umfassen (750 Handelstage), ermittelt. Zunächst wird der Value-at-Risk für einen Tag Haltedauer zum Konfidenzniveau 95 % aus historischen Credit Spread-Veränderungen bestimmt und dann auf einen Zeitraum von einem Jahr und auf das Solvenzniveau 99,99 % skaliert. Für ABS erfolgt die Risikomessung aufgrund der geringen Liquidität der Papiere auf Basis von ABS-Indizes. Der Ökonomische Kapitalbedarf für Credit Spread-Risiken betrug zum 31.12.2016 290 Mio. EUR. Das Credit Spread-Risiko ist im Vorjahresvergleich um 107 Mio. EUR gestiegen. Der Anstieg des Risikos ist im Wesentlichen auf die Einführung eines Korrekturfaktors zurückzuführen. Dieser wurde eingeführt, da im Backtesting eine Unterschätzung des Risikos durch das Value-at-Risk-Modell festgestellt wurde. Das Modell wird 2017 grundlegend überarbeitet.

LIQUIDITÄTSRISIKO

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, fällige Zahlungen nicht zeitgerecht erfüllen zu können. Es wird zwischen

- dem Instituts-Liquiditätsrisiko (Risiko, Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen zu können),
- dem Refinanzierungsrisiko (Risiko, benötigte Zahlungsmittel nur zu höheren Kosten als dem risikoadäquaten Zinssatz aufnehmen zu können) und
- dem Markt-Liquiditätsrisiko (Risiko, Finanzpositionen nur zu niedrigeren Preisen als in einem normalen Umfeld adäquat veräußern zu können)

unterschieden.

Primäres Ziel des Liquiditätsmanagements ist die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit des Konzerns. Die KfW steht als Abschlusspartner für sämtliche Handelsgeschäfte ihrer Tochtergesellschaften und insbesondere deren Refinanzierung zur Ver-

fügung. Aus diesem Grund sind die Liquiditätserfordernisse der Tochterunternehmen sowohl in der Refinanzierungsplanung des Konzerns als auch im Liquiditätssicherungskonzept enthalten.

Die Liquiditätsrisikomessung erfolgt auf Basis ökonomischer Szenarioanalysen sowie des Ausnutzungsgrads gemäß KfW-Gesetz. Zusätzlich werden die Liquiditätsgaps auf Basis des bereits kontrahierten Geschäfts sowie das bestehende Liquiditätspotenzial limitiert.

Eine wesentliche Komponente für die Einschätzung des Liquiditätsrisikos stellen vertragliche Zahlungsverpflichtungen (Kapitalrückzahlungen und Zinsverpflichtungen) des Konzerns aus Finanzinstrumenten dar, die in der folgenden Tabelle nach Laufzeiten gegliedert sind:

Zahlungsverpflichtungen aus Finanzinstrumenten nach Laufzeitbändern

31.12.2016¹⁾

	Bis ein Monat	Mehr als ein Monat bis drei Monate	Mehr als drei Monate bis ein Jahr	Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	Mehr als fünf Jahre	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Verpflichtungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	18.481	2.944	603	3.221	8.828	34.076
Verpflichtungen aus Verbrieften Verbindlichkeiten	30.398	36.185	50.879	235.095	91.766	444.323
Nettoverpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten	-1.276	-2.503	-3.012	-13.632	-10.633	-31.057
<i>darunter: Verpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten</i>	14.921	19.589	28.398	137.634	50.427	250.969
Verpflichtungen aus nachrangigen Verbindlichkeiten	0	0	4	23	235	262
Verpflichtungen aus bilanzwirksamen Finanzinstrumenten	47.603	36.626	48.473	224.707	90.195	447.604
Eventualverbindlichkeiten	3.955	0	0	0	0	3.955
Unwiderrufliche Kreditzusagen	81.534	0	0	0	0	81.534
Verpflichtungen aus nicht bilanzwirksamen Finanzinstrumenten	85.489	0	0	0	0	85.489
Verpflichtungen aus Finanzinstrumenten	133.092	36.626	48.473	224.707	90.195	533.093

¹⁾ Die Nettoverpflichtungen aus Derivaten umfassen Zahlungsverpflichtungen, saldiert mit den gegenläufigen Zahlungsansprüchen aus den Kontrakten; die Bruttozahlungsverpflichtungen sind als Verpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten ausgewiesen. Für die Unwiderruflichen Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten erfolgt eine pauschale Zuordnung zum ersten Laufzeitband.

Der Anstieg der Zahlungsverpflichtungen im ersten Laufzeitband resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg der Unwiderruflichen Kreditzusagen, wovon 18,7 Mrd. EUR auf die Zunahme der inländischen Finanzierung zurückzuführen sind.

Zahlungsverpflichtungen aus Finanzinstrumenten nach Laufzeitbändern

31.12.2015¹⁾

	Bis ein Monat	Mehr als ein Monat bis drei Monate	Mehr als drei Monate bis ein Jahr	Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	Mehr als fünf Jahre	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Verpflichtungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	21.281	1.625	1.097	3.205	10.842	38.050
Verpflichtungen aus Verbrieften Verbindlichkeiten	24.634	30.837	60.363	225.338	97.156	438.328
Nettoverpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten	-780	-1.298	-5.640	-15.273	-13.244	-36.236
<i>darunter: Verpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten</i>	20.522	20.327	40.608	128.039	62.049	271.546
Verpflichtungen aus nachrangigen Verbindlichkeiten	0	0	5	25	345	376
Verpflichtungen aus bilanzwirksamen Finanzinstrumenten	45.134	31.164	55.825	213.295	95.099	440.518
Eventualverbindlichkeiten	5.186	0	0	0	0	5.186
Unwiderrufliche Kreditzusagen	62.163	0	0	0	0	62.163
Verpflichtungen aus nicht bilanzwirksamen Finanzinstrumenten	67.349	0	0	0	0	67.349
Verpflichtungen aus Finanzinstrumenten	112.483	31.164	55.825	213.295	95.099	507.867

¹⁾ Die Nettoverpflichtungen aus Derivaten umfassen Zahlungsverpflichtungen, saldiert mit den gegenläufigen Zahlungsansprüchen aus den Kontrakten; die Bruttozahlungsverpflichtungen sind als Verpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten ausgewiesen. Für die Unwiderruflichen Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten erfolgt eine pauschale Zuordnung zum ersten Laufzeitband.

Die interne Liquiditätsrisikomessung basiert auf Szenariorechnungen. In diesem Ansatz werden zunächst die erwarteten Zahlungseingänge und alle Zahlungsausgänge für die nächsten zwölf Monate auf Basis des bereits kontrahierten Geschäfts als Ausgangspunkt betrachtet. Dieser Basis-Cashflow wird um geplante und geschätzte Zahlungen (zum Beispiel Kapitalmarktaufnahmen, liquiditätswirksame erwartete Kreditausfälle oder geplantes Neugeschäft) erweitert. Das Resultat stellt eine Übersicht über die benötigte Liquidität des Konzerns in den nächsten zwölf Monaten dar. Die benötigte Liquidität wird für verschiedene Szenarien berechnet. Hierbei werden marktweite und institutspezifische Risikofaktoren gestresst und die Auswirkungen auf die Liquidität des Konzerns bewertet.

Parallel wird das vorhandene Liquiditätspotenzial bestimmt. Dieses besteht im Wesentlichen aus dem EZB-Sicherheiten-Konto der KfW, aktivischen Repos, dem Liquiditätsportfolio und dem am Markt regelmäßig platzierbaren Volumen an Commercial Papers. Das vorhandene Liquiditätspotenzial wird analog den anderen Cashflow-Komponenten Stressannahmen unterworfen. Für jedes Szenario wird das Verhältnis von kumulierter benötigter Liquidität zum kumulierten vorhandenen Liquiditätspotenzial berechnet. Diese Kennzahl darf den Wert 1 in allen Szenarien für unterschiedliche Zeiträume nicht überschreiten. Im Normal Case beträgt der vorgegebene Zeithorizont zwölf Monate, im Stress Case sechs Monate und in den zwei Worst-Case-Szenarien drei Monate. Die Szenarioannahmen werden jährlich validiert.

Die Ermittlung der Kennzahlen sowie das Reporting an das Marktpreis-Risiko-Komitee erfolgen monatlich. Folgende Tabelle zeigt die Risikokennzahlen für die unterschiedlichen Szenarien per 31.12.2016:

Liquiditätsrisikokennzahlen der KfW per 31.12.2016

	Kennzahl
Normal Case	0,09
Stress Case	0,24
Worst Case (institutsspezifisch)	0,30
Worst Case	0,52

Die internen Liquiditätskennzahlen lagen zu jedem Zeitpunkt des Jahres unter der zulässigen Höchstgrenze von 1.

Aktuelles Refinanzierungsumfeld

Die Entwicklung an den internationalen Kapitalmärkten war 2016 zum einen geprägt durch den unerwarteten Ausgang zweier politischer Großereignisse: die Abstimmung Großbritanniens zum Verbleib bzw. zum Austritt aus der Europäischen Union und die US-Präsidentenwahl. So zogen beispielsweise infolge der US-Wahl die Zinsen im Euroraum und in den USA deutlich an. Daneben wurden die Kapitalmärkte über das ganze Jahr hinweg durch die weiterhin sehr aktive Zentralbankpolitik sowohl der Europäischen Zentralbank als auch der US-Notenbank bestimmt. Während die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank weiterhin auf Expansionskurs war, hat im Gegensatz dazu die US-Notenbank zum Jahresende eine weitere Zinserhöhung vorgenommen und damit einen weiteren Schritt in Richtung restriktive Geldpolitik unternommen.

Hohe Flexibilität hinsichtlich Währungen, Instrumenten und Strukturen ermöglichten es der KfW, ihre Refinanzierungsaktivitäten in diesem volatilen Marktumfeld erfolgreich abzuschließen. Im Geschäftsjahr 2016 hat die KfW an den internationalen Kapital-

märkten insgesamt ein Volumen von 72,8 Mrd. EUR (2015: 62,6 Mrd. EUR) in 15 verschiedenen Währungen und 206 Einzeltransaktionen aufgenommen. Euro und US-Dollar blieben die beiden bedeutendsten Währungen für die langfristige Mittelaufnahme. Der Anteil der in US-Dollar denominierten Anleihen stieg 2016 auf ein Rekordhoch von 47 % (2015: 45 %). In Euro denominierte Anleihen summierten sich auf 36 % (2015: 37 %).

Die Refinanzierungsaktivitäten der KfW im Geldmarktsegment entwickelten sich 2016 ebenso positiv. Das Programmvolumen des für weltweite Investoren konzipierten „Euro Commercial

Paper“(ECP)-Programms wurde im November 2016 von 50 Mrd. EUR auf 60 Mrd. EUR erhöht. Das Emissionsvolumen im ECP-Programm war 2016 planmäßig höher als im Vorjahr. Das Ende 2016 ausstehende Volumen belief sich hier auf 37,8 Mrd. EUR (Ende 2015: 31,8 Mrd. EUR). Ebenso war das Emissionsvolumen im „US Commercial Paper“(USCP)-Programm im Jahr 2016 höher als im Vorjahr. Mit einem Programmvolumen von 10 Mrd. USD ist das USCP-Programm speziell für den US-amerikanischen Markt konzipiert. Die KfW deckt mit diesem Programm einen großen Teil ihres kurzfristigen Bedarfs in US-Dollar ab. Das Ende 2016 ausstehende Volumen betrug 8,7 Mrd. USD (Ende 2015: 8,1 Mrd. USD).

OPERATIONELLE RISIKEN UND BETRIEBLICHES KONTINUITÄTSMANAGEMENT (BETRIEBSRISIKEN)

Betriebsrisiken bilden im Konzern den Oberbegriff für Operationelle Risiken und Risiken aus der Geschäftsunterbrechung.

Wesentliche Merkmale der Organisationsstruktur sind die Aufteilung in dezentrale und zentrale Einheiten sowie die Anbindung an das Komitee für Operationelle Risiken. Das Management von Betriebsrisiken erfolgt dezentral in den Bereichen und den Tochtergesellschaften durch den jeweiligen Bereichsleiter bzw. Geschäftsführer. Dieser wird durch den jeweiligen Bereichsleiter für Operationelle Risiken und Betriebliches Kontinuitätsmanagement unterstützt. Das Betriebsrisiko-Management-Team nimmt die Aufgaben der Überwachung und der Kommunikation von Betriebsrisiken organisatorisch in den Bereichen Risikocontrolling (zentrales OpRisk-Controlling) und Compliance (zentrales Betriebliches Kontinuitätsmanagement) wahr. Es erarbeitet die Methoden und Instrumente zur Identifikation und Bewertung von Betriebsrisiken und überwacht ihre einheitliche Anwendung.

Das Management und Controlling Operationeller Risiken sowie das Betriebliche Kontinuitätsmanagement haben zum Ziel, potenzielle Schäden für den Konzern rechtzeitig zu erkennen und abzuwenden bzw. Notfälle und Krisen beherrschbar zu machen und die strukturelle Einsatzfähigkeit des Konzerns trotz des Ausfalls wesentlicher Ressourcen sicherzustellen.

In Anlehnung an Artikel 3 Satz 52 CRR definiert der Konzern das Operationelle Risiko als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Darüber hinaus werden folgende Risikounterarten des Operationellen Risikos definiert: Verhaltensrisiko, System- und Informations- und Kommunikations-Technologie(IKT)-Risiko, Modellrisiko, Rechtsrisiko (inkl. Compliance-Risiko) sowie das Risiko aus Auslagerungen.

Das Rechtsrisiko (inkl. Compliance-Risiko) beschreibt die Gefahr von Verlusten, die durch Verletzung oder Nichtübereinstimmung mit Vorschriften in Rechtsstreitigkeiten oder anderen Aktionen zur Vermeidung von Rechtsstreitigkeiten münden. Bei Vorschriften handelt es sich um Gesetze, Regeln, vorgeschriebene Praxis, interne Richtlinien und Verfahren, (ethische) Standards und Verhaltensregeln. Das Compliance-Risiko beschreibt die Gefahr juristischer oder regulatorischer Sanktionen oder finanzieller

Verluste, die sich aus der Nichteinhaltung von Gesetzen, Vorschriften, Regeln oder Marktstandards ergeben. Dem Rechtsrisiko begegnet der Konzern durch einen organisatorisch eigenständigen, zentralen Bereich Recht und insbesondere dessen frühzeitige Einbindung sowie durch die enge Zusammenarbeit des Bereichs Recht mit externen in- und ausländischen Rechtsberatern. Durch Rechtsänderungen entstehende Risiken begegnet der Konzern außerdem durch die regulatorische Compliance-Funktion und die von dieser etablierten Prozesse.

Das Modellrisiko ist der mögliche Verlust, den ein Institut als Folge von im Wesentlichen auf der Grundlage von Ergebnissen interner Modelle getroffenen Entscheidungen erleiden kann, die in der Entwicklung, Umsetzung oder Anwendung fehlerhaft sind.

Eingetretene Verluste werden im Konzern in einer OpRisk-Ereignisdatenbank erfasst. Nach jedem Quartal erfolgt ein ausführliches Detailreporting der erfassten Schadensereignisse und gegebenenfalls daraufhin eingeleiteter Maßnahmen an die jeweiligen Bereiche. Der Gesamtvorstand, der Verwaltungsrat und das Komitee für Operationelle Risiken werden im Rahmen des Risikoberichts monatlich bzw. vierteljährlich informiert. Ab einer festgelegten Schadenshöhe erfolgt zusätzlich ein Ad-hoc-Reporting.

Darüber hinaus erfolgt eine systematische Erfassung von Operationellen Risiken in den Risiko-Assessments, die konzernweit durchgeführt werden. Dabei werden auch neue Aktivitäten im Neue Produkte Prozess (NPP) sowie Änderungen betrieblicher Prozesse oder Strukturen hinsichtlich potenzieller Operationeller Risiken untersucht. Die Messung Operationeller Risiken innerhalb der Risiko-Assessments erfolgt auf der Basis von internen Daten oder Expertenschätzungen, die mit einer Verteilungsannahme für Schadenshäufigkeit und Schadenshöhe unterlegt werden. Die erhobenen Verlustpotenziale durchgeführter Risiko-Assessments werden nach Abschluss den jeweiligen Bereichs- und Abteilungsleitern und dem Gesamtvorstand berichtet. Zur unterjährigen Überwachung der im Risiko-Assessment festgestellten Verlustpotenziale oberhalb eines festgelegten Grenzwerts ist die Implementierung von Risikoindikatoren dezentral durch die jeweiligen Geschäftsbereiche zu prüfen. Die Bereiche prüfen im Rahmen des Risiko-Assessments die Implementierung

weiterer risikomitigierender Maßnahmen (zum Beispiel Kontrollen im Rahmen des Internen Kontrollsystems [IKS]).

Insgesamt binden die Operationellen Risiken im Konzern per 31.12.2016 Ökonomisches Kapital in Höhe von 1.033 Mio. EUR. Dies ist gegenüber dem Stand per 31.12.2015 ein um 77 Mio. EUR reduzierter Betrag, der auf die methodische Weiterentwicklung des Berechnungsmodells zurückzuführen ist.

Für den Eintritt einer Geschäftsunterbrechung aufgrund interner oder externer Ereignisse ist ein Betriebliches Kontinuitätsmanagement implementiert. Es handelt sich dabei um einen ganzheitlichen Managementprozess, der alle Aspekte für die vier wesentlichen Ausfallszenarien Standortausfall (Gebäude oder Infrastruktur), IT-Systemausfall, Personalausfall und Ausfall von Dienstleistern umfasst. Das Betriebliche Kontinuitätsmanagement berücksichtigt gleichermaßen präventive Komponenten (Notfallvorsorge) und reaktive Komponenten (Notfall- und Krisenbewältigung).

SONSTIGE RISIKEN

Beteiligungsrisiken

Bei der Steuerung von Beteiligungsrisiken im Konzern ist zwischen Risiken aus dem operativen und dem strategischen Beteiligungsgeschäft zu unterscheiden.

Operative Beteiligungen

Durch das Eingehen von operativen Beteiligungen erfüllt die Bank den staatlichen Auftrag, Fördermaßnahmen, insbesondere Finanzierungen, durchzuführen. Entsprechend gibt es Beteiligungen im Rahmen der inländischen und der europäischen Investitionsfinanzierung sowie in den Geschäftsbereichen Finanzielle Zusammenarbeit (FZ) und Export- und Projektfinanzierung. Die konzernweit grundsätzlichen Regelungen für operative Beteiligungen werden über einen „Ordnungsrahmen“ vorgegeben. Auf bestimmte Beteiligungssegmente abgestimmte und spezifische Regeln werden darüber hinaus in „Sub-Portfolio-Richtlinien“, Arbeitsanweisungen oder in Risikoleitplanken niedergelegt. Die Risikomessung erfolgt für operative Beteiligungen analog zu den Kreditrisiken auf Einzelengagementebene. In Bezug auf das Berichtswesen werden die Risiken des Beteiligungsportfolios zusätzlich in einem eigenen Bericht dargestellt.

Strategische Beteiligungen

Strategische Beteiligungen unterstützen den Auftrag der KfW, ein effizientes und nachhaltiges Förderangebot bereitzustellen. Neben der Verstärkung und dem Ausbau von Kernkompetenzen steht daher die Komplementierung von KfW-Geschäftsfeldern im Vordergrund. Mit dem strategischen Engagement ist in der Regel eine langfristige Haltedauer verknüpft. Daneben gibt es auch Beteiligungen, deren Grundlage § 2 Abs. 4 KfW-Gesetz ist (Zuweisungsgeschäft). Diese Beteiligungen werden insbesondere aus übergeordneten strategischen Interessen eingegangen. Die Betreuung der strategischen Beteiligungen erfolgt in einer dafür vorgesehenen Einheit auf Basis eines Beteiligungshandbuchs, das Rechtsgrundlagen, Strategien, Grundsätze, Verfahren

Zur Steuerung im Rahmen des Betrieblichen Kontinuitätsmanagements werden die Geschäftsprozesse analysiert, nach ihrer Kritikalität eingestuft und die jeweils unterstützenden Ressourcen betrachtet. Das Erkennen der kritischen Geschäftsprozesse und deren Abhängigkeiten von unterstützenden Ressourcen bildet die Grundlage für ein wirkungsvolles Betriebliches Kontinuitätsmanagement. Für diese Geschäftsprozesse und die unterstützenden Ressourcen werden individuelle Maßnahmen erarbeitet, die sicherstellen, dass die benötigte Verfügbarkeit gewährleistet wird und Risiken im wirtschaftlichen Rahmen reduziert werden. Dazu gehören Notfallarbeitsplätze, Notfallkonzepte, Kommunikationsinstrumente und Alarmierungstools. Der Krisenstab des Konzerns übernimmt bei nicht zu planenden Ereignissen die Leitung des gesamten Krisenmanagements. Er trainiert in regelmäßigen Krisenstabstests das Zusammenspiel der Notfall- und Krisenorganisation.

und Zuständigkeiten des Beteiligungsmanagements abbildet. Zugang, Abgang und Veränderungen strategischer Beteiligungen unterliegen grundsätzlich definierten Due-Diligence-Prozessen und der Genehmigung durch den Gesamtvorstand sowie – gemäß KfW-Satzung – durch den Verwaltungsrat des Konzerns. Das Eingehen einer Beteiligung > 25 % erfordert zusätzlich eine Genehmigung des Bundesministeriums der Finanzen gemäß Bundeshaushaltsordnung (BHO). Die strategischen Beteiligungen und ihre individuellen Risiken werden laufend überwacht und im Rahmen eines jährlichen Beteiligungsberichts – sowie in anlassbezogenen Ad-hoc-Berichten – dem Gesamtvorstand vorgelegt. Die für die Beteiligungen individuell zu formulierenden Strategien werden jährlich aktualisiert. Darüber hinaus ist der Konzern bei strategischen Beteiligungen in der Regel in den Aufsichtsorganen vertreten.

Aufgrund der hohen Risikorelevanz für den Konzern sowie der einheitlichen Konzernsteuerung werden Risiken der KfW IPEX-Bank sowie der DEG im Rahmen der Konzernrisikosteuerung gemangelt – so werden zum Beispiel die Geschäftsaktivitäten der Tochtergesellschaften im Durchschau-Prinzip („Look-through“) auf die konzernweiten Limite angerechnet und in die Kapitalallokation des Konzerns einbezogen sowie Vertreter der Tochterunternehmen in die Konzern-Risikogremien eingebunden. Ferner überwacht der Konzern die DEG sowie die KfW IPEX-Bank auf Stand-alone-Ebene. Ein entsprechendes regelmäßiges Reporting erfolgt im Rahmen des Konzernrisikoberichts an den Vorstand.

Reputationsrisiko

Unter Reputationsrisiko wird die Gefahr einer längerfristigen Verschlechterung der Wahrnehmung des Konzerns aus Sicht der relevanten internen und externen Interessengruppen mit negativen Auswirkungen auf den Konzern verstanden. Diese Auswirkungen können zu Beeinträchtigungen der Vermögens-, Ertrags- oder Liquiditätsslage führen (zum Beispiel Neugeschäftsrückgang)

oder nichtmonetärer Natur sein (zum Beispiel erschwerte Rekrutierung neuer Mitarbeiter). Reputationsrisiken können aus anderen Risikoarten erwachsen oder eigenständig auftreten.

Im Rahmen des Risikomanagementprozesses werden Reputationsrisiken dezentral gesteuert. Den Rahmen hierfür legen unter anderem das Nachhaltigkeitsmanagement mit konzernweit gültigen Nachhaltigkeitsleitsätzen, die unter anderem Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen vor der Finanzierungsentcheidung vorsehen, oder der nachhaltige Investmentansatz für das eigene Portfoliomanagement. Darüber hinaus werden neue Aktivitäten im Neue Produkte Prozess (NPP) sowie ausgelagerte Aktivitäten im Auslagerungsmanagement regelmäßig hinsichtlich potenzieller Reputationsrisiken untersucht.

Ergänzend dazu koordiniert das zentrale Reputationsrisikocontrolling im Rahmen der Risikoidentifikation das qualitative Reputationsrisiko-Assessment und erstellt ein Risikoprofil mit den größten Reputationsrisiken des Konzerns. Außerdem erfolgt eine fortlaufende Berichterstattung zu eingetretenen Reputationsrisikoereignissen.

Interne Kontrollverfahren

Interne Revision

Die Interne Revision ist ein Instrument des Vorstands. Als prozessunabhängige Instanz prüft und beurteilt sie risikoorientiert grundsätzlich alle Prozesse und Aktivitäten des Konzerns und berichtet direkt an den Vorstand. Mit Blick auf die Prozesse des Risikomanagements hat die Interne Revision im abgelaufenen Geschäftsjahr sowohl dezentrale Risikomanagementprozesse als auch zentrale, bankweit relevante Aspekte des Risikomanagements und Risikocontrollings geprüft. Schwerpunkte lagen zum einen in projektbegleitenden Prüfungen der Großprojekte zum Markt- und Kreditrisiko und Meldewesen sowie in der IRBA-Selbstprüfung und der Prüfung des Kapitalplanungsprozesses. Bezüglich der dezentralen Risikomanagementprozesse waren unter anderem die Prozesse zum Risikomanagement von Finanzinstitutionen und Staaten im Prüfungsfokus.

Wie in den Vorjahren hat die Interne Revision darüber hinaus auch im Geschäftsjahr 2016 durch Teilnahme (Gaststatus) an Sitzungen von Entscheidungsgremien die Weiterentwicklung des Risikomanagements verfolgt.

Die Interne Revision der KfW ist auch eine Konzernrevision der Gruppe. Sie ist in die Prüfungsplanung der Revisionen der Tochtergesellschaften eingebunden und sie bezieht die Prüfungsergebnisse der Internen Revisionen der Tochtergesellschaften in die konzernweite Revisionsberichterstattung ein.

Compliance

Der Erfolg des Konzerns hängt maßgeblich vom Vertrauen der Anteilseigner, Kunden, Geschäftspartner, Mitarbeiter und der Öffentlichkeit in seine Leistungsfähigkeit und vor allem auch in

Projektrisiko

Originäre Projektrisiken bestehen insbesondere aus sich nicht bestätigenden Planungsannahmen und haben Auswirkungen auf die Projektzielerreichung hinsichtlich Aufwand, Zeit und Qualität (zum Beispiel Unterschätzung von Umsetzungsaufwand, zeitliche Abhängigkeiten von Parallelprojekten). Projektrisiken entstehen im Konzern insbesondere im Zusammenhang mit den verschiedenen langfristig ausgelegten Großprojekten. Die Steuerung von Projektrisiken erfolgt im Rahmen des Projektmanagements sowohl während der Projektplanung als auch während der Projektdurchführung.

Das Zentrale Projektmanagementoffice (ZPMO) unterstützt die Großprojekte in ihrer Aufgabenerfüllung und bei der Zielerreichung. Als zentrale Stabsstelle für das Projektportfoliomanagement stellt es den methodischen Rahmen für die Durchführung der Großprojekte im Konzern zur Verfügung und schafft Transparenz auf Ebene des Gesamtprojektportfolios. Dadurch werden zielgerichtete Entscheidungen durch Projektboard und Vorstand ermöglicht. Das Setzen methodischer Vorgaben durch das ZPMO ermöglicht eine einheitlich hohe Umsetzungsqualität in den Projekten. Die Einhaltung der Rahmenbedingungen und Vorgaben durch die Großprojekte wird ebenfalls überwacht und unterstützt.

seiner Integrität ab. Dieses Vertrauen basiert nicht zuletzt auf der Umsetzung und Einhaltung der relevanten gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen sowie internen Vorschriften und sonstigen einschlägigen Gesetzen und Regeln. Die Compliance-Verantwortung für den Konzern liegt beim Vorstand der KfW. Der Vorstand delegiert die Wahrnehmung der damit verbundenen Aufgaben an den Bereich Compliance.

Die Ausgestaltung der Compliance-Organisation verfolgt den Ansatz des Three-Lines-of-Defence-Modells und orientiert sich als zweite Verteidigungslinie an den Anforderungen an eine MaRisk-Compliance-Funktion. Im Rahmen dessen existieren im Konzern seit Jahren Vorkehrungen zur Einhaltung von Datenschutzbestimmungen, zur Prävention von Insiderhandel, Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen sowie zur Überwachung der rechtlichen Rahmenbedingungen und daraus resultierenden Umsetzungsmaßnahmen. Dies umfasst auch den Schutz von Informationen, Gebäuden, Personen und der IT-Infrastruktur sowie die Sicherstellung eines Betrieblichen Kontinuitätsmanagements. Entsprechend bestehen verbindliche Regelungen und Prozesse, die die gelebten Wertmaßstäbe und die Unternehmenskultur beeinflussen und kontinuierlich entsprechend den rechtlichen Rahmenbedingungen sowie den Marktanforderungen angepasst werden.

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Konzerns finden regelmäßig Compliance- und Geldwäscheschulungen statt. Neben diesen Präsenzs Schulungen sind auch E-Learning-Programme zu den Themen Datenschutz, Informationssicherheit, Wertpapier-Compliance sowie Geldwäsche und Betrugsprävention verfügbar.

Internes Kontrollsystem (IKS)

Ziel des Internen Kontrollsystems (IKS) des Konzerns ist es, durch geeignete Grundsätze, Maßnahmen und Verfahren die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit und die Einhaltung der für den Konzern maßgeblichen rechtlichen Vorschriften, die Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der externen und internen Rechnungslegung sowie den Schutz des Vermögens sicherzustellen.

In der KfW Bankengruppe bestehen ein konzernweit gültiger IKS-Regelkreis sowie konzernweit verbindliche Mindestanforderungen an das IKS. Das IKS des Konzerns orientiert sich dabei an den einschlägigen (bankaufsichts-)rechtlichen⁸⁾ Vorgaben, insbesondere KWG und MaRisk, sowie an einem marktüblichen Standard, dem COSO-Modell⁹⁾.

Entsprechend dem COSO-Modell besteht das IKS aus den fünf Komponenten Kontrollumfeld, Risikobeurteilung, Kontrollaktivitäten sowie Information/Kommunikation und Überwachung/Prüfung, die sich auf alle Unternehmenseinheiten sowie Unternehmensfunktionen und -prozesse des Konzerns erstrecken und die in wechselseitigen Beziehungen zueinander stehen. Das Kontrollumfeld bildet den Rahmen, innerhalb dessen der Konzern Regelungen einführt und anwendet. Im Rahmen der Risikobeurteilung erfolgt die Identifizierung, Analyse und Einschätzung der Risiken, die aus der Umsetzung der Unternehmensstrategie resultieren. Die Kontrollaktivitäten zielen darauf ab, dass die Unternehmensziele effektiv erreicht werden und Risiken aufgedeckt bzw. minimiert werden. Durch eine konsequente Informations- und Kommunikationspolitik im Konzern stehen den Beteiligten die für die zu treffenden Entscheidungen notwendigen Informationen umfassend zur Verfügung. Die Funktionsfähigkeit, Effektivität und Wirksamkeit des IKS wird durch entsprechende Überwachungs- und Prüfungsmechanismen festgestellt.

Grundlage des IKS bildet die schriftlich fixierte Ordnung. Sie setzt in Form verbindlicher Vorgaben den Rahmen für eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation im Konzern.

Aufbauorganisatorische Vorkehrungen und Kontrollen in den Arbeitsabläufen stellen eine prozessintegrierte Überwachung sicher. Die prozessintegrierten Überwachungsmaßnahmen dienen der Vermeidung, Verringerung, Aufdeckung und/oder der Korrektur von Bearbeitungsfehlern oder Vermögensschäden. Vor wesentlichen Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation sowie in den IT-Systemen werden die Auswirkungen der

geplanten Veränderungen auf die Kontrollverfahren und die Kontrollintensität analysiert.

Zur Minimierung des Fehlerrisikos im Einzel- und Konzernabschluss sowie zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen und verlässlichen internen und externen Rechnungslegung hat der Konzern rechnungslegungsbezogene Kontrollen implementiert. Die rechnungslegungsbezogenen Kontrollen sind Bestandteil des IKS.

Die Interne Revision prüft die ordnungsgemäße Durchführung der IKS-relevanten Kontrollen im Rahmen eines IKS-Kontrolltestings.

Das System wird ergänzt durch die Compliance, die auf Basis der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben/Rahmenbedingungen entsprechende Maßnahmen definiert und deren Einhaltung überwacht. Im Rahmen der Compliance-Funktion erfolgt eine regelmäßige prozessorientierte/-begleitende Überwachung der entsprechenden Teile des Internen Kontrollsystems. Des Weiteren werden die Ergebnisse der Risikocontrolling-Funktion (unter anderem OpRisk) berücksichtigt.

Die Angemessenheit und Wirksamkeit des IKS wird zudem von der Internen Revision auf Basis prozessunabhängiger und risikoorientierter Prüfungen beurteilt.

Die detaillierte Umsetzung des IKS in der KfW und den rechtlich selbstständigen Tochtergesellschaften KfW IPEX-Bank und DEG richtet sich nach den zentralen Vorgaben sowie den jeweiligen Geschäftsfeldern und Risikostrategien.

Die Gesamtverantwortung für das Interne Kontrollsystem des Konzerns liegt beim Vorstand. Zudem sind für die KfW IPEX-Bank und DEG die jeweiligen Geschäftsführungen verantwortlich. Die Ausgestaltung und Umsetzung auf den verschiedenen Unternehmensebenen liegt entsprechend der Organisation in der Verantwortung der jeweiligen Führungskräfte. Gegenüber den Aufsichtsorganen im Konzern erfolgt eine jährliche Berichterstattung.

Um die Angemessenheit und Wirksamkeit des IKS zu gewährleisten, werden die gesetzten Standards und Konventionen regelmäßig hinterfragt und kontinuierlich weiterentwickelt. Außerdem wird eine nachhaltige Verankerung in den Bereichen des Konzerns sichergestellt.

⁸⁾ Vgl. §25 a Abs. 1 Nr. 1 KWG, MaRisk AT 4.3, §§289 HGB Abs. 5, 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB, 324 HGB, 264 d HGB

⁹⁾ COSO = „Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission“

Prognose- und Chancenbericht

Der vorliegende Prognose- und Chancenbericht entspricht in Umfang und Inhalt im Wesentlichen dem Konzernprognose- und -chancenbericht, der im Konzernlagebericht veröffentlicht ist. Da die Geschäftsfeld- und Ergebnisplanung auf den KfW-Konzern

ausgerichtet ist, wird auf die Erstellung eines Prognose- und Chancenberichts auf Einzelinstitutsebene verzichtet. Die im Folgenden genannten Planzahlen beziehen sich daher auf den KfW-Konzern.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Entwicklungstrends

Die KfW erwartet für 2017 ein **globales Wachstum** von 3,4% und damit etwas mehr Dynamik als im Jahr 2016.

Ein moderater Aufwärtstrend gilt sowohl für die **Industriestaaten** (Prognose für 2017: 1,7%) als auch die **Entwicklungs- und Schwellenländer** (EL/SL, Prognose 4,6%). In den USA wird sich die Konjunkturdynamik im Vergleich zum Vorjahr voraussichtlich moderat beschleunigen. Demgegenüber dürften sich in Großbritannien verstärkt negative Folgewirkungen des Brexit-Votums zeigen und zu einer merklichen Wachstumsverlangsamung führen. In der Gruppe der EL/SL stabilisiert sich vermutlich 2017 die Lage in den großen Krisenländern Brasilien und Russland, in China setzt sich die graduelle Abkühlung der Konjunktur fort, eine „harte Landung“ ist unwahrscheinlich. Etliche weitere SL und auch viele ärmere EL lassen anhaltend solides Wachstum erwarten. Dieser Weltwirtschaftsausblick unterliegt allerdings deutlichen wirtschaftlichen und geopolitischen Risiken. Eine geldpolitische Wende, wie sie zum Beispiel die US-Notenbank inzwischen betreibt und fortsetzen dürfte, ist mit Anpassungsproblemen verbunden und strahlt auf andere Länder aus. Die Krise im Euroraum ist noch nicht überwunden.

Das Brexit-Votum, die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten und das gescheiterte Referendum in Italien sorgen für Verunsicherung bei Investoren in diesen Ländern, aber auch bei den Handelspartnern. Die Befürworter von Freihandel und Integration geraten in den USA und Europa zunehmend in die Defensive. Ein höheres und nachhaltiges Wirtschaftswachstum erfordert in Industriestaaten und EL/SL mehr Investitionen sowie Struktur-reformen (zum Beispiel Arbeitsmarkt, Wettbewerb, Fiskalpolitik, Infrastruktur, Finanzsektor). Neben diesen wirtschaftlichen Risiken bestehen weiterhin geopolitische Risiken wie militärische Konflikte in vielen Weltregionen und damit zusammenhängend Gefahren des Terrorismus sowie Herausforderungen durch Flüchtlingsströme.

In den Mitgliedsländern der **Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU)** bleibt das Wachstum 2017 stabil, kommt aber über ein mäßiges Tempo nicht hinaus. Die wirtschaftliche Erholung fußt weiterhin auf dem privaten Konsum, der von der verbesserten Lage am Arbeitsmarkt profitiert. Bei der Beschäftigungsquote ist das Niveau von 2008 wieder in Reichweite, allerdings geht der Abbau der Arbeitslosigkeit immer

noch zu langsam vonstatten. Von Seiten der Fiskalpolitik ist allenfalls mit geringen stützenden Impulsen zu rechnen. Trotz erster Schritte hin zur Normalisierung sorgt die expansiv ausgerichtete Geldpolitik für niedrige Finanzierungskosten. Dies und die bereits hohe Kapazitätsauslastung sprächen für eine dynamischere Entwicklung der Unternehmensinvestitionen. Die aus fundamentaler Sicht guten Rahmenbedingungen treffen jedoch auf die oben bereits angerissenen politischen Risiken, die den Planungsprozess der Unternehmen merklich erschweren und eine deutliche Beschleunigung der bereits über Jahre hinweg schwachen Investitionstätigkeit konterkarieren. Insgesamt rechnet die KfW im Jahr 2017 in den Ländern der EWU mit einem Zuwachs des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts von etwa 1,5%. Trotz der intakten Erholung produziert die Wirtschaft der Eurozone damit pro Kopf immer noch weniger als vor zehn Jahren. Das trägt zu politischen Spannungen innerhalb des Währungsraums bei, zumal die Aufholprozesse in den von der Schuldenkrise besonders betroffenen Staaten nur langsam vorstattengehen.

Die konjunkturelle Verfassung der **deutschen Wirtschaft** zu Beginn des Jahres 2017 ist alles in allem gut, zumal wenn man sich die schwierigen internationalen Rahmenbedingungen vor Augen führt. Die Binnennachfrage als wesentlicher Treiber der wirtschaftlichen Dynamik hat noch immer Kraft. Der Konsum dürfte 2017 erneut solide wachsen, da die Erwerbstätigkeit weiter zunimmt. Die steigende Inflationsrate wird allerdings die Reallohndynamik drücken, sodass die Konsumzuwächse voraussichtlich etwas weniger kräftig ausfallen werden als 2016. Das Gleiche gilt der Tendenz nach auch für den Wohnungsbau, bei dem sich die anziehenden Zinsen leicht bremsend auswirken sollten. Die hohe Auslastung der Industriekapazitäten spricht für sich genommen zwar für eine spürbare Ausweitung der Unternehmensinvestitionen. Dennoch dürfte der Anstieg wohl nur gedämpft ausfallen, da die Folgen des Brexit-Votums und der neue handelspolitische Kurs der USA noch nicht zuverlässig abzuschätzen sind. Das Risiko einer künftig weniger offenen Weltwirtschaft erschwert die Investitionsplanung insbesondere in den für Deutschland wichtigen Exportbranchen. Dessen ungeachtet sollten sich die Exporte etwas erholen, nicht zuletzt weil wichtige Schwellenländer wie Brasilien und Russland die Rezession wohl hinter sich lassen können. Alles in allem erwartet die KfW für 2017 ein Realwachstum von 1,3%. Das wäre rund ein halber Prozentpunkt weniger als 2016, wobei der größere Teil des erwarteten Tempo-

verlusts auf erhebliche Schwankungen bei der Arbeitstagezahl zurückzuführen ist. Die Bandbreite der Ende 2016 öffentlich verfügbaren Konjunktüreinschätzungen für das Jahr 2017 reicht von 0,9 bis 1,7%.

Das **Finanzmarktumfeld** bleibt 2017 weiterhin von einer insgesamt sehr expansiven Ausrichtung der Geldpolitik geprägt. Die Europäische Zentralbank wird zwar ab April ihr Wertpapierankaufvolumen von monatlich 80 Mrd. EUR auf 60 Mrd. EUR reduzieren. Sie wird dieses Programm aber bis mindestens Ende 2017 fortführen, was eine weitere deutliche Ausweitung der Zentralbankbilanz impliziert. Auch der negative Einlagensatz wird in der Eurozone vermutlich noch für längere Zeit beibehalten werden. Demgegenüber befindet sich die US-Notenbank bereits seit Ende 2015 im monetären Straffungszyklus. Bislang hat sie die Leitzinsen aber nur sehr moderat erhöht und wird diesen behut-

Risikoseitige Prognose – Risikolage und Risikotragfähigkeit

Aus Risikosicht sind die wirtschaftlichen Entwicklungen für 2017 nach dem Wahlausgang in den USA schwer prognostizierbar: Während für die USA von der versprochenen expansiven Fiskal- und Steuerpolitik der neuen US-Regierung Konjunkturimpulse ausgehen könnten, sind die weltwirtschaftlichen Auswirkungen einer derartigen Veränderung der Wirtschaftspolitik in den USA schwer abzuschätzen. Historische Erfahrungen mit dieser an die sogenannte Reaganomics – Steuersenkungen und Erhöhung der Staatsausgaben – erinnernden Wirtschaftspolitik waren recht ernüchternd und führten zu einer kräftigen Erhöhung der Staatsverschuldung und einem kräftigen Zinsanstieg. Zudem war diese Phase durch eine starke Volatilität des US-Dollar geprägt. Hinzu kommt, dass bei konsequenter Umsetzung der verkündeten protektionistischen Außenwirtschaftspolitik mittelfristig das Konfliktpotenzial auch in anderen Bereichen der internationalen Zusammenarbeit (zum Beispiel Umwelt, Sicherheit) zunimmt. Betroffen von Handelsrestriktionen wären in erster Linie die NAFTA-Partner Mexiko und Kanada, aber auch China und die Eurozone (insbesondere Deutschland). Insgesamt ergibt sich somit grundsätzlich das Potenzial für neue weltwirtschaftliche Turbulenzen.

Die Wachstumsaussichten für die **Industrielländer** für 2017 bleiben insbesondere aufgrund anhaltender struktureller Probleme in der Eurozone durchwachsen. Die Konjunkturdynamik in Großbritannien wird aller Voraussicht nach vor dem Hintergrund der Brexit-Perspektive nachlassen. Die Wachstumsaussichten für Japan bleiben auf niedrigem Niveau. In der Gruppe der **Schwellenländer**, von denen einige große Länder, wie zum Beispiel China, Mexiko, Nigeria und Südafrika, im Jahr 2016 teilweise deutliche Rückgänge ihres Wachstums sowie Abwertungen ihrer Währungen hinnehmen mussten, bleibt die Anfälligkeit für neue Schocks unverändert hoch. Hinzu kommt, dass nach wie vor ein beträchtliches Rückschlagpotenzial durch geopolitische Spannungen oder erneute Unruhe an den **Finanzmärkten** besteht. Entsprechend bleiben die Risiken für die Weltkonjunktur weiterhin signifikant.

Wie bereits im vergangenen Jahr wird auch 2017 das anhaltende Niedrigzinsniveau Druck auf die Profitabilität des **deutschen**

samen Kurs voraussichtlich auch 2017 fortsetzen. Vor diesem Hintergrund bleibt das Zinsanstiegspotenzial insbesondere in der Eurozone begrenzt.

Für Unruhe an den Finanzmärkten könnten 2017 erneut politische Ereignisse sorgen. Neben wichtigen Wahlentscheidungen in einigen Euro-Mitgliedsländern und dem wahrscheinlichen Beginn der Verhandlungen über den EU-Austritt Großbritanniens besteht zu Jahresbeginn 2017 insbesondere bezüglich des wirtschaftspolitischen Kurses des neuen US-Präsidenten erhebliche Unsicherheit. Im Falle starker fiskalpolitischer Impulse und damit einhergehend deutlich anziehender Inflationserwartungen könnte sich die US-Notenbank zu schnelleren und stärkeren Zinsstrafungen veranlasst sehen als von den meisten Finanzmarktteilnehmern derzeit angenommen – mit entsprechend negativen Implikationen für Drittländer und für die Finanzmärkte.

Bankensektors ausüben und vor allem Banken mit stark zinsabhängigen Geschäftsmodellen vor zunehmende Herausforderungen stellen. Der hohe Margendruck, neue Wettbewerber (wie Fintechs) und steigende regulatorische Anforderungen werden die Banken zu weiteren Kosteneinsparungen veranlassen und könnten den Konsolidierungsprozess beschleunigen. Die **Kapitalisierung der EU-Banken** hat sich in den letzten Jahren stetig verbessert. Trotzdem weisen Banken in den südeuropäischen Staaten eine unterdurchschnittliche harte Kernkapitalquote (CET1-Quote) aus, sodass für diese die Kapitalstärkung auch 2017 von hoher Bedeutung sein wird. Auch in den kommenden Jahren werden durch die Basel III-Umsetzung, die Erfüllung von **Total Loss Absorbing Capacity/Minimum Requirement for Eligible Liabilities** (TLAC/MREL) sowie die neuen, vor allem die Berechnung der Risikoaktiva betreffenden Anforderungen (Basel IV) viele Banken, insbesondere die nordischen, deutschen, niederländischen und Schweizer Institute, voraussichtlich mit weiter steigenden Eigenmittelanforderungen konfrontiert. Die Unsicherheitsfaktoren bleiben insgesamt für die **europäischen Banken** 2017 signifikant. Neben der noch nicht gelösten Bankenkrise in Italien können auch die Wahlausgänge in den Niederlanden, Frankreich oder Deutschland sowie die Verhandlungen mit Großbritannien (Brexit) die Finanzmärkte und damit auch die Banken belasten. Für den **US-amerikanischen Bankenmarkt** fällt der Ausblick 2017 positiv aus, da sich die Ertragskraft infolge weiterer Leitzinserhöhungen der Fed, eines fortgesetzten Kreditwachstums sowie erwarteter Erleichterungen bei der Bankenregulierung verbessern dürfte. Die Kehrseite höherer Zinsen in den USA sowie einer weiteren möglichen Aufwertung des US-Dollar werden jedoch einige **Bankenmärkte in den Entwicklungs- und Schwellenländern** zu spüren bekommen. Dies betrifft einerseits Länder, die auf ausländische Refinanzierung angewiesen sind, wie beispielsweise die Türkei, aber auch Länder, in denen Banken einen Großteil ihrer Kredite in US-Dollar vergeben haben, wie einige Länder der GUS und einzelne Länder Lateinamerikas.

Für den deutschen **Unternehmenssektor** wird für 2017 vor dem Hintergrund einer stabilen Binnennachfrage und anziehender

Exporte eine positive Gesamtentwicklung erwartet. Aufgrund ungewisser politischer Entwicklungen vor allem in Europa und den USA bestehen allerdings auch hier erhöhte Unsicherheiten.

Auf dem deutschen **Beteiligungsmarkt** hat sich die positive Stimmung nach einer kurzzeitig verhalteneren Phase nun auf hohem Niveau gefestigt. Sowohl das Fundraising- als auch das Exitklima gestalten sich gut. Die Private-Equity-Szene profitiert von dem anhaltenden Niedrigzinsumfeld und dem dadurch ungebrochenen Investoreninteresse an alternativen Finanzanlagen. Die Bundesregierung setzt zusätzlich Signale zur Verbesserung der politischen und steuerlichen Rahmenbedingungen, sodass auch für das Jahr 2017 der Marktausblick freundlich erscheint. Eine Eintrübung könnte sich allerdings je nach Entwicklung des allgemeinen politisch-wirtschaftlichen Umfeldes ergeben.

Die Performance europäischer **Verbriefungen** wird trotz verschiedener Unsicherheiten im politisch-wirtschaftlichen Umfeld auch 2017 stabil auf gutem Niveau erwartet. Grund dafür sind die belastbar abgesicherten Strukturen, auch der Verbriefungen aus Süd- und Südwesteuropa.

Aus den erwarteten Entwicklungen in den risikorelevanten Segmenten des KfW-Konzerns werden insgesamt keine materiellen Auswirkungen auf die Risikolage erwartet.

Neugeschäftsplanung

Überblick

Für das Jahr 2017 plant die KfW Bankengruppe ein **Fördervolumen** in Höhe von 75,5 Mrd. EUR. Darin reflektiert ist zum einen die Fortsetzung eines moderaten Wachstumskurses der Auslandsgeschäftsfelder, zum anderen eine stabile Inlandsförderung auf hohem Niveau. Der Rückgang im Vergleich zum Jahr 2016 geht auf Sonderfaktoren zurück, die im Jahr 2016 insbesondere in den Förderschwerpunkten Wohnen und Infrastruktur im Geschäftsfeld Kommunal- und Privatkundenbank/Kreditinstitute zu einem höheren Zusagevolumen führten. Zur Umsetzung des Strategischen Zielsystems des KfW-Konzerns enthalten die Pläne der Geschäftsfelder Maßnahmen zur strategischen Fokussierung auf Förderqualität und eine Ausrichtung der Geschäftsaktivitäten entlang der thematischen Schwerpunkte „Klimawandel & Umwelt“, „Globalisierung & technischer Fortschritt“ und „Demografische Entwicklung“. Durch ihre Förderung unterstützt die KfW die digitale Transformation der Wirtschaft. Mit einem geplanten Anteil der Klima- und Umweltschutzfinanzierungen am Fördervolumen von 35% wird die Vorgabe des Strategischen Zielsystems (rund 35%) erreicht. Die Mittelstandsquote entwickelt sich weiterhin stabil, hier wird ein Anteil der geplanten Mittelstandsfinanzierungen an der inländischen Förderung von 45% auf dem Niveau des Strategischen Zielsystems (rund 45%) erwartet. Im inländischen Fördergeschäft wird der Fokus weiterhin auf der Mittelstandsfinanzierung und der Sicherung der Zukunftsfähigkeit von Unternehmen liegen. Die internationalen Geschäftsbereiche der KfW verstetigen ihren mittelfristigen Wachstumskurs zur Unterstützung der Internationalisierung deutscher Unternehmen im Rahmen der Globalisierung.

Die im Rahmen des internen Kapitaladäquanzprozesses erstellten Prognosen der **(harten) Kern- und Gesamtkapitalquote des KfW-Konzerns** zeigen, dass die für 2017 erwarteten aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen deutlich erfüllt werden.

Für die Ökonomische Risikotragfähigkeit (Solvenzniveau 99,99%) des Konzerns wird im Geschäftsjahr 2017 insgesamt eine stabile Entwicklung erwartet.

Sich gegebenenfalls ändernde wirtschaftliche, politische sowie (aufsichts-)rechtliche Rahmenbedingungen können einen deutlichen Einfluss auf die Kapitalquoten und die Ökonomische Risikotragfähigkeit haben. Die Prognosen für das Jahr 2017 sind daher mit erheblicher Unsicherheit verbunden.

Das Jahr 2016 wies eine stabile **Liquiditätssituation** auf. Das Refinanzierungsvolumen entsprach den Planwerten. Der Refinanzierungsbedarf 2017 liegt bei circa 75 Mrd. EUR aufgrund geringerer liquiditätswirksamer Rückflüsse sowie gegenüber 2016 gestiegener Mittelabflüsse über dem Vorjahresniveau. Die außerplanmäßigen Tilgungen werden vermutlich auf hohem Niveau verharren. Aufgrund der weiterhin stabilen Refinanzierungssituation werden keine signifikanten Veränderungen des Liquiditätsrisikos erwartet.

Inlandsgeschäft

Im Inlandsgeschäft unterstützt die KfW die Wirtschaft in Deutschland mit den Förderprogrammen der Geschäftsfelder Mittelstandsbank und Kommunal- und Privatkundenbank/Kreditinstitute. Hier fördert sie Investitionen von Privatpersonen, Unternehmen, Städten, Gemeinden sowie gemeinnützigen und sozialen Organisationen.

Die **Mittelstandsbank** sieht sich auch in Zukunft als verlässlicher und umsetzungstarker Partner des deutschen Mittelstands, der Ministerien sowie der Finanzierungspartner. Durch die günstige, langfristige Finanzierung von Investitions- und Gründungsvorhaben sowie Unternehmensnachfolgen leistet sie einen mittelbaren Beitrag zum Erhalt der Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen. Die Neuausrichtung der Beteiligungsfinanzierung wurde mit Etablierung der ERP-Venture Capital-Fondsinvestments und Aufnahme der operativen Geschäftstätigkeit des Co-Investitionsfonds coparion erfolgreich umgesetzt. Mit mehr als 40% ihres Zusagevolumens bleibt die Mittelstandsbank ein wichtiger Finanzierungspartner im Bereich Klima- und Umweltschutz, insbesondere im Rahmen der Energiewende. Bis Ende 2016 war der 2011 aufgelegte KfW-Aktionsplan Energiewende mit einem Finanzierungsvolumen von insgesamt über 100 Mrd. EUR erfolgreich umgesetzt. Bereits 2016 wurde durch die Einführung des Programmteils „Abwärme“ im Bereich der Energieeffizienz sowie durch die Erweiterung der Produktgruppe Erneuerbare Energien um neue Verwendungszwecke (insbesondere Flexibilisierung des Stromsystems, Digitalisierung der Energiewende) das Förderangebot in diesem Bereich nochmals deutlich verbessert. Für die

Mittelstandsbank sind die folgenden Marktentwicklungen wesentliche externe Einflussfaktoren:

1. Die erwartete weiter andauernde Niedrigzinsphase wird den Banken weiterhin eine gute Liquiditätsausstattung ermöglichen.
2. Die Digitalisierung verändert die ökonomischen Rahmenbedingungen für den Mittelstand nachhaltig (Industrie 4.0). Innovationsfähigkeit und -geschwindigkeit sind damit weiterhin wesentliche Erfolgsfaktoren für Unternehmen und Volkswirtschaften in Deutschland und bleiben primärer förderpolitischer Fokus der Bundesregierung (unter anderem „Digitale Strategie 2025“, „Hightech-Strategie“ der Bundesregierung).
3. Die Unterstützung der Energiewende ist als eines der zentralen wirtschafts- und umweltpolitischen Vorhaben der Bundesregierung weiterhin von hoher Relevanz. Die Dringlichkeit, die politisch gesetzten Ziele zur Treibhausgasreduktion zu erreichen, wurde mit dem Bekenntnis der Bundesregierung zum Pariser Klimaschutzabkommen nochmals bestärkt. Der Bereich der Klima- und Umweltschutzfinanzierungen ist dabei weiterhin stark von regulatorischen Rahmenbedingungen auf nationaler und europäischer Ebene geprägt.

Für 2017 plant die Mittelstandsbank mit einem Fördervolumen von insgesamt 20,7 Mrd. EUR die Förderung auf dem Niveau von 2016 fortzuführen. Dabei stehen folgende Weiterentwicklungen im Vordergrund:

- Die relevanten Energie- und Umweltprodukte werden im KfW-Aktionsplan Energiewende gebündelt und vermarktet.
- Das Produktangebot in der Beteiligungsfinanzierung mit den drei Säulen High-Tech Gründerfonds, ERP-Venture Capital-Fondsinvestments und dem Co-Investitionsfonds coparion wird verstetigt.
- Im Kontext der Erweiterung der Förderangebote für „Digitalisierung/Industrie 4.0“ erfolgt eine Ausrichtung der Innovationsförderung auf den Zukunftstrend Digitalisierung.
- Als zentrales mittelfristiges strategisches Ziel der Mittelstandsbank wird die konsequente Digitalisierung des Fördergeschäfts in allen Dimensionen (Produkte, Vertrieb, Prozesse) angestrebt. Seit Mitte 2016 erfolgt dazu der Einstieg in die vollständige digitale Beantragung und Zusage gewerblicher Förderprodukte mit Öffnung der Vertriebsplattform „BDO 2.0“ für die ersten Produkte sowie einem Pilot-Vertriebspartner. 2017 wird sukzessive auf weitere Vertriebspartner und Produkte in der Bankendurchleitung erweitert.

Die **Kommunal- und Privatkundenbank/Kreditinstitute** fokussiert ihre Förderaktivitäten weiterhin auf die beiden Megatrends „Klimawandel & Umwelt“ und „Demografische Entwicklung“. Ziel ist die Beibehaltung hoher Förderanteile innerhalb dieser Megatrends und eines hohen Niveaus der Förderqualität der Förderprodukte.

Langfristiges Ziel des Geschäftsfelds neben der Fokussierung auf Privatkunden bleibt zudem, verlässlicher Partner der Kommunen und kommunalnahen Unternehmen sowie der Landesförderinstitute (LFI) zu sein. Zudem wird die große Bedeutung der Kundengruppe Mittelstand insbesondere durch die Unterstützung von Leasinginvestitionsfinanzierungen adressiert. Im Geschäft mit Privatkunden führen vier wesentliche Faktoren auf mittlere Sicht zu anhaltend hoher Nachfrage:

1. Das anhaltend niedrige Zinsniveau und steigende Einkommen begünstigen Investitionen in Wohnimmobilien.
2. Klimawandel und Energiewende wirken nachfragestärkend in den wohnwirtschaftlichen Programmen für Energieeffizientes Bauen und Sanieren.
3. Die demografische Entwicklung erfordert zunehmende Investitionen für die bedarfsgerechte Entwicklung von Wohnraum.
4. Die Erhöhung der Bildungsintensität und die Qualifizierung von Fachkräften führen zu einer Aufrechterhaltung des Förderbedarfs in Bildungsprogrammen für Schüler, Studenten und Berufsqualifizierer.

Insbesondere die Programme zum Energieeffizienten Bauen und Sanieren positionieren die KfW als zentralen Förderer von Umweltschutz für Privatkunden und Standardsetzer für Energieeffizienz in Wohngebäuden. Das strategische Ziel „Demografische Entwicklung“ wird im Rahmen der Förderaktivitäten durch Programme zum barriere-reduzierenden Umbau von Bestandsimmobilien sowie durch ein verlässliches und kundenorientiertes Angebot zur Finanzierung von Wohneigentum verfolgt. Zudem wird dieses strategische Ziel über die Weiterführung des seit zehn Jahren am Markt erfolgreich etablierten Studienkredits sowie flankierender Bildungsangebote zur schulischen und beruflichen Qualifizierung unterstützt. Die beiden Basisprogramme „IKK – Investitionskredit Kommunen“ und „IKU – Investitionskredit Kommunale und Soziale Unternehmen“ dienen dazu, die KfW als verlässlichen Partner der Kommunen und kommunalnahen Unternehmen zu positionieren. Als Finanzierungspartner der LFI will das Geschäftsfeld das Geschäftsvolumen der programm-basierten Globaldarlehen auf dem bestehenden hohen Niveau sichern. Auch in der „Allgemeinen Refinanzierung“ soll das Geschäftsvolumen auf hohem Niveau beibehalten werden. Die klassische inländische Förderung des Geschäftsfelds wird aufgrund der großen Bedeutung der KfW-Kundengruppe „Mittelstand“ im Wesentlichen durch Globaldarlehen für Leasing-Finanzierungen und Globaldarlehen an europäische Geschäfts- und Förderbanken für KMU- bzw. Energieeffizienzfinanzierungen ergänzt.

Nach der Automatisierung der Online-Antragsbearbeitung („BDO 2.0“) für wohnwirtschaftliche Förderprogramme wird die Digitalisierungsstrategie weiter vorangetrieben, insbesondere durch den sukzessiven Ausbau des neu eingeführten Zuschussportals der KfW.

Die Kommunal- und Privatkundenbank/Kreditinstitute plant für das Jahr 2017 ein Fördervolumen in Höhe von 28,5 Mrd. EUR.

Finanzmärkte

Das Geschäftsfeld **Finanzmärkte** unterstützt mit Investitionen in Verbriefungstransaktionen die Verbesserung der Kreditversorgung über Kapitalmarktinstrumente. So leistet die KfW einen Beitrag zur Diversifizierung und Stabilisierung der Refinanzierungsmöglichkeiten mittelständischer Unternehmen in Deutschland und Europa. Für 2017 sind Investitionen in Höhe von rund 1,3 Mrd. EUR geplant, davon bis zu 500 Mio. EUR mit europäischem KMU-Bezug. Unter Federführung von KfW und Europäischem Investitionsfonds (EIF) wurde 2016 mit weiteren nationalen Förderinstitutionen (National Promotional Institutes, NPI) aus euro-

päischen Ländern die „EIF-NPI Securitisation Initiative“ (ENSI) gegründet. Sie hat das Ziel, durch gemeinsame Beteiligungen an Verbriefungstransaktionen den Markt zu revitalisieren und somit die Refinanzierungsmöglichkeiten für mittelständische Unternehmen in Europa zu verbessern. Die Zusammenarbeit von KfW mit EIF und nationalen Förderinstitutionen wird im kommenden Jahr im Rahmen von ENSI weiter intensiviert. Über ENSI soll zukünftig die kapitalmarktgestützte Mittelstandsfinanzierung im Sinne des Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (sogenannter „Juncker-Plan“) gestärkt werden.

Unter dem im Frühjahr 2015 durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit erteilten Förderauftrag wird durch den Ankauf von Green Bonds ein Beitrag zur Finanzierung geeigneter Klima- und Umweltschutzprojekte sowie zur Weiterentwicklung des Green-Bond-Marktes geleistet. In den nächsten zwei bis drei Jahren ist geplant, das Green-Bond-Portfolio auf ein Volumen von 1 Mrd. EUR auszubauen. Für 2017 sind Neuinvestitionen in Höhe von rund 300 Mio. EUR vorgesehen.

Für das Geschäftsjahr 2017 plant das Geschäftsfeld Finanzmärkte ein Fördervolumen in Höhe von insgesamt 1,6 Mrd. EUR.

Auslandsgeschäft

Ziel des Geschäftsfeldes **Export- und Projektfinanzierung** ist es weiterhin, als Spezialfinanzierer und verlässlicher Partner die deutsche und europäische Wirtschaft zu stärken. Die wirtschaftliche Entwicklung in den für das Geschäftsfeld wesentlichen Märkten in Deutschland ist solide und in den OECD-Staaten insgesamt befriedigend. In den relevanten Entwicklungs- und Schwellenländern zeigen sich wenige Regionen mit Wachstumspotenzial, zum Beispiel Indonesien, Länder der Andenregion und Mexiko. Herausforderungen zeigen sich in wichtigen Märkten wie Brasilien, Russland und Türkei. Insgesamt besteht ausreichend Potenzial für deutsche und europäische Exporteure und Unternehmen, die in ihre Wettbewerbsfähigkeit investieren, und damit gibt es auch Ansätze für das Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung. Das Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung (das heißt sowohl das Fördergeschäft in der Bilanz der KfW als auch das Marktgeschäft der Tochter KfW IPEX-Bank) ist auf die nachhaltige Unterstützung der deutschen und europäischen Wirtschaft mittels Export- und Projektfinanzierung zum Erhalt und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Internationalisierung ausgerichtet. Zur Erreichung der strategischen Ziele verfolgt das Geschäftsfeld einen kontinuierlichen Ausbau seiner Strukturierungskompetenz. Konkret werden hier strategische Optionen geprüft und weiterentwickelt, um den Kunden marktgerechte Produkte zu wettbewerbsfähigen Konditionen anzubieten. Dazu gehören eigenkapitalschonende Produkte wie „Private Risk Insurance“ (PRI), die Übernahme ausgewählter Rollen bei Kapitalmarktgeschäften wie Project Bonds und strukturierten Corporate Bonds sowie das Ausplatzen großer selbst strukturierter Finanzierungen. Zur nachhaltigen Stabilisierung der Erträge kommt der weiteren Verbesserung der Risikodiversifizierung hohe Bedeutung zu. Schwerpunkte bilden dabei die stärkere Fokussierung des Vertriebs auf Risikogewichtete Aktiva-schonendes Geschäft und die Prüfung des verstärkten Einsatzes von Absicherungsinstrumenten und Risikoausplatzierungen (PRI und Syndizierung) sowie die ver-

stärkte Identifizierung und Steuerung verdeckter Konzentrationsrisiken (Fokus-Portfolios). Insgesamt soll dies zu weniger volatilen und begrenzten Risikokosten führen. Zur kontinuierlichen Weiterentwicklung des Geschäftsfelds sind darüber hinaus diverse Projekte in der strategischen Initiative IPEXnext gebündelt. Nach der Normalisierung der Zusageentwicklung 2016 plant das Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung in Fortsetzung seines vom Vorstand verabschiedeten Wachstumskurses für das Geschäftsjahr 2017 ein Fördervolumen von 15,9 Mrd. EUR.

Im Geschäftsfeld **Förderung Entwicklungs- und Schwellenländer** sind die Geschäftsaktivitäten der KfW Entwicklungsbank und der DEG zusammengefasst.

Die **KfW Entwicklungsbank** erwartet auch in den kommenden Jahren eine dynamische Geschäftsentwicklung: Vor dem Hintergrund einer positiven Konjunkturerholung in Deutschland, im Flüchtlings- und Krisenkontext sowie angesichts des anhaltenden Bedarfs in der Klimafinanzierung wird der hohe deutsche ODA-Beitrag (Official Development Assistance) fortgesetzt. Schwerpunkte sind die Themenbereiche Krise/Flucht, Berufsbildung/Beschäftigung, Klimafinanzierung und Stadtentwicklung. Im Rahmen des Flüchtlings- und Krisenkontextes hat die EU-Kommission einen EU-externen Investitionsplan zur Bekämpfung von Migrationsursachen angekündigt.

Neben den Ergebnissen des Klimagipfels 2015 sowie deren Konkretisierung und Operationalisierung bei der diesjährigen COP 22 wird die Implementierung der ambitionierten „Sustainable Development Goals“ (SDG) in Zukunft das Geschäftsmodell von bi- und multilateralen Entwicklungsbanken als wesentliche Quellen von Finanzierung und Know-how stärken. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an die Wirkungsberichterstattung, um Fortschritte messbar zu machen. Die meisten Entwicklungsbanken – allen voran die Asian Development Bank (ADB), die Agence Française de Développement (AFD) und die Weltbank – steigern ihre Finanzierungsvolumina und bauen ihre Kooperationen mit regionalen und nationalen Entwicklungsbanken besonders in Afrika weiter aus. Flankiert durch die Aufnahme der Geschäftstätigkeit der Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) und New Development Bank (NDB) können diese neuen Akteure und Allianzen die Wachstumsziele unterstützen, erhöhen parallel aber auch die Gefahren eines Abwärtswettklaufs bei der Qualität von Projekten. Komplementär dazu differenzieren die Entwicklungsbanken ihre Produkte (zum Beispiel Non-sovereign Loans, Lokalwährungsfinanzierungen, eigene Garantiemechanismen) und streben eine wachsende Rolle der Privatwirtschaft in der Entwicklungszusammenarbeit an. Zur Unterstützung des Bundes beim Ausbau und bei der internationalen Positionierung der deutschen Finanziellen Zusammenarbeit will die KfW Entwicklungsbank die zusätzlichen Haushaltsmittel zügig umsetzen und das Fördervolumen entsprechend steigern. Dabei wird sie ihre internationale Klimafinanzierung unter anderem mit der Umsetzung neuer innovativer Förderansätze (zum Beispiel Klimarisikoversicherungen) und der Weiterentwicklung des Klimaanpassungs-Portfolios (zum Beispiel im Wassersektor oder in der Stadtentwicklung) weiter ausbauen. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit Schwellenländern stehen Finanzierung und Technologietransfer zugunsten des Klimaschutzes im Fokus.

Die KfW strebt an, die Zusammenarbeit mit strategischen Partnern gezielt auszubauen. Im Rahmen des von der EU initiierten „External Investment Plan“ hat die KfW in enger Kooperation mit bilateralen europäischen Förderinstituten (zum Beispiel AFD) maßgebliche Vorschläge eingebracht, unter anderem zur Entwicklung eines europäischen Besicherungsinstruments. Neben einer intensiven Zusammenarbeit im europäischen Kontext werden ausgewählte Kooperationen mit relevanten internationalen Akteuren umgesetzt.

Die KfW Entwicklungsbank leistet einen signifikanten Beitrag zur Bewältigung der Flüchtlingskrise mit direkten Auswirkungen auf Deutschland durch die Umsetzung von Projekten in Krisengebiete

Refinanzierungsplanung

Die KfW begibt als eine der größten nicht-staatlichen Emittentinnen Anleihen weltweit und verfügt mit der expliziten, direkten Garantie des Bundes über eine erstklassige Kreditqualität. Mit einer gut diversifizierten und langfristig ausgerichteten Refinanzierungsstrategie ist die KfW am **Kapitalmarkt** stabil aufgestellt. Sie genießt einen exzellenten Ruf bei den internationalen Marktteilnehmern und kann flexibel auf sich schnell ändernde Marktgegebenheiten reagieren. Mit dieser exponierten Stellung wird die KfW auch in Zukunft sehr verantwortungsvoll und behutsam umgehen, um die Refinanzierung des KfW-Fördergeschäfts sicherzustellen. Für die beiden kommenden Jahre rechnet die KfW mit einem Refinanzierungsvolumen auf hohem Niveau. Das Refinanzierungsvolumen über die Kapitalmärkte wird 2017 bei circa 75 Mrd. EUR liegen.

Ergebnisplanung

In der aktuellen Ergebnisplanung für den Konzern geht die KfW für das Jahr 2017 aufgrund der erwarteten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen von einem Konzerngewinn vor IFRS-Effekten von circa 1 Mrd. EUR aus. Das erwartete Ergebnis liegt damit auf dem Niveau der strategischen Zielgröße. Die Beiträge aus dem Zinsüberschuss und dem Provisionsüberschuss (jeweils vor Förderleistung) bewegen sich wie in den Vorjahren auf hohem Niveau. Allerdings kann das andauernde Niedrigzinsumfeld das Potenzial für zusätzliche Ergebnisbeiträge aus Zins- und Liquiditätsfristentransformation einschränken und in den Folgejahren den Gesamtzinsüberschuss dadurch zunehmend belasten.

Der geplante Verwaltungsaufwand für das Jahr 2017 steigt im Vergleich zum Wert aus 2016 moderat an. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf Kostenanstiege aus Modernisierung und Regulatorik, das Wachstum in den Auslandsgeschäftsfeldern sowie tariflich bedingte Personalkostensteigerungen zurückzuführen. Dadurch verändert sich die erwartete Cost-Income-Ratio (CIR) vor Förderleistung nur gering.

ten sowie durch die Minderung der Folgen aus Klimaveränderung, Globalisierung und demografischer Entwicklung.

Die KfW Entwicklungsbank plant für 2017 ein Zusagevolumen von 7,2 Mrd. EUR.

Privatisierungsgeschäfte mit dem Bund

Im Zuge der **Privatisierungsgeschäfte** des Bundes ist die KfW auch im Jahr 2017 grundsätzlich darauf vorbereitet, weitere Privatisierungstransaktionen unter Berücksichtigung der jeweiligen Marktbedingungen und strategischer Vorgaben des Bundes durchzuführen.

Die Emissionsstrategie der KfW basiert auf verlässlichem und vorausschauendem Handeln unter Berücksichtigung der Investorenbedürfnisse und Marktgegebenheiten. Die KfW richtet ihr Angebot und die Produktvielfalt im Emissionsgeschäft an den Bedürfnissen der Nachfrageseite aus und trifft damit auf eine gute Resonanz bei Investoren weltweit. Die drei wichtigsten Säulen der KfW-Refinanzierungsstrategie bleiben unverändert hochliquide Benchmark-Anleihen in Euro und US-Dollar, öffentliche Anleihen und Privatplatzierungen. Die Nachhaltigkeitsstrategie im Kapitalmarkt wird auch zukünftig konsequent durch die Emission von „Green Bonds – Made by KfW“ in verschiedenen Währungen fortgeführt. Nach der erfolgreichen Rückkehr an den Kapitalmarkt mit einer Anleihe-Emission in Singapur-Dollar und in Hongkong-Dollar im Jahr 2016 erhofft sich die KfW neue Impulse durch weitere Emissionen in Lokalwährungsmärkten.

Ergebnismindernd wirken die im Plan angesetzten Standardrisikokosten, die als langjähriger historischer Durchschnitt für das Jahr 2017 deutlich höher ausfallen als der tatsächliche Risikovorsorgeaufwand im Jahr 2016. Sofern die Marktgegebenheiten es zulassen, erwartet die KfW auch im Jahr 2017 eine Förderleistung, die sich annähernd auf dem alten Planniveau bewegt.

Das Geschäftsmodell der KfW ist mittel- bis langfristig ausgerichtet, insbesondere die Erträge aus dem Kreditgeschäft (Zinsmargen und Provisionsüberschüsse) sind sehr stabil. **Chancen und Risiken** für den Konzerngewinn können sich vor allem für das Dispositionsergebnis aus abweichenden Marktbedingungen in Verbindung mit der Positionierung der KfW sowie für die Bewertungen aus einer von der Planannahme abweichenden Risikovorsorge und aus temporären Ergebniseffekten aus der Bewertung von wirtschaftlich effektiven Sicherungszusammenhängen (IFRS-bedingte Ergebniseffekte) ergeben. Letztere sind ökonomisch nicht begründet und werden aus diesem Grund auch nicht explizit geplant.

Personalstrategie/Entwicklung Personalbestand

Eine wichtige Voraussetzung zur Umsetzung der Geschäftsstrategie ist eine adäquate **Personalausstattung**. In der KfW wird die kurz- und mittelfristige Planung perspektivisch ergänzt durch eine strategische Personalplanung. Diese ist derzeit insbesondere für die strategischen Großprojekte in Entwicklung und hat das Ziel, absehbar notwendige Veränderungen der Belegschaft hinsichtlich Qualifikation frühzeitig zu erkennen und geeignete Maßnahmen zur Kompensation dieser Effekte einzuleiten (zum Beispiel gezielte Umschulung der von einem Abbau betroffenen Mitarbeiter).

Im Hinblick auf den demografischen Wandel und die Situation auf dem Arbeitsmarkt, die auch die KfW betreffen, wird durch die Spezialisierung des Recruitings die Voraussetzung geschaffen, auch zukünftig – sofern erforderlich – Personalbedarf von extern zu decken. Um Bedarfsänderungen bei bestehenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gerecht zu werden, ist eine der Kernaufgaben der **Personalentwicklung** das ganzheitliche Talent- und Kompetenzmanagement. Dazu gehören neben den bestehenden Formaten zu Auswahl und Entwicklung von Füh-

Digitalisierung als Chance

Die **Digitalisierung** der Wirtschaft ist ein Treiber von Produktivität, Innovationen und neuen Geschäftsmodellen. Gleichzeitig stellt sie Unternehmen und Politik vor große Herausforderungen. Damit die digitale Wende gelingt, bedarf es Investitionen in die digitale Infrastruktur, adäquate Datensicherheits- und Datenschutzkonzepte und entsprechende Qualifikationen bei den Beschäftigten. Einerseits unterstützt die KfW durch ihre Förderung die digitale Transformation der Wirtschaft, andererseits ist durch den Trend zur Digitalisierung schon heute und in Zukunft noch deutlicher das Bankenumfeld – darunter auch die KfW mit ihrem einzigartigen Geschäftsmodell – von erheblichen Veränderungen

berührungskräften auch die Ausweitung der Talentdefinition und damit des Nachfolge-Managements auf Ebene der Spezialisten, neue Laufbahnmodelle wie zum Beispiel für Projektleiterinnen und Projektleiter sowie das bereits bestehende umfangreiche Weiterbildungsangebot. Mit einem professionalisierten und erweiterten Angebot an Changemanagement begleitet der Personalbereich die zahlreichen tiefgreifenden, unter anderem durch die Digitalisierung des Arbeitsumfelds getriebenen Veränderungsprozesse und Großprojekte der Bank.

Die KfW unterstützt ihre Mitarbeiter im Sinne von Gender Balance insbesondere bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, aber auch bei einer flexiblen Gestaltung der Arbeitszeit. Diversity wird als neuer Schwerpunkt in den nächsten Jahren aufgenommen.

Zum 01.01.2017 wurde der Bereich Human Resources (HR) neu ausgerichtet mit dem wesentlichen Ziel einer zukunftsgerichteten Leistungserbringung, ausgerichtet an der KfW-Strategie, den Anforderungen der Kunden des Bereichs HR und der Wettbewerbssituation am Markt.

betroffen. Die KfW hat frühzeitig die Notwendigkeit erkannt, die digitale Transformation der KfW zielgerichtet überall dort voranzutreiben, wo sich für die KfW ein strategischer und/oder quantifizierbarer Nutzen ergibt. Hierzu wurde 2016 ein „Digital Office“ geschaffen, das die Aufgabe hat, die digitale Transformation in der KfW kontinuierlich weiterzuentwickeln, ein breites technologisches Verständnis von Digitalisierung zu schaffen und den notwendigen kulturellen Wandel voranzutreiben. Zur Steigerung der Innovationskraft im digitalen und nicht-digitalen Bereich sowie zur aktiven Vernetzung nach außen wurde zudem das „Innovation Lab“ geschaffen.

Erklärung zur Unternehmensführung

Der Vorstand und der Verwaltungsrat der KfW haben beschlossen, die Grundsätze des Public Corporate Governance Kodex des Bundes (PCGK) für die KfW anzuerkennen. Die Entsprechenserklärung zur Einhaltung der Empfehlungen des PCGK enthält der Corporate Governance Bericht der KfW.

»» Jahresabschluss der KfW 2016

Jahresabschluss

Bilanz der KfW zum 31.12.2016

Aktivseite

	Anhang	31.12.2016				31.12.2015
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Mio. EUR
Barreserve						
a) Kassenbestand				178		0
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken				11.571.344		460
<i>darunter: bei der Deutschen Bundesbank</i>		11.571.344				(460)
				11.571.522		460
Forderungen an Kreditinstitute	(2)					
a) täglich fällig				2.934.744		7.519
b) andere Forderungen				301.739.319		298.560
				304.674.063		306.078
Forderungen an Kunden	(3)					105.991
<i>darunter: durch Grundpfandrechte gesichert</i>						
Kommunalkredite		73.488.504				(81.119)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	(4), (9)					
a) Geldmarktpapiere						
aa) von öffentlichen Emittenten				0		0
<i>darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank</i>		0				(0)
ab) von anderen Emittenten			1.246.679	1.246.679		1.149
<i>darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank</i>		0				(35)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen						
ba) von öffentlichen Emittenten			6.247.089			6.182
<i>darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank</i>		6.083.331				(6.150)
bb) von anderen Emittenten			21.913.559	28.160.648		21.055
<i>darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank</i>		17.631.253				(17.149)
c) eigene Schuldverschreibungen				9.067.313		9.717
Nennbetrag		9.674.134				(10.316)
				38.474.640		38.104

Aktivseite

	Anhang	31.12.2016				31.12.2015
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Mio. EUR
Beteiligungen	(5), (7), (9)				1.044.963	985
<i>darunter: an Kreditinstituten</i>		42.017				(43)
<i>darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten</i>		0				(0)
Anteile an verbundenen Unternehmen	(6), (7), (9)				3.049.805	3.257
<i>darunter: an Kreditinstituten</i>		429.000				(429)
<i>darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten</i>		0				(0)
Treuhandvermögen	(8)				16.318.578	16.557
<i>darunter: Treuhandkredite</i>		12.726.993				(13.101)
Immaterielle Anlagewerte	(9)					
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				125.003		113
					125.003	113
Sachanlagen	(9)				866.473	862
Sonstige Vermögensgegenstände	(10)				15.613.906	19.181
Rechnungsabgrenzungsposten	(11)				1.503.171	1.590
Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG					26.412	26
Summe der Aktiva					500.684.072	493.205

Passivseite

	Anhang	31.12.2016				31.12.2015
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Mio. EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(12)					
a) täglich fällig				17.212.813		21.178
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist				4.789.310		6.144
				22.002.123		27.322
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(13)					
andere Verbindlichkeiten						
a) täglich fällig			712.183			1.017
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			10.055.164	10.767.347		7.698
				10.767.347		8.716
Verbriefte Verbindlichkeiten	(14)					
begebene Schuldverschreibungen				422.268.342		412.308
				422.268.342		412.308
Treuhandverbindlichkeiten	(15)				16.318.578	16.557
<i>darunter: Treuhandkredite</i>		12.726.993				(13.101)
Sonstige Verbindlichkeiten					138.063	72
Rechnungsabgrenzungsposten	(16)				3.050.736	3.234
Rückstellungen	(17)					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen				1.091.605		1.093
b) andere Rückstellungen				1.070.523		1.123
				2.162.128		2.215
Abführungspflichten nach DMBilG					4.595	0
Nachrangige Verbindlichkeiten	(18)				200.000	300
Fonds für allgemeine Bankrisiken					600.000	600

Passivseite

	Anhang	31.12.2016				31.12.2015
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Mio. EUR
Eigenkapital	(19)					
a) Eingefordertes Kapital						
Gezeichnetes Kapital			3.750.000			3.750
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen			(450.000)	3.300.000		(450)
b) Kapitalrücklage				8.446.989		8.447
<i>darunter: Förderrücklage des ERP-Sondervermögens</i>		7.150.000				(7.150)
c) Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens				1.190.752		1.191
d) Gewinnrücklagen						
da) gesetzliche Rücklage gem. § 10 Abs. 2 KfW-Gesetz			1.875.000			1.875
db) Sonderrücklage gem. § 10 Abs. 3 KfW-Gesetz			8.311.812			7.021
dc) Sonderrücklage gem. § 17 Abs. 4 DMBilG			47.607	10.234.419		48
					23.172.160	21.882
Summe der Passiva					500.684.072	493.205
Eventualverbindlichkeiten	(20)					
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen				1.114.224		2.328
					1.114.224	2.328
Andere Verpflichtungen	(21)					
a) Unwiderrufliche Kreditzusagen				76.088.547		55.800
					76.088.547	55.800

Gewinn- und Verlustrechnung der KfW

für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2016

	Anhang	2016				2015
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Mio. EUR
Zinserträge aus						
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	(22)	10.207.291			9.065	
abzgl. negativer Zinsen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften		-113.446	10.093.845		-45	
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen			101.766		168	
			10.195.611		9.188	
Zinsaufwendungen	(22)	8.488.690			7.177	
abzgl. positiver Zinsen aus dem Bankgeschäft		-53.136	8.435.554		-23	
			8.435.554		7.154	
				1.760.057	2.035	
Laufende Erträge aus						
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren				254	1	
b) Beteiligungen				29.983	17	
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen				0	0	
				30.237	18	
Provisionserträge				380.422	382	
Provisionsaufwendungen				207.343	221	
				173.079	161	
Sonstige betriebliche Erträge	(23)			233.945	225	
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen						
a) Personalaufwand						
aa) Löhne und Gehälter			388.164		380	
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			56.592	444.756	154	
darunter: für Altersversorgung			3.377		(104)	
b) andere Verwaltungsaufwendungen				418.394	402	
				863.150	936	
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	(9)			82.176	47	
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(23)			31.308	34	

	Anhang	2016				2015
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Mio. EUR
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft					91.554	14
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere					16.952	0
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren					0	20
Zuführung/Auflösung zum/des Fonds für allgemeine Bankrisiken					0	-100
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit					1.295.286	1.355
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag					5.056	24
Jahresüberschuss					1.290.230	1.331
Einstellungen in Gewinnrücklagen						
in die Sonderrücklage § 10 Abs. 3 KfW-Gesetz	(19)		-1.290.230			-1.331
				-1.290.230		-1.331
Bilanzgewinn					0	0

Anhang

Der Jahresabschluss der KfW wurde entsprechend den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches (HGB), der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) sowie dem Gesetz über die KfW aufgestellt. Zusätzlich wurden die besonderen Bestimmungen des Gesetzes über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und die Kapitalneufestsetzung (D-Markbilanzgesetz – DMBilG) beachtet. Die Gliederung für die Bilanz und für die Gewinn- und Verlustrechnung der KfW wurde im Eigenkapital um die Sonderposten Förderrücklage des ERP-Sondervermögens als Unterposten der Kapitalrücklage, Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens und um die drei Unterposten in der Gewinnrücklage gesetzliche Rücklage gemäß § 10 Abs. 2 KfW-Gesetz, Sonderrücklage gemäß § 10 Abs. 3 KfW-Gesetz und Sonderrücklage gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG erweitert. Angaben zu einzelnen Posten der Bilanz, die wahlweise in der Bilanz oder im Anhang vorzunehmen sind, erfolgen im Anhang.

1) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Barreserve, die Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden sowie die Sonstigen Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten, dem Nennbetrag oder einem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Unterschiedsbeträge zwischen Nennwert und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen, denen Zinscharakter zukommt, werden in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten erfasst und über die Laufzeit ratierlich erfolgswirksam im Zinsergebnis berücksichtigt. Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden grundsätzlich mit den Anschaffungskosten angesetzt. Bei dauernden Wertminderungen erfolgt eine Abschreibung auf den niedrigeren Wert.

Die Zinsverbilligungsleistungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung barwertig bereits zum Zeitpunkt der Festlegung der Kreditkonditionen erfasst. Beim erstmaligen Ansatz dieser Geschäfte zum beizulegenden Zeitwert erfolgt eine Bewertung mit den Parametern des allgemeinen Fördermarktes. Folglich führen diese Geschäfte zu einer Unterverzinslichkeit, die die Ertragslage der KfW belastet.

Der sich im Regelfall bereits bei der Kreditzusage ergebende Differenzbetrag – als Barwert der nominalen Plan-Zinsverbilligungsleistung während der ersten Zinsbindungsperiode – wird erfolgswirksam zu Lasten des Zinsaufwands erfasst und als Korrektiv zu den Krediten und Darlehen unter den Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute bzw. Forderungen an Kunden bilanziert. Der Korrektivposten wird effektivzinskonstant im Zinsüberschuss amortisiert. Im Falle einer vollständigen außerplanmäßigen Tilgung wird dieser sofort erfolgswirksam im Zinsertrag vereinnahmt. Differenzbeträge, die sich auf Unwiderrufliche

Kreditzusagen beziehen, werden unter den Rückstellungen ausgewiesen. Bestandsveränderungen werden saldiert über die aktivisch ausgewiesenen Korrekturposten bereits ausgezahlter Förderkredite abgebildet.

Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve sind, soweit sie nicht gesichert sind, nach dem strengen Niederstwertprinzip, Wertpapiere des Anlagevermögens grundsätzlich gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Teilweise werden Wertpapiere mit den zu ihrer Kurssicherung eingesetzten Zinssicherungsgeschäften (im Wesentlichen Zinsswap-Geschäfte) zu Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB zusammengefasst. Es sind keine Wertpapiere dem Handelsbestand zugeordnet. Die gesetzlich vorgeschriebenen Wertaufholungen werden vorgenommen. Strukturierte Wertpapiere mit eingebetteten Derivaten werden als Einheit bilanziert und zum strengen Niederstwert bewertet.

Die Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenstände werden mit ihren Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ausgewiesen, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer. Bei Bedarf werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden als Sammelposten erfasst und linear über fünf Jahre abgeschrieben. Auf die Aktivierung von selbst erstellten immateriellen Vermögensgegenständen hat die Bank verzichtet.

Die Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag bilanziert, Unterschiedsbeträge zwischen einem vereinbarten höheren Rückzahlungsbetrag und dem Ausgabebetrag werden in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten erfasst. Begebene Nullcouponanleihen werden mit ihrem aktuellen Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf Grundlage der „Richttafeln 2005 G“ von Dr. Klaus Heubeck ermittelt. Bei den Berechnungen wurde für die KfW die Projected-Unit-Credit-Methode mit den folgenden Parametern für den Gesamtbestand der aktiven Mitarbeiter angewendet.

	31.12.2016
Rechnungszins (10-Jahres-Durchschnittszins)	4,01 %
Anwartschaftsdynamik (in Abhängigkeit von der Tarifeinstufung)	2,20 %
Rentendynamik (in Abhängigkeit von der Versorgungsordnung)	1,00 % bis 2,50 %
Fluktuationsrate	1,50 %

Die anderen Rückstellungen werden gemäß den Grundsätzen vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe ihrer voraussichtlichen Inanspruchnahme unter Berücksichtigung zukünftiger Preis-/Kostensteigerungen ausgewiesen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mittels der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Marktzinsen auf den Bilanzstichtag diskontiert.

Den Risiken, die aufgrund der Geschäftsstruktur der KfW überwiegend aus dem Kreditgeschäft resultieren, wird durch Wertberichtigungen und Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Die KfW unterscheidet zwischen signifikanten (Forderungsvolumen je Einzelkreditnehmer ab 1 Mio. EUR) und nicht signifikanten Forderungen. Bei Vorliegen von Indikatoren auf Wertminderungen erfolgt für signifikante Forderungen eine individuelle Beurteilung des Kreditengagements hinsichtlich zukünftiger Zahlungen. Dabei wird neben dem Umfang und der Werthaltigkeit der Sicherheiten auch das politische Risiko berücksichtigt. Für nicht signifikante Forderungen wird eine pauschalierte Risikovorsorge auf Basis homogener Teilportfolios gebildet. Die Abdeckung latenter Bonitätsrisiken sowie latenter Transferrisiken erfolgt durch die Bildung portfoliobasierter Wertberichtigungen auf den nicht bereits individuell wertberichtigten Teil des Portfolios. Bei leistungsgestörten Kreditforderungen findet die Vereinnahmung von Zinserträgen grundsätzlich auf Basis der Erwartungen statt. Die Zuführungs- und Auflösungsbeträge werden netto in dem Posten Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft bzw. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft ausgewiesen. Gleiches gilt für die unrealisierten und realisierten Ergebnisse aus Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren. Von den Verrechnungsmöglichkeiten in der Gewinn- und Verlustrechnung gemäß § 340 c Abs. 2 HGB sowie § 340 f Abs. 3 HGB wird Gebrauch gemacht.

Die auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden sowie die am Bilanzstichtag nicht abgewickelten Kassageschäfte sind zum Devisenkassamittelkurs in Euro umgerechnet worden. Die Bank wendet den Grundsatz der besonderen Deckung im Sinne des § 340 h HGB in Verbindung mit § 256 a HGB an.

Die Bewertung von zinsbezogenen Geschäften im Bankbuch („Refinanzierungsverbund“) folgt der Steuerung des Zinsänderungsrisikos in der KfW. Dabei wird dem handelsrechtlichen Vorsichtsprinzip dadurch Rechnung getragen, dass für einen etwaigen Verpflichtungsüberschuss aus der Bewertung des zinsinduzierten Bankbuchs eine Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gemäß § 340 a in Verbindung mit § 249 Abs. 1 Satz 1, 2. Alternative HGB zu bilden ist. Die Anforderungen der IDW-Stellungnahme zur verlustfreien Bewertung des Bankbuchs (BFA 3) werden berücksichtigt. Zur Bestimmung eines etwaigen Verpflichtungsüberschusses ermittelt die KfW dabei den Saldo aller diskontierten zukünftigen Periodenergebnisse des Bankbuchs. Neben dem Zins- und relevanten Provisionsergebnis werden die dazugehörigen Verwaltungskosten sowie Risikokosten in Höhe der erwarteten Ausfälle einbezogen. Im Berichtsjahr bestand keine Notwendigkeit zur Bildung einer solchen Drohverlustrückstellung.

In den Posten Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie Zinsaufwendungen sind aufgrund des anhaltenden Niedrigzinsniveaus negative Zinsen enthalten und in einer Vorspalte offen ausgewiesen. Die Vorjahreswerte wurden entsprechend angepasst.

Angaben zu Aktiva

2) Forderungen an Kreditinstitute

	31.12.2016	31.12.2015
	Mio. EUR	Mio. EUR
In diesem Posten sind enthalten:		
Forderungen		
an verbundene Unternehmen	23.908	23.659
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	13	29
ohne Haftungsverpflichtung durchleitender Banken	1.599	1.769
Nachrangige Forderungen	1.977	1.949
Forderungen mit folgender Restlaufzeit		
täglich fällig	2.935	7.519
bis drei Monate	24.717	23.909
mehr als drei Monate bis ein Jahr	34.398	33.105
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	121.670	123.553
mehr als fünf Jahre	117.748	114.186
anteilige Zinsen	3.205	3.808
Gesamt	304.674	306.078

Aufgrund der Unterverzinslichkeit von ausgezahlten Förderkrediten mit zusätzlichen Förderbeiträgen in Form von Zinsverbilligungsleistungen zu Lasten der Ertragslage der KfW wird unter den Forderungen an Kreditinstitute ein Korrektivposten in Höhe von 1.357 Mio. EUR (Vorjahr: 1.588 Mio. EUR) ausgewiesen.

3) Forderungen an Kunden

	31.12.2016	31.12.2015
	Mio. EUR	Mio. EUR
In diesem Posten sind enthalten:		
Forderungen		
an verbundene Unternehmen	70	38
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	0
Nachrangige Forderungen	2.573	3.077
Forderungen mit folgender Restlaufzeit		
unbestimmte Laufzeit	11.413	11.413
bis drei Monate	12.991	14.889
mehr als drei Monate bis ein Jahr	6.288	6.211
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	33.661	30.616
mehr als fünf Jahre	42.747	42.528
anteilige Zinsen	315	333
Gesamt	107.416	105.991

Aufgrund der Unterverzinslichkeit von ausgezahlten Förderkrediten mit zusätzlichen Förderbeiträgen in Form von Zinsverbilligungsleistungen zu Lasten der Ertragslage der KfW wird unter den Forderungen an Kunden ein Korrektivposten in Höhe von 142 Mio. EUR (Vorjahr: 174 Mio. EUR) ausgewiesen.

4) Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

	31.12.2016	31.12.2015
	Mio. EUR	Mio. EUR
Im Folgejahr fällig werdend		
Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen	6.322	7.705
<i>Nominalwert</i>	6.240	7.492
Eigene Schuldverschreibungen	338	572
<i>Nominalwert</i>	336	572
Gesamt	6.660	8.277
<i>Gesamter Nominalwert</i>	6.576	8.063
Börsennotierte Wertpapiere	36.781	36.443
Nicht börsennotierte Wertpapiere	1.694	1.660
Börsenfähige Wertpapiere	38.475	38.104
Nachrangige Wertpapiere	109	13
Echte Pensionsgeschäfte	0	24

5) Beteiligungen

	31.12.2016	31.12.2015
	Mio. EUR	Mio. EUR
Börsennotierte Wertpapiere	57	0
Nicht börsennotierte Wertpapiere	47	48
Börsenfähige Wertpapiere	104	48

6) Anteile an verbundenen Unternehmen

In diesem Posten sind – wie im Vorjahr – keine börsenfähigen Wertpapiere enthalten.

7) Angaben zum Anteilsbesitz

Name und Sitz der Gesellschaften		Anteil am Kapital	Eigenkapital	Jahresergebnis
		in %	TEUR	TEUR
1	DEG Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Köln ¹⁾	100,0	2.367.946	96.315
2	KfW Beteiligungsholding GmbH, Bonn ¹⁾	100,0	1.707.890	100.551
3	Interkonnektor GmbH, Frankfurt am Main ¹⁾	100,0	25.445	-1.287
4	tbg Technologie-Beteiligungsgesellschaft mbH, Bonn ¹⁾	100,0	177.321	8.721
5	Finanzierungs- und Beratungsgesellschaft mbH, Berlin ²⁾	100,0	13.728	31
6	AF Eigenkapitalfonds für deutschen Mittelstand GmbH & Co. KG, München ²⁾	47,5	148.307	7.584
7	Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena), Berlin ²⁾	26,0	4.527	-1.255
8	Berliner Energieagentur GmbH, Berlin ²⁾	25,0	5.261	446
9	eCapital Technologies Fonds II GmbH & Co. KG, Münster ²⁾	24,8	21.707	-1.193
10	Galaxy S.à r.l. Luxemburg, Luxemburg ³⁾	20,0	7.227	-584

Name und Sitz der Gesellschaften, an denen mindestens 5 % der Stimmrechte gehalten werden		Stimmrechtsanteile	Eigenkapital	Jahresergebnis
		in %	TEUR	TEUR
1	Procredit Holding AG & Co. KGaA, Frankfurt am Main ^{2), 4)}	14,5	603.998	61.335
2	CJSC AccessBank Tajikistan, Dushanbe, Tadschikistan ²⁾	9,1	3.827	-2.794
3	Finca Microfinance Holding Company LLC, Delaware, USA ²⁾	8,9	231.334	-11.550
4	AccèsBanque Madagascar SA, Antananarivo, Madagaskar ²⁾	7,3	7.703	1.276
5	AB Microfinance Bank Nigeria Ltd., Lagos, Nigeria ²⁾	5,9	9.519	1.207

¹⁾ Letzter vorliegender Abschluss 31.12.2016

²⁾ Letzter vorliegender Abschluss 31.12.2015

³⁾ Letzter vorliegender Abschluss 30.06.2015

⁴⁾ Konsolidierter Abschluss der ProCredit Group

Anteile an Investmentvermögen		Anteil am Gesamtvermögen	Buchwert	Ausschüttungen	Möglichkeit der täglichen Rückgabe
		in %	TEUR	TEUR	
1	Galaxy S.à r.l. SICAR	20,0	0	0	Nein
2	Microfinance Enhancement Facility SA, SICAV-SIF	19,8	105.777	3.829	Nein
3	Global Climate Partnership Fund, SA SICAV-SIF	18,1	55.498	1.006	Nein
4	Europäischer Fonds für Südosteuropa SA SICAV-SIF	17,9	153.074	6.408	Nein
5	Green for Growth Fund, Southeast Europe SA, SICAV-SIF	17,0	56.162	1.395	Nein
6	Rural Impulse Fund II S.A., SICAV-SIF	16,5	9.177	2.447	Nein
7	Sanad Fund for MSME S.A., SICAV-SIF	16,1	30.000	245	Nein
8	Advans SA SICAR	15,0	9.358	0	Nein
9	Fondaco società di gestione del risparmio S.p.A.	14,6	10.417	0	Nein
10	MIFA Debt Fund S.A., SICAV-SIF	14,6	21.676	842	Nein
11	Africa Agriculture and Trade Investment Fund, SICAV-SIF	14,4	21.552	556	Nein
12	2020 European Fund for Energy, Climate Change and Infrastructure SICAV	14,1	54.650	0	Nein
13	DWM incl. Finance Equity Fund II	10,0	2.367	0	Nein

Die Anteile an Investmentvermögen dienen im Wesentlichen der Stärkung und Förderung von Projekten des Klimaschutzes, erneuerbarer Energien sowie des Infrastrukturausbaus und haben in erster Linie die Förderung von öffentlichen Interessen zum Ziel. Daher erfolgt

der Bilanzausweis unter dem Posten Beteiligungen und nicht unter dem Posten Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere. Die Beschränkung der Möglichkeit einer täglichen Rückgabe resultiert aus der langfristigen Ausrichtung der Fonds und des speziellen Kreises der Investoren. Es handelt sich im Wesentlichen um illiquide Anlagevehikel. Die Investments sind werthaltig und unterliegen einem regelmäßigen Bewertungsprozess.

8) Treuhandvermögen

	31.12.2016	31.12.2015
	Mio. EUR	Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	918	994
Forderungen an Kunden	11.809	12.093
Beteiligungen	3.592	3.470
Gesamt	16.319	16.557

9) Anlagevermögen

Anlagespiegel zum 31.12.2016

in TEUR		Beteili- gungen ¹⁾	Anteile an verbundenen Unter- nehmen ¹⁾	Wertpapiere des Anlage- vermögens ¹⁾	Immaterielle Anlagewerte	Sach- anlagen ⁴⁾	Gesamt
Anschaffungs- oder Herstellungskosten per 01.01.2016 ³⁾					146.125	1.159.975	
Zugänge 2016	Verände- rungen ²⁾				45.088	54.089	
Abgänge 2016		59.676	-207.656	710.918	15.937	16.965	
Umbuchungen 2016					0	0	
Anschaffungs- oder Herstellungskosten per 31.12.2016					175.276	1.197.100	
Kumulierte Abschreibungen zum 01.01.2016					33.230	297.676	
Abschreibungen 2016					32.979	49.198	
Zuschreibungen 2016					0	0	
Abschreibungen auf Zugänge in 2016					2.073	13.941	
Abschreibungen auf Abgänge in 2016					1.176	926	
Abschreibungen auf Umbuchungen in 2016					0	0	
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2016					50.272	330.627	
Restbuchwert 31.12.2016		1.044.963	3.049.805	27.640.661	125.003	866.473	32.726.906
Restbuchwert 31.12.2015		985.287	3.257.461	26.929.743	112.894	862.300	32.147.686

¹⁾ Von den nach § 34 Abs. 3 RechKredV möglichen Zusammenfassungen für Finanzanlagen wurde Gebrauch gemacht.

²⁾ Einschließlich Kursdifferenzen

³⁾ Von der Erleichterungsmöglichkeit gemäß Art. 31 Abs. 3 EGHGB wurde Gebrauch gemacht.

⁴⁾ Davon Restbuchwert zum 31.12.2016: – Gesamtbetrag der im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzten Grundstücke und Gebäude 801.930 TEUR
– Gesamtbetrag der Betriebs- und Geschäftsausstattung 64.543 TEUR

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, und deshalb grundsätzlich bis zur Endfälligkeit gehalten werden, werden den Wertpapieren des Anlagevermögens zugeordnet. Sie sind getrennt von den Wertpapieren des Umlaufvermögens erfasst und werden grundsätzlich gemäß gemildertem Niederstwertprinzip bewertet.

Der Buchwert der börsenfähigen, nicht mit dem strengen Niederstwert bewerteten Wertpapiere des Anlagevermögens beträgt zum 31.12.2016 27.641 Mio. EUR. Darin enthalten sind Wertpapiere, deren Buchwert in Höhe von 6.133 Mio. EUR über dem beizulegenden Zeitwert von 6.080 Mio. EUR liegt. Auf eine Abschreibung wurde im Hinblick auf die Dauerbesitzabsicht bis zur Endfälligkeit der Wertpapiere verzichtet.

10) Sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2016	31.12.2015
	Mio. EUR	Mio. EUR
In diesem Posten sind im Wesentlichen enthalten:		
Ausgleichsposten aus der Fremdwährungsumrechnung von Derivaten	14.982	18.569
Forderung an die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS)	603	604

Die Sonstigen Vermögensgegenstände enthalten im Wesentlichen den Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung von Derivaten, die im Rahmen der Steuerung der Fremdwährungspositionen eingesetzt werden.

Die Forderung an die BvS wird aufgrund des der KfW zugewiesenen Versicherungsgeschäfts der Staatlichen Versicherung der Deutschen Demokratischen Republik in Abwicklung (SinA) ausgewiesen. Der Forderung stehen versicherungstechnische Rückstellungen in gleicher Höhe gegenüber.

11) Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

In dem Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Unterschiedsbeträge zwischen Rückzahlungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten in Höhe von 615 Mio. EUR (Vorjahr: 770 Mio. EUR) erfasst.

Angaben zu Passiva

12) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	31.12.2016	31.12.2015
	Mio. EUR	Mio. EUR
In diesem Posten sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber		
verbundenen Unternehmen	8	63
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	0
Verbindlichkeiten mit folgender Restlaufzeit		
täglich fällig	17.213	21.178
bis drei Monate	95	1.026
mehr als drei Monate bis ein Jahr	138	71
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.206	1.141
mehr als fünf Jahre	956	993
anteilige Zinsen	2.394	2.913
Gesamt	22.002	27.322

13) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	31.12.2016	31.12.2015
	Mio. EUR	Mio. EUR
In diesem Posten sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber		
verbundenen Unternehmen	172	373
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	0
Verbindlichkeiten mit folgender Restlaufzeit		
täglich fällig	712	1.017
bis drei Monate	3.733	876
mehr als drei Monate bis ein Jahr	513	1.053
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.912	2.452
mehr als fünf Jahre	2.801	3.228
anteilige Zinsen	95	90
Gesamt	10.767	8.716

14) Verbriefte Verbindlichkeiten

	31.12.2016	31.12.2015
	Mio. EUR	Mio. EUR
In dem Unterposten – begebene Schuldverschreibungen – sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2.116	1.988
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	0
Verbindlichkeiten, im Folgejahr fällig werdend	111.131	109.223

15) Treuhandverbindlichkeiten

	31.12.2016	31.12.2015
	Mio. EUR	Mio. EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	16.319	16.557
Gesamt	16.319	16.557

16) Passive Rechnungsabgrenzungsposten

In den Passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagien aus Forderungen in Höhe von 460 Mio. EUR (Vorjahr: 633 Mio. EUR) erfasst.

17) Rückstellungen

	31.12.2016	31.12.2015
	Mio. EUR	Mio. EUR
In diesem Posten sind im Wesentlichen enthalten:		
Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.092	1.093
Übertragung des Versicherungsgeschäfts SinA	603	604
Variable Vergütungsbestandteile inkl. Sozialabgaben	57	57
Unterverzinsliche Unwiderrufliche Kreditzusagen	44	47
Vorsorgen für Kreditrisiken	39	54
Absicherung künftiger Zinsbelastungen aus der Übertragung des ERP-Sondervermögens	37	56

Bei Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit einem Bilanzansatz zum 31.12.2016 in Höhe von 45 Mio. EUR hat die KfW das Beibehaltungswahlrecht nach Artikel 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB ausgeübt. Der Wert nach Diskontierung mit dem geltenden Bundesbankzinssatz beträgt 44 Mio. EUR, sodass eine Überdeckung von 1 Mio. EUR vorliegt.

Aufwendungen in Höhe von 41 Mio. EUR, die aus der Aufzinsung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen und anderer lang laufender Rückstellungen resultieren, werden unter dem Zinsaufwand ausgewiesen.

Aus der Abzinsung der Rückstellungen für Pensionen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 137 Mio. EUR. Dieser Unterschiedsbetrag ist für die Ausschüttung gesperrt.

Aufgrund der Unterverzinslichkeit von unwiderruflich zugesagten Förderkrediten mit zusätzlichen Förderbeiträgen in Form von Zinsverbilligungsleistungen zu Lasten der Ertragslage der KfW wird unter dem Posten Andere Rückstellungen im Geschäftsjahr 2016 eine Rückstellung in Höhe von 44 Mio. EUR ausgewiesen.

18) Nachrangige Verbindlichkeiten

Im Rahmen der Neuordnung der ERP-Wirtschaftsförderung zum 01.07.2007 hat das ERP-Sondervermögen der KfW ein Nachrangdarlehen in Höhe von ursprünglich 3.247 Mio. EUR gewährt. Mit Wirkung zum 01.01.2016 hat das ERP-Sondervermögen der KfW die Rückzahlung in Höhe von 100 Mio. EUR erlassen, sodass zum Bilanzstichtag Nachrangige Verbindlichkeiten in Höhe von 200 Mio. EUR ausgewiesen werden. Das Darlehen ist in drei Tranchen mit unterschiedlichen Zinsbindungsfristen aufgeteilt. Die Kapitalbindungsfrist aller Tranchen endet am 31.12.2027. Die Tranchen wurden im Geschäftsjahr 2016 mit einem Zinssatz von durchschnittlich 1,82 % (Vorjahr: 1,82 %) verzinst.

Die Zinsaufwendungen für die Nachrangigen Verbindlichkeiten betragen im Geschäftsjahr 2016 4 Mio. EUR (Vorjahr: 5 Mio. EUR).

Für das Nachrangdarlehen besteht keine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung durch die KfW. Im Fall eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen der KfW oder der Liquidation der KfW wird der Darlehensrückzahlungsanspruch erst nach Befriedigung aller anderen, nicht nachrangigen Gläubiger erfüllt.

19) Eigenkapital

	31.12.2015	Jahresüberschuss	Sonstige Veränderungen	31.12.2016
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Gezeichnetes Kapital der KfW	3.750	0	0	3.750
Nicht eingeforderte ausstehende Einlagen	-450	0	0	-450
Kapitalrücklage	8.447	0	0	8.447
<i>darunter: Förderrücklage des ERP-Sondervermögens</i>	7.150	0	0	7.150
Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens	1.191	0	0	1.191
Erwirtschaftete Gewinne				
a) gesetzliche Rücklage gemäß § 10 Abs. 2 KfW-Gesetz	1.875	0	0	1.875
b) Sonderrücklage gemäß § 10 Abs. 3 KfW-Gesetz	7.022	1.290	0	8.312
c) Sonderrücklage gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG	48	0	0	48
Eigenkapital	21.882	1.290	0	23.172

Der Jahresüberschuss 2016 wird in voller Höhe den Gewinnrücklagen zugeführt. Zum Jahresende 2016 beträgt das Eigenkapital der KfW 23.172 Mio. EUR.

Weitere vermerkpflichtige Angaben zu Passiva

20) Eventualverbindlichkeiten

	31.12.2016	31.12.2015
	Mio. EUR	Mio. EUR
In diesem Posten sind enthalten:		
Kreditbürgschaften für Sonderkredite	245	292
Kreditbürgschaften für Exportfinanzierungen	170	146
Kreditbürgschaften für Flugzeugfinanzierungen	149	205
Plattformverbriefungen (i. W. PROMISE/PROVIDE)	92	998
Kreditbürgschaften für Auslandskredite	85	217
Kreditbürgschaften für sonstige Finanzierungen	373	470
Gesamt	1.114	2.328

Das Risiko der Kreditbürgschaften wird durch die bestehenden Rückgriffsmöglichkeiten auf den Auftraggeber reduziert und beruht im Wesentlichen auf dessen Bonität und der Werthaltigkeit etwaiger Sicherheiten. Die Bank überprüft das Risiko regelmäßig im Rahmen der Kreditrisikoüberwachung. Liegen Gründe für eine voraussichtliche Inanspruchnahme vor, bildet die Bank Individualrückstellungen, latente Risiken werden pauschaliert bevorsorgt. Die Eventualverbindlichkeiten werden um als Verbindlichkeiten bilanzierte erhaltene Barsicherheiten und Rückstellungen gekürzt ausgewiesen.

21) Andere Verpflichtungen

Unwiderrufliche Kreditzusagen	31.12.2016	31.12.2015
	Mio. EUR	Mio. EUR
In diesem Posten sind enthalten:		
Investitionsfinanzierungen der Kommunal- und Privatkundenbank/Kreditinstitute	35.969	18.661
Export- und Projektfinanzierungen	14.957	13.697
Investitionsfinanzierungen der Mittelstandsbank	11.331	9.930
Kredite zur Förderung der Entwicklungs- und Schwellenländer	10.936	10.051
Avalkredite	272	288
Forward Forward Deposits	1.124	1.073
Sonstige Kreditzusagen	1.500	2.100
Gesamt	76.089	55.800

Die Unwiderruflichen Kreditzusagen unterliegen der regelmäßigen Überwachung der Kreditrisiken. Liegen konkrete Erkenntnisse über einen Verlust aus einer zu erwartenden Inanspruchnahme vor, erfolgt eine Individualrückstellung, latenten Risiken wird durch die Bildung von Portfoliorückstellungen Rechnung getragen.

Rückstellungen, die für im Förderkreditgeschäft zu Lasten der Ertragslage der KfW gewährte Zinsverbilligungsleistungen aus Unwiderruflichen Kreditzusagen gebildet wurden, werden in Abzug gebracht.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

22) Zinserträge und Zinsaufwendungen

Im Posten Zins- und zinsähnliche Erträge aus Forderungen an Kreditinstitute/Kunden sind aufgrund des anhaltenden Niedrigzinsniveaus 113 Mio. EUR negative Zinsen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften enthalten. Davon entfallen 9 Mio. EUR auf Forderungen gegenüber dem Bund aus der Privatisierung der Deutsche Telekom AG und der Deutsche Post AG und 104 Mio. EUR (Vorjahr: 45 Mio. EUR) auf Geldmarktgeschäfte. Im Posten Zins- und zinsähnliche Aufwendungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute/Kunden sind 53 Mio. EUR (Vorjahr: 23 Mio. EUR) positive Zinsen aus Geldmarktgeschäften enthalten.

23) Sonstige betriebliche Erträge und Sonstige betriebliche Aufwendungen

Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung wurden unter Beachtung der §§ 277 Abs. 5 Satz 2, 340h HGB brutto unter den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen (7 Mio. EUR, Vorjahr: 7 Mio. EUR) und Sonstigen betrieblichen Erträgen (6 Mio. EUR, Vorjahr: 12 Mio. EUR) ausgewiesen. Wechselkursbedingte Wertänderungen der in fremden Währungen gebildeten Einzelwertberichtigungen sind ebenso unter den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen bzw. Sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst.

24) Honorar des Jahresabschlussprüfers

Die KfW nimmt die Erleichterung gemäß § 285 Nr. 17 HGB in Anspruch und verweist auf die Aufgliederung der Abschlussprüferhonorare im Konzernabschluss der KfW Bankengruppe.

25) Geografische Märkte

Auf eine geografische Aufgliederung der Gesamtbeträge bestimmter Ertragsposten gemäß § 34 Abs. 2 Nr. 1 RechKredV wurde verzichtet, da die KfW keine Auslandsfilialen unterhält.

Sonstige vermerkpflichtige Angaben

26) Vermögensgegenstände und Schulden in Fremdwährung

	31.12.2016	31.12.2015
	Mio. EUR	Mio. EUR
Vermögensgegenstände in Fremdwährung	63.295	52.997
Schulden in Fremdwährung	253.823	240.618

27) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Im Rahmen von Beteiligungsfinanzierungen bestehen Resteinzahlungsverpflichtungen in Höhe von insgesamt 447 Mio. EUR.

Gegenüber verbundenen Unternehmen bestehen darüber hinaus per 31.12.2016 Resteinzahlungsverpflichtungen in Höhe von 151 Mio. EUR.

Mitarbeiter der KfW oder von der KfW beauftragte Dritte übernehmen in Einzelfällen Organfunktionen bei Gesellschaften, an denen die KfW Beteiligungen hält oder ein sonstiges relevantes Gläubigerverhältnis besteht. Die daraus resultierenden Risiken werden grundsätzlich durch Vermögensschadenhaftpflichtversicherungen (D&O-Versicherungen) der jeweiligen Gesellschaft abgedeckt. Für den Fall, dass kein wirksamer Versicherungsschutz besteht, können sich ggf. Haftungsrisiken für die KfW ergeben.

28) Derivatebericht

Die KfW setzt im Wesentlichen zur Absicherung von Zinsänderungs-, Wechselkurs-, sonstigen Preis- und Kreditrisiken folgende Termingeschäfte/derivative Produkte ein:

1. Zinsbezogene Termingeschäfte/derivative Produkte
 - Zinsswaps
 - Zinsoptionen, Swaptions
 - Zinsbegrenzungsvereinbarungen
2. Währungsbezogene Termingeschäfte/derivative Produkte
 - Zins- und Währungsswaps
 - Devisenswaps
 - Devisentermingeschäfte
 - Devisenkassageschäfte
3. Kreditderivate
 - Single Name Credit Default Swaps

Die nachfolgende Darstellung der derivativen Geschäfte richtet sich nach den Anforderungen der §§ 285 Nr. 19 HGB, 36 RechKredV. Darin werden die positiven und negativen Marktwerte der Derivate zum 31.12.2016 offengelegt.

Die Berechnung erfolgt für alle Kontraktarten nach der Marktbewertungsmethode. Soweit für die derivativen Instrumente keine Marktwerte feststellbar waren, wurden ersatzweise Werte mittels Marktparametern errechnet, deren Ermittlung auf allgemein anerkannten Optionspreismodellen und Barwertberechnungen basiert.

Erworbene bzw. geschriebene Optionen werden in Höhe der gezahlten Prämie als Sonstige Vermögensgegenstände bzw. als Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Volumina

	Nominalwert		Marktwert	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Kontrakte mit Zinsrisiken				
Zinsswaps	418.530	484.928	13.864	17.308
Swaptionen				
<i>davon: Käufe</i>	25	0	0	0
<i>davon: Verkäufe</i>	0	0	0	0
Zinsbegrenzungsvereinbarungen ¹⁾	56	0	0	0
Gesamt	418.611	484.928	13.864	17.308
Kontrakte mit Währungsrisiken				
Zins- und Währungsswaps	203.445	206.027	20.593	4.135
Devisenswaps	25.079	32.712	612	176
Devisentermingeschäfte	54	164	2	2
Devisenkassageschäfte	1	0	0	0
Gesamt	228.578	238.902	21.207	4.313
Kreditderivate²⁾				
<i>davon: Käufe</i>	10	10	1	0
<i>davon: Verkäufe</i>	0	10	0	0
Gesamt	10	20	1	0

¹⁾ Ausweis der separat gehandelten Zinsbegrenzungsvereinbarungen

²⁾ Hier: Single Name Credit Default Swaps

Restlaufzeiten

Nominalwerte	Zinsrisiken ¹⁾		Währungsrisiken		Kreditderivate ²⁾	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Restlaufzeit						
bis drei Monate	22.516	14.608	37.936	40.394	0	0
mehr als drei Monate bis ein Jahr	39.197	60.386	24.674	38.306	0	20
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	199.282	227.766	127.434	114.063	10	0
mehr als fünf Jahre	157.615	182.167	38.534	46.140	0	0
Gesamt	418.611	484.928	228.578	238.902	10	20

¹⁾ Darstellung der derivativen Finanzinstrumente ohne eingebettete Derivate

²⁾ Hier: Single Name Credit Default Swaps

Kontrahenten

	Nominalwert	Nominalwert	Marktwert positiv	Marktwert negativ
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2016
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
OECD-Banken	642.319	719.379	34.822	21.279
Banken außerhalb OECD	824	25	21	2
Sonstige Kontrahenten	139	134	31	2
Öffentliche Stellen	3.917	4.313	197	337
Gesamt	647.199	723.850	35.071	21.621

29) Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB

Nachfolgend wird über Bewertungseinheiten gemäß §§ 254 bzw. 285 Nr. 23 HGB berichtet.

In der Tabelle sind die in Bewertungseinheiten gegen Zinsänderungsrisiken abgesicherten Volumina der Grundgeschäfte von Wertpapieren des Anlagevermögens und der Liquiditätsreserve zum Abschlussstichtag aufgeführt.

	Buchwert	Nominalwert	Marktwert
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Wertpapiere des Anlagevermögens			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	19.807	19.265	20.058
Wertpapiere der Liquiditätsreserve			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	9.281	9.883	10.486
Gesamt	29.088	29.148	30.544

Die KfW setzt Derivate nur zur Absicherung offener Positionen ein.

Das Wahlrecht, ökonomische Sicherungsbeziehungen als Bewertungseinheit bilanziell nachzuvollziehen, wird bei Wertpapieren des Eigenbestands als designierte Grundgeschäfte ausgeübt. Die bilanzielle Abbildung der wirksamen Teile der gebildeten Bewertungseinheiten erfolgt mittels der Einfrierungsmethode.

Ein Teil der Wertpapiere des Anlagevermögens wird durch die Bildung von Mikro-Bewertungseinheiten gegen Zinsänderungsrisiken abgesichert, indem festverzinsliche Wertpapiere und Absicherungsgeschäfte (im Wesentlichen Zinsswaps) zusammengeführt werden.

Aufgrund der Identität wertbeeinflussender Parameter der Grund- und Sicherungsgeschäfte wird die kompensatorische Wirkung sowohl prospektiv als auch retrospektiv mittels der Critical-Term-Match-Methode nachgewiesen.

Durch die grundsätzliche Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips im Anlagevermögen werden lediglich dauernde Wertminderungen in der Gewinn- und Verlustrechnung gezeigt.

Die festverzinslichen Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden ebenfalls mit Absicherungsgeschäften (im Wesentlichen Zinsswaps) gegen Zinsänderungsrisiken in Mikro-Bewertungseinheiten zusammengeführt. Etwaige Ineffektivitäten werden imparitätisch in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Daneben bestehen Bewertungseinheiten im Rahmen des Rückkaufs von Eigenemissionen, denen korrespondierende Verbriefte Verbindlichkeiten als Sicherungsgeschäft gegenübergestellt werden.

Aufgrund der negativen Korrelation der Wertänderungen und der vergleichbaren Risiken von Grund- und Sicherungsgeschäften haben sich zum Abschlussstichtag gegenläufige Wertänderungen oder Zahlungsströme weitestgehend ausgeglichen. Im Hinblick auf die Durchhalteabsicht der Sicherungsbeziehungen ist auch künftig von sich nahezu vollständig kompensierenden Effekten hinsichtlich des abgesicherten Risikos bis zu den vorgesehenen Fälligkeiten der Bewertungseinheiten auszugehen.

Neben den Bewertungseinheiten nach § 254 HGB fließen im Rahmen der wirtschaftlichen Absicherung von Zinsänderungsrisiken im Bankbuch die hierfür eingesetzten derivativen Finanzinstrumente und die zinstragenden Grundgeschäfte in die Aktiv-Passiv-Steuerung ein. Die KfW steuert die Zinsmarge bzw. den Marktwert aller zinstragenden Geschäfte im Bankbuch als Gesamtheit. Darüber hinaus sind die Bewertungseinheiten Bestandteil der verlustfreien Bewertung des Zinsbuchs (BFA 3).

30) Kredite im fremden Namen und für fremde Rechnung

Die Kredite im fremden Namen und für fremde Rechnung valutieren zum 31.12.2016 in Höhe von 9.758 Mio. EUR.

31) Personalbestand

Der durchschnittliche Personalbestand von Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern ohne Vorstand und Auszubildende, aber einschließlich Aushilfen, ist aus den vier Quartalsendständen des Berichtsjahres ermittelt.

	2016	2015
Mitarbeiterinnen	2.315	2.265
Mitarbeiter	2.452	2.373
davon: außertariflich Eingestufte	3.256	3.146
davon: tariflich Eingestufte	1.511	1.492
Gesamt	4.767	4.638

32) Bezüge und Kredite an Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats

	Gehalt	Variable Vergütung	Sonstige Bezüge ¹⁾	Gesamt
Jahresvergütung 2016	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Dr. Ulrich Schröder (Vorstandsvorsitzender)	742,2	275,0	88,5	1.105,7
Dr. Günther Bräunig	563,6	0,0	33,3	596,9
Dr. Ingrid Hengster	522,6	0,0	34,8	557,4
Dr. Norbert Kloppenburg	551,2	0,0	44,7	595,9
Bernd Loewen	583,5	0,0	37,4	620,9
Dr. Stefan Peiß	521,9	0,0	34,3	556,2
Gesamt	3.485,0	275,0	273,0	4.033,0

¹⁾ Die sonstigen Bezüge bestehen im Wesentlichen aus Dienstwagennutzung, Aufwendungen für Versicherungsbeiträge sowie darauf entfallende Steuern.

Die Bezüge des Verwaltungsrats der KfW betragen 193,8 TEUR. Sie setzen sich strukturell wie folgt zusammen:

Die Vergütung für die Mitgliedschaft im Verwaltungsrat beträgt 5 TEUR p. a. sowie jeweils 0,6 TEUR p. a. für die Mitgliedschaft in den Ausschüssen des Verwaltungsrats, jeweils anteilig bei nur unterjähriger Mitgliedschaft. Die Vergütung für Mitglieder der Bundesregierung, die aufgrund § 7 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes über die KfW Mitglied des Verwaltungsrats sind, wurde für das Geschäftsjahr 2016 auf 0 EUR festgesetzt. Ferner wurde die Vergütung für den Vorsitzenden des KfW-Verwaltungsrats und seinen Stellvertreter ebenfalls auf 0 EUR festgesetzt.

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen sind zum 31.12.2016 42.439 TEUR zurückgestellt. Die laufenden Bezüge betragen 4.225 TEUR.

Es bestehen weder Kredite an Mitglieder des Vorstands noch an Mitglieder des Verwaltungsrats.

33) Konzernzugehörigkeit

Die KfW ist zum 31.12.2016 in den Konzernabschluss der KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main, einbezogen. Der Konzernabschluss nach IFRS wird in deutscher Sprache im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

34) Vorgänge nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der KfW sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2016 nicht eingetreten.

35) Mandate gesetzlicher Vertreter oder anderer Mitarbeiter in Aufsichtsgremien großer Kapitalgesellschaften gemäß §267 Abs. 3 HGB

Dr. Ulrich Schröder (Vorstandsvorsitzender)

DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Köln
Deutsche Post AG, Bonn
Deutsche Telekom AG, Bonn

Dr. Günther Bräunig

Deutsche Pfandbriefbank AG, München

Dr. Ingrid Hengster

Deutsche Bahn AG, Berlin
ThyssenKrupp AG, Essen

Dr. Norbert Kloppenburg

DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Köln
Hamburger Hafen und Logistik AG, Hamburg
KfW IPEX-Bank GmbH, Frankfurt am Main

Bernd Loewen

KfW IPEX-Bank GmbH, Frankfurt am Main

Dr. Stefan Peiß

KfW IPEX-Bank GmbH, Frankfurt am Main

Dr. Lutz-Christian Funke

IKB – Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf

Christian Krämer

ProCredit Holding AG & Co.KGaA, Frankfurt am Main

36) Organe der Bank

Verwaltungsrat

Sigmar Gabriel

Bundesminister für Wirtschaft
und Energie
Vorsitzender
(01.01.2016 bis 31.12.2016)

Dr. Wolfgang Schäuble

Bundesminister der Finanzen
Stellvertretender Vorsitzender
(01.01.2016 bis 31.12.2016)

Kerstin Andreae

Mitglied des
Deutschen Bundestages
Vom Bundestag bestelltes Mitglied

Jan Bettink

Vorsitzender des Vorstands
Berlin Hyp AG a. D.
Vertreter der Realkreditinstitute
(bis 31.12.2016)

Anton F. Börner

Präsident des Bundesverbandes
Großhandel, Außenhandel,
Dienstleistungen e. V. (BGA)
Vertreter des Handels

Volker Bouffier

Ministerpräsident
des Landes Hessen
Vom Bundesrat bestelltes Mitglied
(seit 01.01.2017)

Dr. Uwe Brandl

Präsident
Bayerischer Gemeindetag
Vertreter der Gemeinden

Hans-Dieter Brenner

Vorsitzender des Vorstands
Helaba Landesbank Hessen-
Thüringen a. D.
Vertreter des Industriekredits

Frank Bsirske

Vorsitzender der ver.di –
Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft
Vertreter der Gewerkschaften

Alexander Dobrindt

Bundesminister für Verkehr
und digitale Infrastruktur

Georg Fahrenschon

Präsident des Deutschen
Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV)
Vertreter der Sparkassen

Robert Feiger

Bundesvorsitzender der
IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG Bau)
Vertreter der Gewerkschaften

Klaus-Peter Flosbach

Mitglied des
Deutschen Bundestages
Vom Bundestag bestelltes Mitglied

Christian Görke

Stellvertretender Ministerpräsident
Finanzminister des Landes
Brandenburg
Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

Dr. Louis Hagen

Vorsitzender des Vorstands
der Münchener Hypothekenbank eG
Vertreter der Realkreditinstitute
(seit 01.01.2017)

Hubertus Heil

Mitglied des
Deutschen Bundestages
Vom Bundestag bestelltes Mitglied

Monika Heinold

Finanzministerin des Landes
Schleswig-Holstein
Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

Dr. Barbara Hendricks

Bundesministerin für Umwelt, Natur-
schutz, Bau und Reaktorsicherheit

Reiner Hoffmann

Vorsitzender des Deutschen
Gewerkschaftsbundes (DGB)
Vertreter der Gewerkschaften

Gerhard Hofmann

Mitglied des Vorstands des
Bundesverbandes der Deutschen Volks-
banken und Raiffeisenbanken e. V. (BVR)
Vertreter der genossenschaftlichen
Kreditinstitute

Andreas Ibel

Präsident des Bundesverbandes
Freier Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen e. V.
Vertreter der Wohnungswirtschaft
(seit 01.01.2017)

Bartholomäus Kalb

Mitglied des
Deutschen Bundestages
Vom Bundestag bestelltes Mitglied

Dr. Markus Kerber

Hauptgeschäftsführer
des Bundesverbandes der
Deutschen Industrie e. V. (BDI)
Vertreter der Industrie

Stefan Körzell

Mitglied des Geschäftsführenden
Bundesvorstands des
Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)
Vertreter der Gewerkschaften

Dr. Gesine Löttsch

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vom Bundestag bestelltes Mitglied

Dr. Gerd Müller

Bundesminister für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung

Eckhardt Rehberg

Mitglied des
Deutschen Bundestages
Vom Bundestag bestelltes Mitglied

Joachim Rukwied

Präsident des Deutschen
Bauernverbandes e.V. (DBV)
Vertreter der Landwirtschaft

Dr. Nils Schmid

Minister für Finanzen und Wirtschaft
des Landes Baden-Württemberg a. D.
Vom Bundesrat bestelltes Mitglied
(bis 31.12.2016)

Christian Schmidt

Bundesminister für Ernährung
und Landwirtschaft

Andreas Schmitz

Mitglied des Präsidiums des Bundes-
verbandes deutscher Banken e.V. (BdB)
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
HSBC Trinkaus & Burkhardt AG
Vertreter der Kreditbanken

Carsten Schneider

Mitglied des
Deutschen Bundestages
Vom Bundestag bestelltes Mitglied

Peter-Jürgen Schneider

Finanzminister des
Landes Niedersachsen
Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

Holger Schwannecke

Generalsekretär des Zentralverbandes
des Deutschen Handwerks (ZDH)
Vertreter des Handwerks

Edith Sitzmann

Ministerin für Finanzen des Landes
Baden-Württemberg
Vom Bundesrat bestelltes Mitglied
(seit 01.01.2017)

Dr. Markus Söder

Bayerischer Staatsminister
der Finanzen, für Landesentwicklung
und Heimat
Vom Bundesrat bestelltes Mitglied
(bis 31.12.2016)

Dr. Frank-Walter Steinmeier

Bundesminister des Auswärtigen
(bis 27.01.2017)

Prof. Dr. Georg Unland

Sächsischer Staatsminister
der Finanzen
Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

Dr. Norbert Walter-Borjans

Finanzminister des Landes
Nordrhein-Westfalen
Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

Dr. Martin Wansleben

Hauptgeschäftsführer des
Deutschen Industrie- und Handelskam-
mertages e.V. (DIHK)
Vertreter der Industrie

Dr. Kai H. Warnecke

Hauptgeschäftsführer
Haus & Grund Deutschland
Vertreter der Wohnungswirtschaft
(bis 31.12.2016)

Vorstand

Dr. Ulrich Schröder
(Vorstandsvorsitzender)

Dr. Günther Bräunig

Dr. Ingrid Hengster

Dr. Norbert Kloppenburg

Bernd Loewen

Dr. Stefan Peiß

Frankfurt am Main, den 24. Januar 2017



Dr. Ulrich Schröder
(Vorstandsvorsitzender)



Dr. Günther Bräunig



Dr. Ingrid Hengster



Dr. Norbert Kloppenburg



Bernd Loewen



Dr. Stefan Peiß

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der KfW, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen des Gesetzes über die KfW liegen in der Verantwortung des Vorstands der KfW. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der KfW sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen des Gesetzes über die KfW und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der KfW. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der KfW und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 28. Februar 2017

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Wiechens
Wirtschaftsprüfer



Helke
Wirtschaftsprüfer

Impressum

Herausgeber
KfW Bankengruppe
Abteilung Kommunikation
Palmengartenstraße 5-9, 60325 Frankfurt am Main
Telefon 069 7431-0, Telefax 069 7431-2944
infocenter@kfw.de, www.kfw.de

Konzeption und Realisation
MEHR⁺ Kommunikationsgesellschaft mbH, Düsseldorf

KfW Bankengruppe
Palmengartenstraße 5-9
60325 Frankfurt am Main
Telefon 069 7431-0
Telefax 069 7431-2944
infocenter@kfw.de
www.kfw.de

